



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS



Die neue Verbandsspitze: Präsident Dr. Uwe Brandl (r.) gemeinsam mit (von links unten) Erstem Vizepräsidenten Thomas Zwingel, Landesschatzmeister Markus Reichart und Zweite Vizepräsidentin Birgit Erb.
Bild: Bayerischer Gemeindetag

Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags:

Sozialstaat am Scheideweg

Mahnende Worte fand der wiedergewählte Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl, bei der Landesversammlung des Kommunalverbandes in Bad Gögging, Landkreis Kelheim. Aus Sicht des Abensberger Bürgermeisters „sind wir aktuell dabei, uns auf Kosten unserer Urenkel zu verschulden“. Der Bevölkerung zu suggerieren, dass Geld im Überfluss vorhanden ist, „wird uns auf die Füße fallen“, prognostizierte Brandl, der dafür warb, tragfähige Akzente für ein kluges Politikkonzept zu setzen.

„Der Bundesfinanzminister erweckt den Eindruck, dass Geld in Hülle und Fülle vorhanden ist, um alle Widrigkeiten der Corona-Krise zu lindern“, erläuterte der Präsident. So nachvollziehbar es sei, die Wirtschaft am Laufen zu halten, Massenarbeitslosigkeit zu verhindern und Menschen in Existenznot finanziell zu unterstützen, so stelle sich doch die Frage: Können wir uns auf Dauer die vielfältigen Sozialleistungen in Deutschland leisten? „Ich habe da große Zweifel“, bemerkte Brandl.

Einnahmen brechen weg

Er wies darauf hin, dass die von Bund und Freistaat über Jahre und Jahrzehnte gewähr-

ten Sozialleistungen für die unterschiedlichsten Personengruppen der Gesellschaft letztlich immer von den kommunalen Ebenen, insbesondere den Gemeinden und Städten, direkt (Fortsetzung auf Seite 4)

Web-Konferenz der 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte:

Unterstützung für die Landkreise

Ministerpräsident Markus Söder macht sich stark für den Erhalt der kommunalen Leistungsfähigkeit

Anstelle der geplanten 52. Landrätetagung trafen sich die 71 bayerischen Landrätinnen und Landräte mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder am vergangenen Freitag virtuell in einer Webkonferenz. Dabei zollte der bayerische Regierungschef den kommunalen Verantwortlichen Dank und Anerkennung. Er bezeichnete die kommunale Leistungsfähigkeit als unabdingbar.

Den Freistaat Bayern sieht Söder dabei eng an der Seite der Landkreise. Er bat jedoch um Verständnis dafür, dass noch keine weitreichenden Zusagen gemacht werden können. Zudem dankte er den Landrätinnen und Landräten für deren Einsatz und die konsequente Umsetzung der Vorsichtsmaßnahmen und rief zugleich dazu auf, auch weiterhin alles für eine Eindämmung des Virus zu tun.

Eigentlich stand die geplante Tagung unter der Überschrift „Anpacken mit Vorsicht und Vollampf.“ Doch trotz eines strengen Hygiene- und Sicherheitskonzepts für die Durchführung war eine kurzfristige Absage aufgrund der sprunghaft gestiegenen Fallzahlen an Corona-Neuinfektionen im Landkreis Deggendorf unumgänglich. „Wie viele andere Betroffene

8. Bayerisches BreitbandForum 2020:

Die digitale Kommune



Abgestimmt mit dem Ordnungsamt der Stadt Amberg darf unsere Veranstaltung am 12.11.2020 im ACC Amberg nach wie vor stattfinden. Die Bedingungen schließen folgende neuen Regeln mit ein:

- Die Besucherzahl wird über die Veranstaltungsfläche berechnet und beschränkt.
- Vertreter von Kommunen haben Vorrang.
- Alle Anwesenden müssen schriftlich bestätigen, symptomfrei zu sein und keinen (wissentlichen) Kontakt zu einer auf das Corona-Virus positiv getesteten Person gehabt zu haben.
- Wir führen eine kontaktlose Anmeldung ein.
- Abstandsmessgeräte kommen in einer Testgruppe zum Einsatz.
- Es gilt die allgemeine Masken- und Abstandspflicht.
- In den Vortragsräumen ist coronakonform bestuhlt, im Sitzen darf die Maske abgelegt werden.
- Das ACC hat ein eigenes Hygienekonzept für Veranstaltungen abgefasst. Darin sind weitere Maßnahmen (wie z. B. Lüften und Desinfizieren) geregelt.

Wichtig ist, dass Sie sich verbindlich anmelden. Falls Sie doch verhindert sind, müssen Sie sich zuverlässig wieder abmelden, damit Sie anderen Gästen die Gelegenheit zur Teilnahme ermöglichen. Wir freuen uns auf Sie!

Informationen und Anmeldung:

www.bayerisches-breitbandforum.de sowie im Netzwerk www.anmelden.gemeindezeitung.bayern innerhalb der Gruppe „Breitband“.



Von links: Günther Heimrath, OB Gerhard Jauernig, Kommunalminister Joachim Herrmann und Landrat Elmar Steffmann.
Bild: BKPV

Hilfe von Bund und Land

„Froh und dankbar“ seien die Kreise für die kurzfristige Hilfe von Bund und Land; insbesondere den Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle in 2020 mit rund 2,4 Milliarden Euro, die dauer-

Landrat Stegmann folgt auf OB Jauernig:

Wechsel im Verbandsvorsitz

Konstituierende Sitzung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands in Hohenkammer

Die Verabschiedung des bisherigen BKPV-Verbandsvorsitzenden Gerhard Jauernig (Oberbürgermeister Günzburg) und die Amtseinführung seines Nachfolgers Elmar Stegmann (Landrat Lindau) standen im Mittelpunkt der Konstituierenden Sitzung des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands im Schloss Hohenkammer (Landkreis Freising). Außerdem wurden die ausgeschiedenen Gremiumsmitglieder, allen voran die Vorstände Dr. Gerhard Ecker (OB a.D. Lindau) und Michael Fahmüller (Landrat Rottal-Inn) verabschiedet.

Günther Heimrath, Geschäftsführender Direktor des BKPV, bedankte sich eingangs insbesondere bei den ausscheidenden Mitgliedern „für die immer angenehme und in der Sache erfolgreiche Zusammenarbeit – für den Prüfungsverband und damit die kommunale Familie“. Dem ehemaligen Verbandsvorsitzenden Gerhard Jauernig attestierte Heimrath ein „vertrauensvol-

chef. Kompetenz und Unabhängigkeit zeichneten diese Arbeit aus – immer geleitet von einem Blick nach vorn. Dass es dazu auch manchmal gehört, un bequem zu sein, liege in der Natur der Sache – das Wesen einer Prüfungseinrichtung. „Dass andere uns um diese Einrichtung beneiden, unterstreicht nur ihren Wert“, erklärte Jauernig. Diesen Wert zu fördern und den Verband zu gestalten, sei sein Ziel als Verbandsvorsitzender gewesen – „und dies bei aller gebotenen Zurückhaltung im Hinblick auf die Unabhängigkeit der Aufgabenerfüllung“.

Fit für die Zukunft

In den zurückliegenden sechs Jahren habe man für den BKPV eine Reihe von Themen vorange- (Fortsetzung auf Seite 4)



Die Kanzlerin appelliert an die mündigen Bürger, sich freiwillig stärker einzuschränken, als es die Maßnahmen vorsehen. Durchhalten lautet die Devise, so die Vorzimmerperle.
Seite 19

les, enges und unkompliziertes Zusammenwirken“. Herzliche Glückwünsche verband er mit der Wahl Elmar Stegmanns zum neuen Verbandsvorsitzenden.

Wichtig für die kommunale Familie

2014 trat OB Jauernig das Amt des BKPV-Vorsitzenden an. In den zurückliegenden Jahren sei ihm bewusst geworden, „wie wichtig die Prüfungs- und Beratungstätigkeit des Verbandes für uns – die sogenannte kommunale Familie wirklich ist“, betonte der Günzburger Rathaus-

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Unterricht in der Corona-Krise	2
Kommunen können Investitionsmittel nicht abrufen	2
GZ-Kolumne Dr. Klemens Gsell: Beschleunigungsprogramm Deutsche Einheit reloaded?	3
Frauen in der Kommunalpolitik	3
Globale Engagements bayerischer Kommunen	5
Kommunale Finanzthemen	6 - 10
Kommunale Energiethemen	10 - 13
Kommunale Verkehrsthemen · ÖPNV	14 - 15
Wasser · Abwasser	16 - 17
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20

Aktuelle Stunde zur Bildungspolitik:

Unterricht in der Corona-Krise

Enorme Steigerungsraten bei der digitalen Infrastruktur

Seit mehreren Monaten stellt die Corona-Pandemie die Bildungspolitik im Freistaat vor große Herausforderungen. In der von der FDP-Fraktion beantragten Aktuelle Stunde zum Thema „Bildung darf keine Zitterpartie sein: Probleme ehrlich benennen und endlich zuverlässig lösen!“ diskutierten Abgeordnete über die bisherigen Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise in der Schulpolitik und künftige Aufgaben im Bereich der Bildung.

Die Regierungsfractionen verwiesen dabei auf die Erfolge bei der Bewältigung dieser historischen Krise und die Vorreiterrolle Bayerns im Vergleich mit den anderen Bundesländern. Die Oppositionsparteien hingegen zeichnete mit Blick auf den Lehrermangel und die Corona-Pandemie ein düsteres Bild.

Luftreiner zur Senkung der Aerosol-Belastung

Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion mahnte mit Blick auf die kommenden Wintermonate an, die Schulen zeitnah mit Raumluftreinigern auszustatten, um die Aerosol-Belastung in den Klassenräumen signifikant zu senken. Dies sei durch bloßes Lüften nicht zu erreichen.

„Damit Bildung dieses Jahr keine Zitterpartie wird, müssen wir uns neben Corona noch mit einem anderen Thema beschäftigen, weil uns mittlerweile eine weitere Krise mit voller Wucht trifft: der Lehrermangel.“ Fischbach forderte, die Sorgen der Lehrerinnen und Lehrer ernst zu nehmen und entsprechend zu handeln. Am Beginn der Krise sei das beruhigende Einwirken des Ministers richtig gewesen, nun müsse aber folgen, sich einen Überblick zu verschaffen. Probleme müssten benannt, Lösungen gefunden und letztlich umgesetzt werden. Fischbach verlangte – wie die Verbände – einen Lehrgipfel. „Die Corona-Krise mag nicht ihre Schuld sein, aber die Lehrerkrise ist hausgemacht“, sagte der Abgeordnete in Richtung der Staatsregierung. Wichtig sei künftig eine ehrlichere Kommunikation. Fischbach kritisierte zudem das Projektmanagement des Ministeriums – insbesondere beim Digitalplan Schule.

Wir gratulieren

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Heinrich Seißler
86669 Königsmoos
am 4.11.

Oberbürgermeister
Jürgen Herzing
63739 Aschaffenburg
am 28.10.

Bürgermeister Bert Horn
95138 Bad Steben
am 28.10.

Bürgermeister Gerd Kleinhenz
97772 Wildflecken
am 30.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Thomas Eichenseher
93182 Duggendorf
am 27.10.

Bürgermeisterin
Gabriele Hofacker
91583 Diebach
am 31.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Landrat Max Heimerl
84453 Mühldorf a. Inn
am 3.11.

Bürgermeister Anton Maier
84181 Neufraunhofen
am 4.11.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

Der CSU-Abgeordnete Prof. Dr. Gerhard Waschler betonte, dass die Schilderungen des Kollegen Fischbach an der Schullandschaft vorbeigingen: Hier werde ein Zerrbild der rund 6.100 Schulen in Bayern gezeichnet.

Großes Engagement in den Schulfamilien

Er stellte das enorme Engagement in den Schulfamilien heraus und dankte allen, die in diesen schwierigen Zeiten großartige Arbeit leisteten. In den Schulen werde vieles auf den Weg gebracht in einer Geschwindigkeit, die vor der Corona-Pandemie niemand für möglich gehalten hätte: „Beim Digitalen Klassenzimmer gibt es Steigerungsraten von plus 57 Prozent im Vergleich zum Vorjahr auf 38.000.“ Darüber hinaus beschrieb Waschler die Erfolge beim Ausbau der digitalen Infrastruktur an den Bildungseinrichtungen.

Grüne: mehr Busse, Tests und Lehrer

Katharina Schulze (Bündnis 90/ Die Grünen) vermisste vom Kultusminister vorausschauenden Initiativen. Sie kritisierte unter anderem die Probleme der Lernplattform MEBIS während der vergangenen Monate, die verspätete Reaktion auf den Lehrermangel und nannte folgende Vorschläge, die zeitnah umgesetzt werden sollten: Den Einsatz von Verstärkerbussen, Schnelltests für die Schulfamilie und eine bessere digitale Beschulung von Kindern, die zu Hause in Quarantäne sind. Zudem müssten Belüftungsanlagen angeschafft werden, und die Digitalisierung insgesamt müsse schneller vorangebracht werden. Die Lehrerinnen und Lehrer bezeichnete Schulze als zentrale Ressource. Sie forderte gleiche Bezahlung für alle Lehrkräfte und eine Erhöhung der Neueinstellungen zur Bewältigung der umfangreichen Aufgaben.

Fast 100 Prozent Regelunterricht

Eva Gottstein (Freie Wähler) nannte die Bezeichnung „Notstand“ für die gegenwärtige Lage an den Schulen „eine Panikmache“. „Sie steht in keinem Zusammenhang mit der Tatsache, dass wir fast 100 Prozent Regelunterricht haben. Das haben wir in keinem anderen Bundesland!“ Auch bei der Not- und Ferienbetreuung sei Bayern Vorreiter gewesen. Als Gründe für den Lehrermangel nannte sie den Ganztagsunterricht, die familienfreundlichen Dienstzeiten sowie die Erhöhung der Anzahl von Anrechnungstunden. Bei der Versorgung der Schulen mit Laptops und digitalen Endgeräten erläuterte Gottstein, dass die Gelder zwar zentral auf Landesebene bereitgestellt werden könnten, die Beschaffung müsse dann aber dezentral vor Ort durch die Kommunen erfolgen.

Laut Margit Wild (SPD) ist der Einsatz von Pensionisten und Team-Lehrkräften nicht der richtige Weg um dem Lehrermangel zu begegnen. Die Abgeordnete forderte Staatsminister Prof. Piaolo deshalb zu entschiedenem Handeln auf. Die Herausforderungen in der Bildungspo-

litik seien nicht erst seit der Corona-Pandemie gewaltig. Sie kritisierte die fehlende Unterstützung von Kindern aus nicht bildungsaffinen Familien und forderte zur Lösung der Probleme die Einrichtung eines Runden Tisches.

Die SPD-Landtagsfraktion kritisierte zudem in einer Pressemitteilung, dass Kommunen keine Planungssicherheit hätten, weil es immer noch keine Förderrichtlinie zur angeforderten Förderung von Luftfiltern gäbe. Filteranlagen müssten laut SPD zu 100 Prozent gefördert werden.

„Das Wichtigste für uns alle sollte das Wohlergehen und die Sicherheit der Bürger Bayerns und Deutschlands sein. Dazu gehört unter anderem eine sehr gute und zuverlässige Bildungs- und Ausbildungspolitik“, resümierte der Abgeordnete Christoph Maier (AfD). Er warf der Staatsregierung in dieser Frage Versagen vor. Den Kindern werde die Kindheit genommen, den Jugendlichen die Jugend sowie den Alten ihr Lebensabend in Würde. „Ihre sogenannten Corona-Maßnahmen drängsalieren die Menschen und retten nicht ein einziges Menschenleben“, so Maier.

Andere Bundesländer sind neidisch

Am Schluss der Aktuelle Stunde ergriff Staatsminister Prof. Michael Piaolo (Freie Wähler) das Wort: „Es sind keine normalen Zeiten, Corona hat uns fest im Griff!“ Das Virus nehme keine Rücksicht auf den Schulbetrieb, die Verantwortlichen müssten hingegen Corona berücksichtigen. Er verwies auf die zahlreichen Runden Tische, die bereits abgehalten worden seien – mit den Lehrerverbänden, mit Schülern, Eltern und Schulleitern und auch mit dem Ministerpräsidenten. „Höher ansiedeln kann man es nicht! Es ist aber auch nötig und sinnvoll und deshalb haben wir es auch gemacht“, so Piaolo. Er dankte den Lehrkräften für ihren Einsatz und ihre Arbeit in diesen schwierigen Zeiten. Auch er wolle mehr Lehrer und kämpfe bei den Ministerkollegen um seine Positionen, aber es gebe auch andere Erfordernisse. Dennoch sei schon Vieles auf den Weg

Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber:

Förderprogramm für Tierheime fortsetzen

Tierschutz in Bayern weiter vorantreiben

Um die wertvolle Arbeit der Tierheime in Bayern auch weiterhin zu unterstützen, soll das Förderprogramm für Tierheime über das Jahr 2020 hinaus fortgesetzt werden. Das hat Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber anlässlich des Tierschutztages in München bekannt gegeben.

„Tierheime helfen jeden Tag schnell und unbürokratisch Tieren in Not. Aufgrund der Corona-Krise sind viele Tierheime selbst in Not geraten und verstärkt auf Hilfe angewiesen. Wir wollen die Arbeit der Tierheime in Bayern auch weiterhin unterstützen. Dafür setzen wir uns ein. Mit der Förderung können die Tierheime langfristig planen und wichtige Projekte zum Schutz der Tiere umsetzen. Mein Dank gilt besonders den ehrenamtlichen Helfern vor Ort. Ohne Ehrenamt ist ein funktionierender Tierschutz in Bayern nicht möglich“, so der Minister.

In den Jahren 2019 und 2020 fördert das Bayerische Umweltministerium die Tierheime in Bayern mit insgesamt 2,2 Millionen Euro. Der Fördertopf wird gut genutzt, rund 100 Anträge sind eingegangen. Der Frei-

Städtetagsvorsitzender Markus Pannermayr:

Kommunen können Investitionsmittel für Kinderbetreuung nicht abrufen

Freistaat muss Richtlinien zur Ausreichung von Bundesmitteln auf den Weg bringen

„Die Situation ist ärgerlich: Finanzmittel sind vorhanden, können aber derzeit nicht abgerufen werden. Viele Städte und Gemeinden haben fertige Pläne zum Ausbau oder Neubau von Kitaplätzen in der Schublade, können aber nicht mit dem Bau beginnen, weil der Freistaat das Konjunkturprogramm des Bundes noch nicht umgesetzt hat“, sagt der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Straubings Oberbürgermeister Markus Pannermayr: „Es fehlt auf bayerischer Ebene eine Richtlinie, damit die Bundesmittel, die schon zur Verfügung stehen, tatsächlich ausgereicht werden können.“ Die Städte erwarten, dass der Freistaat sein Sonderinvestitionsprogramm fortsetzt und die Bundesmittel wieder für die Erhöhung des Fördersatzes einsetzt, heißt es in einer Pressemitteilung des Bayerischen Städtetags.

Die Nachfrage zum Ausbau von Kitaplätzen ist unverändert hoch und somit ist auch die Nachfrage nach Fördermitteln ungebrochen. Daher und vor dem Hintergrund der Corona Pandemie hat der Bund ein Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket auf den Weg gebracht. Damit sollen weitere Betreuungsplätze für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintritt geschaffen werden. Auf Bayern entfallen knapp 160 Millionen Euro. Investitionen können gefördert werden, wenn die Schaffung neuer oder zusätzlicher Betreuungsplätze zwischen 1. Januar 2020 und 31. Dezember 2021 liegt. Da die Förderrichtlinien des Freistaats noch nicht vorliegen, können Gemeinden die Mittel noch nicht beantragen.

Pannermayr: „Städte und Gemeinden sind derzeit gezwungen, dringende Baumaßnahmen aufzuschieben, denn sonst würden sie den Anspruch auf Fördermittel des Bundes verlieren. Falls eine Gemeinde schon jetzt ohne Genehmigung der Fördermittel bauen würde, würde sie sich, förmlich verhalten und hätte keine Chance mehr, Fördermittel zu bekommen. Ein Ausweg aus dieser misslichen Situation wäre, dass die Bezirksregierung eine Unbedenklichkeitsbescheinigung ausstellt. Damit könnte die Gemeinde den Bau begin-

nen und könnte nach Vorliegen der Richtlinie Fördermittel beantragen.“ Daher fordert der Bayerische Städtetag, dass die Bewilligungsbehörden unverzüglich Unbedenklichkeitsbescheinigungen erteilen. Damit könnten Städte und Gemeinden Planungssicherheit bekommen und die eng gesetzten Fristen zur Schaffung neuer Betreuungsplätze einhalten.

Kommunen brauchen Planungssicherheit

Wenn die Finanzierung der Bauprojekte nicht gesichert ist, gerät der Ausbau von Kindertagesstätten ins Stocken. Pannermayr: „Eltern erwarten, dass ihre Kinder verlässlich betreut werden. Wenn Eltern von großzügiger Förderung durch Bund und Freistaat hören, können sie nicht nachvollziehen, wenn es in ihrer Heimatstadt Probleme beim Ausbau von Kindertagesstätten gibt. Wer bei Eltern Erwartungen für mehr Kitaplätze weckt, muss dies auch einhalten. Die Kommunen bauen darauf, dass der Freistaat für Planungssicherheit sorgt und die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze sicherstellt. Nur so können die Fördermittel des Bundes fließen.“

Die Mitglieder des Bayerischen Städtetags sind verärgert über die gegenwärtige Situation, was sich mit drei Beispielen illustrieren lässt: So musste die Landeshauptstadt München mangels Förderrichtlinie den Bau von 544 Kinderbetreuungsplätzen zurückstellen. Der Markt Feucht (Landkreis Nürnberger Land) ist mit 175 Kinderbetreuungsplätzen betroffen. Die Stadt Heilsbrunn (Landkreis Ansbach) steht kurz vor einem Förderantrag mit 148 Kinderbetreuungsplätzen. Pannermayr sagt über die Stimmung in den Rathäusern: „Dringende nötige Investitionsprojekte bleiben aufgeschoben. Keine Kommune kann es sich gerade in diesen schwierigen Zeiten leisten, auf Fördermittel des Bundes zu verzichten.“

Die Förderphase ist bewusst sehr kurz gesetzt, weil der Bund möglichst schnell mit Bauinvestitionen die Belebung der Konjunktur anstoßen will. Daher muss auch der Freistaat schnell handeln.“

Sozialministerin Trautner:

Täterarbeit bei häuslicher Gewalt

Täterarbeit stellt einen wichtigen Präventionsbaustein dar. „Wer Opfer von Gewalt wird, benötigt Hilfe und Unterstützung. Gerade im häuslichen Umfeld ist es wichtig, zum Schutz der Opfer auch bei den Täterinnen und Tätern anzusetzen. Deshalb freue ich mich sehr, dass wir Fachstellen für Täterarbeit bei häuslicher Gewalt in unsere staatliche Förderung aufnehmen konnten“, so Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner. Die staatlich geförderten Täterberatungsstellen haben zum Teil schon ihre Arbeit aufgenommen oder befinden sich noch in der Aufbauphase. Pro Regierungsbezirk wird zunächst eine Fachstelle für Täterarbeit staatlich gefördert, in Oberbayern – aufgrund der Bevölkerungsdichte – zwei Fachstellen.

Oftmals wünschen Frauen, die Unterstützung bei einer Fachberatungsstelle, einem Notruf oder im Frauenhaus suchen, auch im Interesse gemeinsamer Kinder keine endgültige Trennung vom gewalttätigen Partner, sondern das Ende der Gewalt und die Chance auf ein gemeinsames gewaltfreies Leben. Die Beendigung von gewalttätem Verhalten ist auch wichtig, um zu verhindern, dass Opfer- und Täterverhalten von Generation zu Generation weitergegeben wird. Die Fachstellen orientieren sich bei ihrer Arbeit an den Standards der Bundesarbeitsgemeinschaft Täterarbeit Häusliche Gewalt e. V. Sie arbeiten im engen Schulterschluss mit Behörden und Einrichtungen gegen häusliche Gewalt mit den Tätern und Familienmitgliedern. Dieser wichtige Präventionsbaustein steht sowohl Selbstmeldern, als auch Tätern aufgrund von Auflagen durch die Staatsanwaltschaft und durch das Gericht, offen. Die staatlich geförderten Fachstellen für Täterarbeit (bei Bedarf mit angegliederter Täterinnenarbeit) verteilen sich über die Regierungsbezirke wie folgt: **Regierungsbezirk Oberbayern:**

Fachstelle des Diakonischen Werks des Evang.-Luth. Dekanatsbezirks Rosenheim e. V. – Männerberatungsstelle Südostbayern, Rosenheim
Fachstelle MIM – Das Münchener Informationszentrum für Männer e. V., Ingolstadt
Regierungsbezirk Niederbayern: Fachstelle in Kooperation von AWO KV Landshut e. V. und pro Familia Niederbayern e. V. – Landshut und Passau
Regierungsbezirk Oberpfalz: Fachstelle in Kooperation von Diakonischem Werk des Evang.-Luth. Dekanatsbezirks Weiden e. V. und Kontakt Regensburg e. V., Weiden und Regensburg
Regierungsbezirk Oberfranken: Fachstelle von SYSTEP e. V., Hof und Bayreuth
Regierungsbezirk Mittelfranken: Fachstelle in Kooperation von Treffpunkt e. V. Nürnberg und Stadtmission Nürnberg e. V. – AK Resozialisierung, Nürnberg
Regierungsbezirk Unterfranken: Fachstelle der AWO BV Unterfranken e. V., Würzburg
Regierungsbezirk Schwaben: Fachstelle in Kooperation von Caritasverband Kempten-Oberallgäu e. V. und SKM Augsburg, Kath. Verband für soziale Dienste e. V., Sonthofen und Augsburg. □



Engagierte Frauen in der Politik sind ein besonderes Anliegen von Landtagspräsidentin Ilse Aigner. Unsere Aufnahme entstand während einer Tagung der Präsidentin mit bayerischen Bürgermeisterinnen im Frühjahr 2019 zum Thema „Frauen führen Kommunen.“ Bildarchiv Bayerischer Landtag – Foto: Rolf Poss

Frauen in der Kommunalpolitik:

Unverzichtbare Kompetenz

Repräsentative Umfrage der Europäischen Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft

Fünf Jahre nach ihrer Studie „Frauen führen Kommunen“ hat die EAF Berlin nun die bisher größte repräsentative Umfrage in Deutschland zu Frauen in kommunalpolitischen Führungspositionen vorgelegt. Befragt wurden insgesamt 1.100 Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in Gemeinden mit mindestens 1.000 Einwohnern im gesamten Bundesgebiet.

Das Ergebnis: Nach wie vor sind Frauen in der Kommunalpolitik massiv unterrepräsentiert. Nicht einmal jedes zehnte Rathaus wird von einer Frau regiert. Im Vergleich zu den Vorjahren ist der Anteil der Bürgermeisterinnen sogar gesunken und liegt bei 9 Prozent, in Städten mit über 20.000 Einwohnern sogar nur bei 6 Prozent.

Widerstände und Vorbehalte

Die Ursachen dürften auch darin liegen, dass die Bedingungen für Frauen im Amt schwieriger sind als für ihre männlichen Kollegen. Die Erfahrungen der befragten Bürgermeisterinnen zeigen deutlich, dass sie im Zuge ihrer Kandidatur stärker mit Widerständen konfrontiert werden (50 % der Frauen, 37 % der

Männer) und Vorbehalte aufgrund ihres Geschlechts (27 %) erleben. Dieser Befund deckt sich mit den Ergebnissen der EAF Berlin-Studie „Frauen führen Kommunen“: Auf dem Weg zur Kandidatur und ins Amt sind Frauen häufiger mit Herausforderungen konfrontiert als Männer. Hinzu kommt, dass die Bürgermeisterinnen in höherem Maße Beleidigungen und Bedrohungen (76 %/67 %) bis hin zu sexueller Belästigung (13 %) ausgesetzt sind.

Handlungsauftrag der Politik

Es bleibt deshalb ein wichtiger Handlungsauftrag der Politik und der Parteien, zivilgesellschaftlich und kommunalpolitisch engagierte Frauen zu stärken, politische Rahmenbe-

dingungen sowie Parteistrukturen und -kulturen so zu verändern, dass Frauen und Männer gleichermaßen ihr Potenzial, ihre Perspektiven und ihren Gestaltungswillen einbringen können. Insgesamt müssen die kommunalpolitischen Strukturen deutlich flexibler werden. Letztendlich ist dies auch eine Frage der Nachwuchssicherung – für die öffentliche Verwaltung ebenso wie für die Parteien.

Generationenwechsel

Die Bedeutung eben dieser Nachwuchssicherung unterstreichen die Ergebnisse der vorliegenden Studie. Denn für die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister steht fest: Jeder Drit-

Hauptversammlung des bayerischen Jugendherbergswerks:

Enorme Herausforderungen in den kommenden Jahren

Klaus Umbach im Amt des Präsidenten bestätigt Neunköpfiges Gremium mit zwei neuen Mitgliedern

Die Mitglieder der Hauptversammlung des Landesverbands Bayern im Deutschen Jugendherbergswerk (DJH) bestätigten Klaus Umbach mit 100 Prozent Zustimmung in seinem Amt als Präsident. Umbach, der seit 2018 den Verband führt, wurde für die kommenden vier Jahre wiedergewählt. Vor ihm liegen enorme Herausforderungen, die im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie entstanden sind und die bayerischen Jugendherbergen im Frühjahr 2020 an den Rand der Zahlungsunfähigkeit brachten.

Dem Präsidenten sind satzungsgemäß drei Stellvertreter*innen zur Seite gestellt. Neben dem bisherigen Amtsinhaber Dr. Klaus Schulenburg wurden die bisherigen Präsidiumsmitglieder Matthias Fack und Dr. Ursula Wurzer-Fassnacht mit überzeugenden Mehrheiten bestätigt.

Daneben stand die Wahl von fünf weiteren Mitgliedern des Präsidiums an. Nachdem Mari- und Glück-Levi, die zudem stellvertretende Präsidentin war, und Heinrich Kopriwa aus persönlichen Gründen auf eine erneute Kandidatur verzichtet hatten, stellten sich Daniela Arnu und Andrea Bastian dieser Wahl und wurden bereits im ersten Wahlgang mit großer Mehrheit bestätigt.

Strategische Ziele und verbandspolitische Leitlinien

Dem insgesamt neunköpfigen Präsidium des Landesverbands Bayern gehören damit an: Klaus Umbach (Präsident), Matthias Fack (Vizepräsident), Dr. Klaus Schulenburg (Vizepräsident), Dr. Ursula Wurzer-Fassnacht (Vizepräsidentin), Daniela Arnu, Andrea Bastian, Stefanie Krüger, Wolfgang Obermair und Thomas Anian Ziegler.

Das Präsidium legt die strategischen Ziele und verbands-

Liebe Leserinnen und Leser,

30 Jahre feiern wir jetzt die Wiedervereinigung. Und seither ist viel geschehen. Die Ausgangslage 1989/90 war ziemlich düster. Der Investitionsstau im Osten war enorm. Straßen, Brücken, Bahnhöfe, Universitäten und viel Anderes mehr mussten in Rekordzeit auf internationalen Standard gebracht werden.

Ein wesentliches Thema dabei: die Verfahrensdauern. Wenn der Zulauf zum Brenner-Basistunnel einen Planungszeitbedarf von derzeit ca. 15 bis 20 Jahre hat, kann man sich vorstellen, wo die Wirt-

Beschleunigungsprogramm Deutsche Einheit reloaded?

schaft im Osten heute stünde, wenn man diese Planungsverfahren damals hätte beachten müssen.

Die Lösung war eine Sonderregelung der Genehmigungsverfahren für national bedeutsame Vorhaben. Diese wurden per Gesetz als „Projekte Deutsche Einheit“ mit deutlich verkürzten Genehmigungsverfahren versehen.

te (33 %) wird bei der nächsten Wahl nicht noch einmal kandidieren, das trifft sowohl auf Ost- als auch auf Westdeutschland zu. Gründe dafür liegen überwiegend (76 %) im fortgeschrittenen Alter der Amtsinhaber. Hier deutet sich ein Generationenwechsel an, der auch neue Chancen für vielfältige Perspektiven in Deutschlands Rathäusern eröffnet. DK

GZ

KOLUMNE
Dr. Klemens Gsell

Fazit nach 30 Jahren: es hat funktioniert. Dabei kann man nicht ernsthaft behaupten, dass dabei die Umweltbelange unter die Räder gekommen wären.

Wäre das nicht doch auch eine Überlegung im Jahr 2020? Nach dem Wirtschaftscrash durch die Pandemie sind die öffentliche Infrastruktur und Investitionen des Staates extrem wichtige Schlüsselvorhaben für den Weg zurück zur finanziellen Normalität.

Zudem können viele Vorhaben gerade auch für die Schieneninfrastruktur durch lange Verfahren nicht umgesetzt werden. Örtliche Akzeptanzprobleme verhindern eine zeitnahe Umsetzung von Vorhaben, die aus Gesamtsicht ökologisch sinnvoll sind. Beispiele sind der Brennerbasistunnel, die Schienen zwischen Nordbayern und dem Raum Stuttgart und weiter in den europäischen Südwesten; in Norddeutschland sind die Gleise in Richtung der wichtigen Ausfuhrhäfen insbesondere Bremen, Hamburg und Rotterdam zu nennen. Dabei sind diese Themen absolut nicht abschließend.

Dafür ein Beschleunigungsprogramm zu entwickeln, wie in den 90er Jahren würde Deutschland gut zu Gesicht stehen.

Ihr Dr. Klemens Gsell

Stadtrat und Altbürgermeister
Stv. Landesvorsitzender der KPVB Bayern

BMU und kommunale Spitzenverbände:

Engere Zusammenarbeit

Die Kommunen spielen eine zentrale Rolle, wenn es um Klimaschutz, Klimaanpassung und nachhaltige Entwicklung geht. Deshalb haben das Bundesumweltministerium und die kommunalen Spitzenverbände einen noch engeren kontinuierlichen Austausch miteinander verabredet.

„Die Kommunen sind für mich Schlüsselakteure für die Umsetzung der Klimaziele und beim urbanen Umweltschutz in Deutschland. Sie tun viel für Umwelt- und Klimaschutz. Dabei wollen wir sie künftig noch mehr unterstützen und weiter stärken“, erklärte Bundesumweltministerin Svenja Schulze.

Belit Onay, Präsidiumsmitglied des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Hannover: „Die Städte verfolgen ambitionierte Ziele, um CO2 weiter zu reduzieren, mehr Energie einzusparen und eine nachhaltige Klimawandelentwicklung voranzubringen. Wir brauchen rasch mehr saubere Energie, um die Klimaziele zu erreichen. Allein mit der Nationalen Klimaschutzinitiative haben die Städte seit 2008 über 15.000 Klimaschutzprojekte erfolgreich umgesetzt. Sie bauen erneuerbare Energien aus, steigern die Energieeffizienz von Gebäuden und unterstützen nachhaltige Mobilität. Auch die Dachbegrünung sowie mehr Grün und Freizeitanlagen sind wichtig für lebenswerte Städte. Für all das brauchen wir die langfristige Unterstützung von Bund und Ländern. Förderprogramme zum kommunalen Klimaschutz sollten stärker gebündelt werden.“

Reinhard Sager, Präsident des Deutschen Landkreistags und Landrat des Kreises Ostholstein: „Die Landkreise bekennen sich zu ihrer Verantwortung bei der Erreichung der nationalen Klimaziele. Auf dem Land befinden sich die meisten Anlagen für Windkraft, Bioenergie und Solarstrom. Daher brauchen die ländlichen Räume einen Ausgleich mit dem Ziel einer gerechten Lastenverteilung. Bedingungen sind für uns: Akzeptanz, wirtschaftliche Tragfähigkeit und Vernunft. Wir müssen die Menschen mitnehmen. Abstandsregelungen für Windkraft, die Stärkung von Bürgerenergieprojekten und die Erhöhung der Pendlerpauschale kommen hierbei infrage.“

Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemein-

debunds und Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm: „Städte und Gemeinden haben eine Schlüsselrolle beim Klimaschutz. Ohne ihr nachhaltiges klimafreundliches Engagement in ihren vielfältigen Rollen als Gestalter der Energie- und Mobilitätswende, als Gebäudebesitzer, als Bauleitplaner oder als größter öffentlicher Auftraggeber sind die Klimaziele nicht zu erreichen. Für all diese Aufgaben bedarf es auch der Unterstützung des Bundes und der Länder. Klimaschutz und die Bewältigung der Folgen des weiter fortschreitenden Klimawandels bleiben eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir den angestoßenen Dialog.“

Das Bundesumweltministerium stellt den Kommunen über seine Nationale Klimaschutzinitiative in den kommenden Jahren umfangreiche Fördermittel für konkrete Klimaschutzmaßnahmen vor Ort bereit. Damit notwendige Zukunftsinvestitionen auch in der Krise getätigt werden können, hat die Bundesregierung das Corona-Konjunkturpaket klimafreundlich gestaltet. Für den kommunalen Klimaschutz bedeutet das, dass das BMU bis Ende 2021 100 Millionen Euro zusätzlich für die NKI bereitstellen wird. Allein im letzten Jahr wurden kommunale Klimaschutzprojekte unter dem Dach der NKI mit mehr als 130 Millionen Euro gefördert. Um Anreize zu schaffen, hat das BMU die Förderquoten bis Ende 2021 in drei kommunalen Förderprogrammen erhöht und die notwendigen Eigenanteile reduziert. Finanzschwache Kommunen können eine Vollfinanzierung für die Erstellung und Umsetzung eines Klimaschutzkonzepts durch einen Klimamanager erhalten.

An dem Treffen nahmen neben Bundesministerin Schulze und dem parlamentarischen Staatssekretär Florian Pronold die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sowie die Oberbürgermeister von Görlitz, Hannover und Potsdam teil. □

Neues Projekt zum Kinderschutz in Bayern

Familienministerin Trautner: „Systemübergreifende Zusammenarbeit in Corona-Zeiten wichtiger denn je“

Die gelingende Zusammenarbeit von Ärztinnen und Ärzten mit der Kinder- und Jugendhilfe ist für einen effektiven Kinderschutz von zentraler Bedeutung. Um die konkrete Versorgungsstruktur von Familien zu überprüfen und die bestehenden Frühen Hilfen bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, fördert das Bayerische Familienministerium das Projekt „Corona-baBY“ des kbo-Kinderzentrums München, das in Kooperation mit dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte umgesetzt wird, mit rund 400.000 Euro.

Bayerns Familienministerin Carolina Trautner: „Mit dem von uns geförderten Projekt ‚Corona-baBY‘ nehmen wir diese Schnittstelle besonders in den Blick. Denn Eltern in belastenden Lebenssituationen müssen von Anfang an erreicht und in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. Die systemübergreifende Zusammenarbeit zwischen Gesundheitssystem und Kinder- und Jugendhilfe ist gerade in Zeiten von Corona wichtiger denn je. Starke Eltern sind die besten Garanten für ein gesundes und gewaltfreies Aufwachsen ihrer Kinder. In Bayern haben wir vor allem mit den von uns geförderten interdisziplinären KoKi-Netzwerken, den Erziehungsberatungsstellen und der Bayerischen Kinderschutzambulanz als landesweitem Kompetenzzentrum schon sehr viel erreicht. Aber wir geben uns damit nicht zufrieden und entwickeln unsere Maßnahmen zum Kinderschutz laufend weiter. ‚Corona-baBY‘ wird wichtige Erkenntnisse für die bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Kinderschutzes in Bayern bringen.“

Das Projekt untersucht über einen Zeitraum von zwei Jahren, ob Frühe Hilfen für Familien mit Säuglingen oder Kleinkindern in Belastungssituationen in ausreichendem Maße vermittelt werden und wie wirksam dabei die Kooperation zwischen Gesundheitssystem und Kinder- und Jugendhilfe ist. Ein besonderes Augenmerk liegt auf den vielfältigen psychosozialen Belastungen bei jungen Familien, die gerade auch im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zu erwarten sind.

Bei dem Projekt „Corona-baBY“ wird als passgenaues Erhebungsinstrument der „Pädiatrische Anhaltbogen zur Einschätzung von psychosozialen Unterstützungsbedarf“ eingesetzt, der mit Unterstützung des Bayerischen Familienministeriums und des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen unter der Leitung von Prof. Dr. Volker Mall, dem Ärztlichen Direktor des kbo-Kinderzentrums München, entwickelt wurde. □

Sozialstaat am Scheideweg ...

(Fortsetzung von Seite 1)

oder indirekt über Umlagen aufgebracht werden müssten. Aufgrund der Corona-Krise brächen aber derzeit massiv die Einnahmen weg. Groß ist Brandls Sorge hier beim Blick auf die Jahre 2021 und insbesondere 2022. „Wie sollen wir das alles noch leisten?“, fragte der Verbandschef und rief dazu auf, endlich die Fülle an sozialen Wohltaten zu durchforsten, mindestens aber in Gänze auf den Prüfstand zu stellen. Er appellierte an die Verantwortlichen im Bund und im Freistaat, zusammen mit den Kommunen eine ehrliche Revision der vielfältigen staatlichen und kommunalen Leistungen vorzunehmen.

Was die Digitalisierung anbelangt, so ist diese Brandl zufolge „nicht das allein Seligmachende“. Gleichwohl wies er darauf hin, dass die Reichsbedenkenträger der Datenschützer in der Vergangenheit vieles blockiert und verhindert hätten, was an Digitalisierung technisch schon längst möglich ist. Er hoffe, dass man jetzt auf ein gesundes Maß zurückkehre, was berechnete Datenschutzinteressen betrifft. Jedoch sei er, Brandl, sich nicht sicher, ob bei Abflauen der Krise genau die Reichsbedenkenträger wieder das Regiment übernehmen.

Gedacht wird immer noch analog

Tatsache sei: Man stehe am Anfang einer Digitalisierung, weil immer noch analog gedacht wird. Zu meinen, alles lasse sich eins zu eins auch in die digitalen Formen um- und abbilden, funktioniere nicht – vor allem wenn man sehe, wie sich die gesamten Märkte, die für den Wohlstand des Landes verantwortlich sind, komplett umstrukturieren. Im Bereich der gesamten Digitalisierung könnten volkswirtschaftlich völlig neue Märkte entwickelt werden, wenn die entsprechenden Köpfe vorhanden wären, die diese Märkte

auch vernünftig erkennen und befüllen dürften.

Setze man sich damit auseinander, wer von der Digitalisierung letztlich profitiert, seien dies in der Regel internationale Konzerne, die ihren Sitz in Amerika oder in Asien haben. Dies sei ein Unding, so der Präsident, weil sicherlich die Kräfte, die Köpfe und das technische Know-how vorhanden wären, einen zumindest europäischen Markt zu gründen, wo das Geld am Ende des Tages zumindest in Europa, am besten aber in Deutschland bleibt.

Digitales Lernen geht anders

Auf den Bildungsbereich zu sprechen kommend, machte Brandl deutlich, dass digitales Lernen nicht bedeutet, Schulbücher abzufotografieren und ins Netz zu stellen. Vielmehr sei dies eine völlig andere Art der Wissensvermittlung, die viel mit Informatik zu tun habe, wo gewisse MINT-Fähigkeiten deutlich stärker in den Vordergrund gestellt werden müssten als bisher. Erforderlich seien eine Umstellung der Lehrpläne und der pädagogischen Ausbildung. Außerdem brauche es die Ertüchtigung der Elternhäuser, vor allem auch hinsichtlich der Hardware.

Dabei dürfe sich nicht ein Bildungssystem mit mehreren Geschwindigkeiten Bahn brechen, fuhr der Verbandschef fort: Es könne nicht sein, dass diejenigen, die es sich leisten können, Endgeräte zu Hause stehen haben und die anderen mit vergleichsweise widrigen Umständen fertig werden müssen.

Zauberwort Nachhaltigkeit

„Wo bleibt die Innovationsfähigkeit dieses Landes?“, fragte Brandl. Es gelte, die Welt neu zu denken. Nachhaltigkeit, nicht Umweltverträglichkeit, sei das Zauberwort. Die Bürgermeister werden aus seiner Sicht die Aufgabe haben, die Umgestaltung der Gesellschaft proaktiv zu be-

gleiten und jenseits aller parteipolitischen Denkmuster zu handeln, um gut durch die Krise zu kommen. „Der Bayerische Gemeindetag wird dabei ein verlässlicher und treuer Partner sein“, gab der Präsident den Delegierten mit auf den Weg.

Brandl im Amt bestätigt

Uwe Brandl steht seit 2002 an der Spitze des Bayerischen Gemeindetages, beim Deutschen Städte- und Gemeindebund ist er zudem erster Vizepräsident. In Bad Gögging wurde er ohne Gegenstimmen in seinem Amt bestätigt. Zum Ersten Vizepräsidenten wählten die Kommunalpolitiker Bürgermeister Thomas Zwingel aus Zirndorf (Landkreis Fürth). Zweite Vizepräsidentin des Verbands wurde Bürgermeisterin Birgit Erb aus Ober-

elsbach (Kreis Rhön-Grabfeld). In einer Kampfkandidatur setzte sie sich gegen Bürgermeister Stefan Schelle aus Oberhaching bei München durch. Zum Landesschatzmeister wurde Bürgermeister Markus Reichart aus Heimenkirch im Landkreis Lindau bestimmt.

Keine Kabinettsbeteiligung

Für Unmut sorgte bei den Delegierten der Umstand, dass kein Mitglied der Bayerischen Staatsregierung an der Jahresversammlung des Bayerischen Gemeindetags teilnahm. Kurzfristig hatte Ministerpräsident Markus Söder seine Teilnahme wegen des Corona-Gipfels in Berlin absagen müssen. Dass sich keine Vertretung fand, wurde als Ausdruck der Geringachtung angesehen. Ein aus Uwe Brandls Sicht schlicht unverständlicher und nicht nachvollziehbarer Schritt. **DK**

Wechsel im ...

(Fortsetzung von Seite 1)

trieben. Stichpunktartig nannte Jauernig dabei die Umsetzung der Stellenbewertungen für Geschäftsstelle und Prüfer im Außendienst, den Umgang mit der Rechtsprechung des EuGH zur Anerkennung von Fahrzeit als Arbeitszeit und nicht zuletzt die zukunftsfähige Finanzierung des Europabüros mittels Staatszuschuss. Der Prüfungsverband sei fit für die Zukunft, ungeachtet aller Einflüsse und Rahmenbedingungen rund um die Digitalisierung bis hin zu den Folgen der Pandemie.

Dank des Innenministers

Als Innen- und damit Kommunalminister war es Joachim Herrmann ein besonderes Anliegen, den scheidenden Mitgliedern für Ihre Verdienste rund um die Finanz- und Organisationshoheit der Kommunen zu danken. „Sie alle haben sich mit Sachverstand und Überzeugungskraft in den BKPV eingebracht“, merkte der Minister an.

Landrat Stegmann gratulierte er zu dessen neuer Position. „Ich bin von seinem großen Engagement für die nächsten sechs Jahre mehr als überzeugt und danke seinem Vorgänger, Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, für die geleistete Arbeit.“ Insgesamt, so Herrmann, habe der BKPV seine kommunale Familie, also die Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden, immer nach Kräften bei der Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt.

Den BKPV bezeichnete Herrmann als „Kompetenzzentrum für den gesamten Freistaat“. Die wesentlichen Nutznießer seien jedoch vor allem die kommunalen Mitglieder des BKPV, insbesondere die kreisfreien Städte und Großen Kreisstädte, die Landkreise und die Bezirke sowie die vom Staatsministerium festgelegten Gemeinden – also in der Regel solche mit mehr als 5.000 Einwohnern. „Wie Sie wissen, stellen wir seit geraumer Zeit Überlegungen an, die Pflichtmitgliedschaft von Gemeinden auch unterhalb dieser Einwohnergrenze auszudehnen. Hierzu werden wir als Innenministerium gemeinsam mit BKPV, die kommunalen Spitzenverbände und der Bayerische Landtag versuchen, tragfähige Ideen zu entwickeln. Bei dieser Diskussion gilt es jedoch, nichts über das Knie zu brechen, sondern alle Interessen genau und sorgsam gegeneinander abzuwägen“, stellte der Minister fest. Schritt für Schritt wolle man die Mitgliederzahl vergrößern und darauf hinwirken, dass auch immer mehr kleinere Gemeinden Mitglieder des BKPV werden. Das Nebeneinander von BKPV und staatlicher Rechnungsprüfung könne durchaus in anderer Form gestaltet werden.

Auch das Innenministerium greift Herrmann zufolge auf das Wissen und die Erfahrung des BKPV zurück, wie etwa bei komplexeren Herausforderungen der kommunalen Haushaltsführung. Der Minister lobte die hervorragende Beratung des BKPV für seine Mitglieder im Bereich der Wirtschaftsführung: „Gerade in Corona-Zeiten können allein durch diese Tätigkeit regelmäßig Schwierigkeiten in der Zukunft verhindert und eine sparsame und wirtschaftliche Haushaltsführung sowie rechtskonformes Handeln sichergestellt werden.“ Spätestens, wenn die Corona-Krise überwunden sei, bedürfte es bei kommunalen Entscheidungen zu Investitionen und Verschuldung wieder strategischer Weitsicht.

Die Folgen der Corona-Pandemie seien jedoch für den Staatshaushalt noch nicht endgültig absehbar. „Maßgeblich ist nun, die entstehenden Lasten so gleichmäßig auf die einzel-

Sudetendeutsches Museum eröffnet:

Großes Museumsfest nach der Krise

Sozialministerin Trautner: „Das Sudetendeutsche Museum ist ein begehbarer Schatz“

Ein Leuchtturmprojekt für die bayerische Kulturlandschaft ist fertiggestellt. Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder hat das Sudetendeutsche Museum feierlich eröffnet. Nach modernsten musealen Präsentationsvorstellungen konzipiert, ist das Museum ein unverzichtbarer Bestandteil der Erinnerung an Geschichte, Schicksal und Kulturleistungen der Sudetendeutschen, betonte Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner.

„Das Sudetendeutsche Museum ist ein begehbarer Schatz. Es soll alle Generationen ansprechen und zur weiteren Beschäftigung mit den Sudetendeutschen und ihrer Geschichte anregen. Ich bin mir sicher: Das Museum wird zu einem lebendigen Ort des Dialogs werden. Ich wünsche mir, dass auch viele Jugendliche und Schulklassen hier mit gelebter Erinnerung in Berührung kommen. Wir müssen bei der Jugend das Interesse für Geschichte wieder mehr wecken, um die Erinnerung aufrecht zu erhalten“, so Trautner.

Die Gäste können die Ausstellung in deutscher, tschechischer und englischer Sprache kennenlernen. Ab Ende Oktober 2020 öffnet das Museum mit einem umfassenden Hygienekonzept für Besucherinnen und Besucher seine Türen.

Trautner verspricht: „Sobald es die Umstände wieder zulassen, wird es ein großes Museumsfest für die sudetendeutsche Volksgruppe und die breite Öffentlichkeit geben. Dann können wir mit allen Unterstützerinnen und Unterstützern sowie Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Gesellschaft dieses wunderbare Museum gemeinsam mit der Bevölkerung feiern. An dieser Stelle will ich mich auch ganz herzlich bei all denen bedanken, die dem Sudetendeutschen Museum Ausstellungsstücke zur Verfügung gestellt haben. Sie machen das Museum zu einem Ort lebendiger Erinnerung an unsere Geschichte.“

Das Sudetendeutsche Museum zeigt auf etwa 1.200 Quadratmetern Ausstellungsfläche rund 900 Exponate, darunter Kunstlerglas im Jugendstil, ein dreisitziges Motorrad sowie Streich- und Blasinstrumente. Unter den Ausstellungsstücken befindet sich auch der erste Gartenzwerger – diese Idee stammt aus dem Sudetenland. Weitere Besonderheiten sind eine Lederjackette mit einem Einschussloch aus der Vertreibung, ein Bergarbeiterhelm aus der Zwangsarbeit im Uran-Bergbau und ein Leiterwagen, mit dem die Vertriebenen ihr Gepäck transportieren mussten. **□**

nen Schultern zu verteilen, dass sie für alle tragfähig bleiben“, unterstrich Herrmann. „Daher wird der Freistaat das Konjunkturpaket des Bundes auf insgesamt über vier Milliarden Euro verdoppeln. Wir lassen unsere Kommunen nicht im Stich.“ Insbesondere würden dadurch Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer ausgeglichen.

Austarieren guter Lösungen

Als „eminent wichtig“ bezeichnete der neue Verbandsvorsitzende Elmar Stegmann die Zusammenarbeit mit dem Staatsministerium des Innern, die mit einem guten, persönlichen Austausch einhergehe. Die Frage der Zuweisung weiterer Mitgliedsgemeinden beschäftigte den BKPV seit der Prüfung des Obersten Rechnungshofs vor gut zehn Jahren. Der Gedanke der Konzentration der überörtlichen kommunalen Prüfung bei einer einzigen Einrichtung

ist aus Stegmanns Sicht „systematisch richtig und gute Gründe sprechen dafür“.

„Die kommunalen Spitzenverbände mögen – auch ihrerseits mit guten Gründen – es was zurückhaltender in der Zuweisungsfrage sein als Sie, Herr Staatsminister. Aber auch da zählen wir auf Sie und Ihr Haus“, hob Stegmann hervor. Das Austarieren guter Lösungen im Trilog von Ministerium, Prüfungsverband und Spitzenverbänden sei „ein sehr guter Weg, den wir gerne gehen“.

Wichtig für den Prüfungsverband seien Planungssicherheit, für eine gute Prüfung und Beratung seiner Mitglieder ausreichende personelle Ressourcen sowie eine passgenaue Finanzierung mit den drei Säulen Gebühren, Beiträgen und Staatszuschuss. „Ich bin sicher: Wir finden eine Lösung, die von allen Beteiligten mitgetragen werden kann“, zeigte sich Stegmann überzeugt. **DK**

Innenminister Herrmann verstärkt Maskenkontrollen

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann erhöht den Druck auf Maskenmuffel: Angesichts der deutlichen Anstiege der Corona-Neuinfektionen hat der Innenminister bayernweit verstärkte Polizeikontrollen zur Überwachung der verschärften Maskenpflicht angeordnet. „Die Bayerische Polizei wird bis auf Weiteres noch häufiger und konsequenter kontrollieren, ob die Maskenpflicht eingehalten wird“, kündigte Herrmann an.

Schwerpunkte sind laut Herrmann der öffentliche Personenverkehr, bei dem die Maskenpflicht grundsätzlich gilt, sowie stark frequentierte Plätze, an denen Maskenpflicht angeordnet wurde. „Wir müssen alles unternehmen, um die sprunghafte Ausbreitung des hochgefährlichen Virus einzudämmen und gleichzeitig einen Lockdown zu verhindern“, begründete Herrmann diesen Schritt. Gerade das Tragen einer geeigneten Mund-Nasen-Bedeckung helfe, diesen schwierigen Spagat

zu schaffen. „Leider sind nicht alle vernünftig genug, das zu kapieren“, bedauerte Herrmann. „Deshalb wird die Polizei Verstöße gegen die Maskenpflicht konsequent mit einem Verwarngeld sanktionieren oder sogar Anzeige beim Gesundheitsamt erstatten. Dann drohen saftige Geldbußen von mindestens 250 Euro.“ Insgesamt rund 25.000 Verstöße gegen die Maskenpflicht hat die Bayerische Polizei bislang festgestellt.

www.stmgp.bayern.de/corona-virus/rechtsgrundlagen/ **□**

Bayerns Gesundheitsministerin zum „Welttag der seelischen Gesundheit“:

Freistaat investiert in Beratung und Behandlung

Psychische Belastungen durch Corona ernst nehmen

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml rief anlässlich des „Welttags der seelischen Gesundheit“ am 10. Oktober dazu auf, die möglichen Auswirkungen der Corona-Pandemie für das psychische Wohlergehen ernst zu nehmen. Huml sagte: „Die Pandemie bringt viele Belastungen mit sich. Deshalb ist es wichtig, auf die seelische Gesundheit zu achten und sich bei Bedarf rechtzeitig fachkundige Unterstützung zu holen.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Das bayerische Gesundheitsministerium fördert gezielt Beratungs- und Behandlungsstrukturen. Außerdem informieren wir unter anderem mit Anzeigen in Zeitungen sowie mit Filmen im Fernsehen und im Internet darüber, was Menschen aktiv für die eigene seelische Gesundheit und die ihrer Mitmenschen tun können. Dies ist Teil der Kampagne ‚Bitte stör mich – Aktiv gegen Depressionen‘.“

Huml betonte: „Damit wollen wir zeigen: Wir lassen niemanden allein! Psychische Erkrankungen dürfen nicht stigmatisiert oder tabuisiert werden, denn dies kann, zusätzlich zur erheblichen Belastung für Betroffene und ihre Angehörigen, verhindern, dass Hilfe in Anspruch genommen wird.“

Wohnortnähe

Die Ministerin erläuterte: „Es ist mir ein persönliches Anliegen, langfristig in die wohnortnahe psychiatrische Versorgung zu investieren. Der Freistaat hat in den vergangenen 20 Jahren

rund eine Milliarde Euro an die Träger psychiatrischer und kinder- und jugendpsychiatrischer Kliniken für notwendige Investitionen gezahlt. Diesen Kurs setzen wir fort. Derzeit sind 24 Bauprojekte, mit einem Gesamtvolumen von rund 480 Millionen Euro fest zur Finanzierung aus dem Krankenhausförderetat eingeplant. Das sind Investitionen in die Zukunft, die die Qualität der Versorgung für psychisch erkrankte Menschen weiter verbessern.“

Neue Standorte

Huml betonte: „Wir haben dabei schon viel erreicht. In den vergangenen zehn Jahren haben wir die Zahl der Standorte zur Versorgung von psychisch kranken Patienten von 52 auf 69 erhöht. Dadurch konnten wir rund 13 Prozent mehr Betten (6.409 im Jahr 2010 im Vergleich zu 7.267 Ende 2019) schaffen. Die tagesklinischen Plätze haben wir mehr als verdoppelt (698 im Jahr 2010 im Vergleich zu 1.422 Ende 2019).“

Von zentraler Bedeutung ist

zudem der landesweite Aufbau von Krisendiensten. Huml erklärte: „Es handelt sich um ein niederschwelliges Angebot, das den Menschen rasch und wirksam Unterstützung in psychischen Notlagen bieten soll. Bislang gibt es dieses Angebot bereits in den Bezirken Oberbayern und Mittelfranken. Ab Juli 2021 sollen die Krisendienste bayernweit und rund um die Uhr erreichbar sein.“

Bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz

In jedem Bezirk besteht der Krisendienst aus einer Leitstelle sowie mobilen Einsatzteams. Für den Aufbau und Betrieb der Leitstellen sind im aktuellen Doppelhaushalt mehr als 18 Millionen Euro vorgesehen. Die bayerischen Bezirke finanzieren die mobilen Teams. Grundlage ist das Bayerische Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz.

Nach Schätzungen des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit leiden in Bayern rund 2,8 Millionen Menschen in der Altersgruppe der 18- bis 79-Jährigen im Laufe eines Jahres an einer klinisch relevanten psychischen Störung. Depression zählt mit rund einer Million betroffenen Erwachsenen zu den häufigsten psychischen Erkrankungen. **□**



Heike von Eyb von der Stadt Amberg und Nicole Graf vom Landkreis Amberg-Regen (v.li.) sind die Ansprechpartnerinnen für das Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“. Oberbürgermeister Michael Cerny und Landrat Richard Reisinger stehen hinter der Arbeit der beiden Frauen. Bild: Christine Hollederer

1000 Schulen für unsere Welt:

Stadt und Landkreis fördern Zukunftsperspektiven

Die Stadt Amberg und der Landkreis Amberg-Regen machen gemeinsame Sache. Beide leisten einen Beitrag, um in den ärmsten Ländern der Welt Kindern und Jugendlichen eine lebenswertere Zukunft zu ermöglichen. Mit der Gemeinschaftsinitiative „1000 Schulen für unsere Welt“ unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Dr. Gerd Müller, wird dies verwirklicht. An dieser Initiative beteiligt sich nun nicht mehr nur die Stadt Amberg, sondern auch der Landkreis Amberg-Regen.

Ähnlich wie die Stadt Amberg dies bereits seit einigen Monaten praktiziert wird auch der Landkreis als neuer Partner nicht direkt als Projektant auftreten, sondern diese Aufgabe in die Hände zweier Vereine legen. Als verlässliche Partner konnten hier die „Projekthilfe Dr. Luppä“ und der Verein „Socialis for the Gambia“ gewonnen werden.

Erfahrung und die Kontakte

„Beide Vereine verfügen über die nötige Erfahrung und die Kontakte, um die hier gesammelten Spendengelder zu 100

Prozent vor Ort zielführend einzusetzen“, ist Landrat Richard Reisinger überzeugt.

Neue Perspektiven schaffen

Bildung fördern, Armut verringern und neue Perspektiven vor Ort schaffen. Das ist der Grundgedanke des Projekts „1000 Schulen für unsere Welt“. Laut Oberbürgermeister Michael Cerny ein wirksamer Beitrag zur Entwicklungsarbeit, aber auch zur Bekämpfung von Fluchtursachen. „Bildung ist der beste und sinnvollste Weg, den Menschen die Möglichkeit

zu geben, in der Heimat zu verbleiben und dort ihr Leben frei gestalten zu können“, sagt das Stadtoberhaupt.

Solidarität und Mitmenschlichkeit

Dass das Amberg-Regener Land mit seinen Einwohnern hier Unterstützung leisten kann, sind sich Landrat und Oberbürgermeister sicher. „Schon bei der Flüchtlingskrise haben die Menschen in der Region gezeigt, was Solidarität und Mitmenschlichkeit bedeutet“, so Landrat Richard Reisinger. Ziel jetzt ist es, in Afrika die Bildung zu fördern und Schulen zu bauen.

Für ca. 50.000 Euro kann in Afrika eine Schule gebaut werden. Damit werden pro Schule und Jahr bis zu 1.000 Schülern 1.000 Bildungs- und Zukunftsperspektiven geboten. „Jeder

kann hier helfen und mit einem kleinen Beitrag bei der Umsetzung eines großen Projekts mitwirken“, sagen Nicole Graf vom Landkreis Amberg-Regen und Heike von Eyb von der Stadt Amberg, die das Projekt betreuen und v.a. Kontakt zu den Vereinen Projekthilfe Dr. Luppä und Socialis for the Gambia halten und die Umsetzung der Projekte vor Ort beobachten.

Socialis for the Gambia sammelt beispielsweise Spendengelder, um den Kindern eine schulische und berufliche Ausbildung zu ermöglichen. Das bedeutet konkret, es wurde ein Schul- und Ausbildungsgebäude gebaut und eine Mittagsverpflegung angeboten, oft die einzige Mahlzeit des Tages. Mehr als 600 Kinder besuchen den vom Verein unterstützten Kindergarten und die Schule.

Viele Einsatzgebiete

Die Projekthilfe Dr. Luppä blickt auf eine mehr als 55-jährige Erfahrung zurück. Was in den 1960er-Jahren mit Medikamentenspenden sowie Krankenhäusern in Peru und auf den Philippinen begann, hat sich im Laufe der Jahre auf viele weitere Einsatzgebiete, z.B. Afrika, ausgeweitet. Mit den Spendengeldern möchte der Verein seine Schule in Togo weiter ausbauen und ausstatten.

Spenden werden weiter gesammelt. Dazu wurde laut Oberbürgermeister Michael Cerny und Landrat Richard Reisinger bei der Sparkasse Amberg-Regen ein gemeinsames Spendenkonto für die Stadt und den Landkreis eingerichtet, um gemeinsam noch mehr bewegen zu können. „Helfen Sie mit!“, so der Wunsch der beiden. □

Faire Woche ganz groß an Abensbergs Schulzentrum

Die bundesweite Faire Woche 2020 nahmen einige Klassen der Aventinus Mittelschule und der Staatlichen Wirtschaftsschule Abensberg zum Anlass für eine Projektwoche, die Vertreter des Eine Welt-Forums als „beispielgebend“ bezeichneten. Rektor Wolfgang Brey freute sich über das Lob und betonte, dass die verantwortlichen Lehrer es geschafft hätten, durchwegs interessante Themen aufzubereiten, die in die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler eingebettet sind. Und die waren mit Eifer und Begeisterung dabei und beschäftigten sich mit zehn Themen auf zehn Stationen verteilt, in den Klassenzimmern und auch in der Aula.

Die Lehrerinnen Susanne Elsner, Sabrina Sendtner und Nadine Dietz hatten zuvor die Themen erarbeitet, die von ihren Klassen – der 7c, der M8a und der W8 – bearbeitet wurden. Das traf offenbar den Nerv: „Es ist so still heute“, bemerkten die Lehrerinnen. „Die Schüler sind ganz eng dabei.“ Und sind berührt: „Kaba – von Kindern für Kinder“, hat ein Junge formuliert, nachdem er sich mit dem Thema Kinderarbeit beschäftigt hatte. „Die Station Kinderarbeit hat viele sehr betroffen gemacht“, so Rektor Brey. Auch die anderen Themen wurden fleißig bearbeitet und blieben nicht nur Theorie. So wurde eine Blindverkostung zum Thema „Schmeckt jede Schokolade gleich?“ mit konventioneller und mit Fair Trade-Schokolade angeboten, die „Geschichte des Kakao“ wurde als Rätsel aufbereitet, Anbau und Ernte ebenfalls. Mit der Frage „Was versteht man unter Fair Trade?“ wurden die Schüler mit Schlagworten wie Arbeitsschutz, Ausbeutung, Pestiziden, Kinderarbeit und Kinderarmut konfrontiert. Weitere Stationen waren „Gutes Leben“ und was man damit verbindet. Auch „Unterwegs im Siegeldschengel“ war als Station mit dabei. Welchem Siegel kann man vertrauen? Wie die Stadt Abensberg zur „Fair Trade-Stadt“ wurde war ein weiteres Thema. Brey hatte dazu Richard Ziegler eingeladen. Der Stadt- und Kreisrat der Grünen war Umweltreferent in Abensberg, als der Stadtrat beschloss, zur Fair Trade-Stadt zu werden. Er zeigte sich – wie die Vertreterinnen vom Eine Welt-Forum Abensberg – begeistert über die Aktivitäten im Schulzentrum.

Weil alles so wunderbar geklappt hat, verlor die Eine Welt-Forum Abensberg nach Abschluss der Aktionswoche unter den aktiven Klassen kleine Präsentie. Fünf Schultüten konnte Schul-Sekretärin Angelika Mandlik als Glücksfee an Anna-Lena Hilz, Valentin Novi, Lilly Sophie Nölte, Simona Krasteva und Halit Budkova übergeben.

Das Beispiel macht buchstäblich Schule. Rektor Brey plant, dass sich alle Klassen mit diesen Projekten beschäftigen. „Es war toll zu sehen, wie sich die Schüler reingehängt haben.“ □



15. Bundeskonferenz der Kommunalen Entwicklungspolitik

Gemeinsam. Fair. Global. Nachhaltig.

Agenda 2030 – Kommunen gestalten Zukunft

Montag bis Mittwoch, 14. bis 16. Juni 2021
im World Conference Center Bonn

- Kommunen sind als Pioniere des Wandels für die Umsetzung der Agenda 2030 und die Bewältigung globaler Herausforderungen entscheidend. Doch was bedeutet das konkret?
- Wir bieten informative Formate zu lokalen Nachhaltigkeitsstrategien, gesellschaftlichem Zusammenhalt, fairer Beschaffung, kommunalen Partnerschaften und weiteren aktuellen Themen wie Digitalisierung und Pandemiebewältigung.
- Interesse geweckt? Die Voranmeldungen und weitere Informationen finden Sie hier:

<https://skew.engagement-global.de/bundeskonferenz.html>



Denkfabrik gegen den weltweiten Hunger

Seit fünf Jahren arbeitet das globale Innovationszentrum des Welternährungsprogramms der Vereinten Nationen (WFP) in München daran, vielversprechende Ideen und Lösungswege für eine Welt ohne Hunger zu unterstützen. „In dieser Denkfabrik entstehen Ideen, wie wir nachhaltig helfen können, den Hunger in der Welt zu bekämpfen und Ernährungskrisen gezielt zu entschärfen“, sagte Bayerns Ernährungsministerin Michaela Kaniber. Das globale Zentrum bündelt und fördert weltweite innovative Projekte. „Der Freistaat Bayern wird das Innovationszentrum in den kommenden fünf Jahren mit rund einer Million Euro jährlich unterstützen“, sagte Kaniber.

Die Top-Universitäten, Forschungszentren, Großunternehmen mit Visionen und eine ausgeprägte Start-up-Szene waren die Antriebskräfte für den „WFP Innovation Accelerator“. In enger Zusammenarbeit generierte sie über 5.000 Innovationsanträge. Von Bayern aus wurden mehr als 80 Pilotprojekte unterstützt. Das Innovationszentrum erreichte allein im vergangenen Jahr insgesamt 1,4 Millionen Menschen in 45 Ländern. □

Um den Schulleitern im virtuellen Raum ein reales Gefühl für das deutsche Ausbildungssystem zu vermitteln, gab es praktische Beispiele von Christine Ritter, Referentin für Weiterbildung und Berufsorientierung im ÜBZO. Sie demonstrierte den Teilnehmern, was unter handlungsorientierten Unterrichtsmethoden zu verstehen ist – wie Brainstorming, Anti-Brainstorming, Fishbone-Diagramm und Weltkaffee funktioniert.

Sonja Prüll, Leiterin der Abteilung Internationales im ÜBZO, beantwortete die Fragen der Schulleiter und erläuterte, wie das duale Ausbildungssystem in die chinesischen Schulen eingeführt und der Unterricht gestaltet werden kann.

Die chinesischen Direktoren sind sehr an Online-Schulungen für Lehrkräfte von Berufsschulen und Colleges interessiert. Deshalb werden das Pekinger Ministerium und das ÜBZO gemeinsam zeitnah eine Online-Schulungsreihe zum Thema „Didaktische Lehrerfortbildung in der beruflichen Bildung“ anbieten.

Um die Qualität sicherzustellen, wird die Schulung in Gruppen mit maximal 24 Teilnehmern über das virtuelle Klassenzimmer des ÜBZO interaktiv gestaltet. Prof. Bauer: „Die Lehrer von Berufsschulen und Colleges sind herzlich eingeladen, sich aktiv daran zu beteiligen. Die duale Berufsausbildung in Deutschland erfährt in China eine hohe Wertschätzung. Hier können wir ganz konkret Unterstützung und Austausch bieten.“ □

Eigenkapital im Mittelstand stärken

Bayerische Real- und Finanzwirtschaft legt gemeinsames Positionspapier vor

Vertreter der bayerischen Finanz- und Realwirtschaft sprechen sich für gezielte Maßnahmen aus, um die Eigenkapitalsituation des von der Corona-Krise betroffenen Mittelstands zu verbessern. Unterzeichnet haben die Forderungen die Industrie- und Handelskammer München Oberbayern, die Handwerkskammern in Bayern, der Genossenschaftsverband Bayern, der Sparkassenverband Bayern und der Bayerische Bankenverband. Die Vorschläge sollen in laufende Beratungen bei der Bundesregierung eingespeist werden.

Wegen der Corona-Pandemie mussten viele Unternehmen Umsatzeinbußen hinnehmen. Die Folge: Rund ein Drittel klagt über einen Rückgang im Eigenkapital. Durch die Verschlechterung der Eigenkapitalsituation sinkt die Bonität der Unternehmen, die Kreditfinanzierung wird erschwert und der wirtschaftliche Aufschwung verliert an Fahrt.

Bund und Länder haben auf dieses Problem reagiert, indem sie Unterstützungsleistungen für das Eigenkapital, wie den Bayern-Fonds, aufsetzen. Allerdings zielen diese Maßnahmen auf größere Unternehmen. Für die Breite der mittelständischen Unternehmen gibt es keine passenden Instrumente zur Eigenkapitalstärkung.

In einem Positionspapier fordern die Verbände daher steuerliche Verbesserungen, damit Mittelständler ihre Eigenkapitalpositionen rasch wiederaufbauen können. Es gelte, die steuerliche Verlustrech-

nung auszuweiten. Als wesentliches Hemmnis wird der drohende Verlustuntergang beim Wechsel von Anteilseignern betrachtet. In der Krise würden dadurch wirtschaftlich sinnvolle Maßnahmen, wie der Eintritt neuer Investoren in notleidende Betriebe, behindert. Deshalb sollte der Verlustuntergang auf wirkliche Missbrauchsfälle beschränkt werden. Ergänzend zur Ausweitung der Verlustverrechnung sollte zudem die Möglichkeit geschaffen werden, eine steuerfreie „Corona-Rücklage“ im Jahresabschluss 2019 zu bilden.

Bildung von Eigenkapital

Um die Eigenkapitalbasis der kleinen und mittleren Betriebe zu stärken, sei die sog. Thesaurierungsrücklage mittelstandsfreundlich und praxisgerecht fortzuentwickeln. Die Voraussetzungen für die Bildung von Eigenkapital seien zu verbessern, da nach der derzeitigen Ausge-

staltung nur wenige auf Dauer ertragsstarke Personenunternehmen die Regelung zur Begünstigung nicht entnommener Gewinne nutzen können.

Darüber hinaus sprechen sich die Unterzeichner für die praxisgerechte Ausgestaltung regulatorischer Vorgaben bei den Eigenkapitalanforderungen in Bezug auf Unternehmen aus. Gesellschaften, bei denen mehr als die Hälfte des Eigenkapitals aufgebraucht ist, hätten keinen Anspruch auf staatliche Unterstützung. Diese Intention sei grundsätzlich richtig, allerdings würden durch eine unzureichende EU-Definition auch zahlreiche KMU ausgeschlossen, die berechtigterweise Hilfen erhalten sollten.

Zugang zu Corona-Hilfen

Um diesen Unternehmen den Zugang zu Corona-Hilfen zu ermöglichen, sollte die Definition für „Unternehmen in Schwierigkeiten“ vereinfacht werden. So könnte zum Beispiel die Definition auf solche Unternehmen eingeschränkt werden, die Gegenstand eines Insolvenzverfahrens sind. Diese vereinfachte Regelung sei nach der De-minimis-Beihilfe-Regelung für Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten schon heu-

te möglich und werde von einigen Förderbanken (nicht KfW) bei der Antragsprüfung aktuell so ausgelegt.

Zudem wird die Auflage eines kreditnahen Produkts der Förderbanken vorgeschlagen, das Nachrang- bzw. Eigenmittelcharakter hat. Die Vorschläge sollten in laufende Beratungen bei der Bundesregierung eingespeist werden. Alternativ könnte eine Mindest-Ausfallwahrscheinlichkeit als Beurteilungskriterium für „Unternehmen in Schwierigkeiten“ herangezogen werden. Durch eine Nachbesserung der Definition wären zahlreiche sinnvolle Geschäftsförderungen möglich.

Passgenaue Lösung

Weiterer Vorschlag: Rund 97% der Unternehmen haben weniger als 20 Mitarbeiter. Sie sind demzufolge von den Möglichkeiten, die der Wirtschaftsstabilisierungsfonds und der Bayernfonds bieten, ausgeschlossen. Meist sei auch eine Direktbeteiligung (z.B. über die BayBG oder Beteiligungsgesellschaften) nicht passgenau. Deshalb wird die Auflage eines kreditnahen Produkts der Förderbanken vorgeschlagen, das Nachrang- bzw. Eigenmittelcharakter für KMU hat.

Für kleine und mittlere Unternehmen käme beispielsweise eine Modifikation des KfW-Programms „ERP-Mezzanine für Innovation“ in Betracht. Im Rahmen des Förderumfangs von 5 Mio. Euro sollten die bisherigen 60% Mezzanine-Anteile durch die KfW auf 80% aufgestockt werden, gekoppelt mit 20% Hausbankkredit. Nachdem jeweils die finanzierende Bank mit ins Ausfallrisiko geht, erscheinen diese Anpassungen nach Auffassung der Unterzeichner vertretbar.

Nachteile dieser Instrumente lägen allerdings darin, dass eine umfangreichere Einzelantragprüfung erforderlich ist, als das bei den anderen Förderprogrammen der Fall ist. Strukturen müssten erst bei Förderinstituten oder Bürgschaftsbanken aufgebaut werden, so dass ein zeitlicher Vorlauf hierfür erforderlich ist.

Und letztendlich müsste auch bei einem Nachrangdarlehen ein Exitzenario vorhanden sein, d.h. die Kapitaldienstfähigkeit muss langfristig wiederhergestellt werden. „Vor diesem Hintergrund plädieren wir dafür, im ersten Schritt den steuerlichen Verlustrücktrag auszuweiten und dann im zweiten Schritt weitergehende Maßnahmen in diese Richtung umzusetzen“, heißt es in dem Papier.

Insolvenz vermeiden

Aus Sicht der Verbände müssen ferner zukunftsfähige Restrukturierungen auch für kleine Unternehmen ermöglicht werden. Die Restrukturierungsrichtlinie sollte spätestens bis 31.12.2020 in nationales Recht umgesetzt werden, um Unternehmen zusätzlich einen rechtssicheren Weg der Sanierung auch vor einem Insolvenzverfahren zu eröffnen. Bei überschaubarer Gläubigerzahl könnte eine Insolvenz vermieden und die Fortführung von Betrieben ermöglicht werden.

„Nachdem wir mit einer erhöhten Insolvenzzahl durch die Corona-Pandemie zu rechnen haben, könnte Gläubigern und Unternehmern dadurch geholfen und Gerichte entlastet werden. Außerdem wäre die Sanierungsmediation eine gute Ergänzung zum Beratungsangebot der LfA Taskforce in Bayern. Dieses Angebot sollte zudem in der aktuellen Situation verstärkt beworben werden“, heißt es abschließend. **DK**

Außergewöhnliche Förderbilanz:

LfA vergibt bayerische Corona-Hilfen von über 1,2 Mrd. Euro

Kleine und mittelständische Betriebe profitieren von spezieller bayerischer Förderung

Die LfA Förderbank Bayern hat in den ersten sechs Monaten der Corona-Pandemie mehr als 5.900 Kredite als Corona-Hilfen vergeben. Das bis Mitte September zugesagte Kreditvolumen in den Sonderprogrammen LfA-Schnellkredit, Corona-Schutzschirm-Kredit und Corona-Kredit – Gemeinnützige sowie den optimierten Programmen Universalkredit und Akutkredit beträgt insgesamt mehr als 660 Millionen Euro. Von den Vorteilen der durch den Freistaat Bayern ermöglichten eigenen bayerischen Förderprogramme profitierten insbesondere kleine und mittelständische Betriebe.

Allein mit dem LfA-Schnellkredit hat die LfA fast 4.200 Klein- und Kleinstbetriebe mit bis zu 10 Beschäftigten gefördert. Zudem wurden rund 65 LfA- und Staatsbürgschaften mit einem Bürgschaftsbetrag von mehr als 485 Millionen Euro sowie rund 4.700 Tilgungsaussetzungen bei bestehenden Krediten im Gesamtvolumen von über 72 Millionen Euro bewilligt. Die LfA hat damit über 1,2 Milliarden Euro an Corona-Hilfen für den Wirtschaftsstandort Bayern zugelegt.

Zusammen mit ihren Standardkrediten hat die LfA die bayerische Wirtschaft von Mitte März bis Mitte September 2020 mit Darlehen in Höhe von fast 2 Milliarden Euro unterstützt. Dies ist ein Zuwachs von über 56 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Insgesamt profitierten rund 7.800 mittelständische Unternehmen und Kommunen von dem Angebot.

Über die BayBG Bayerische Beteiligungsgesellschaft mbH und die Bayern Kapital GmbH, beides Unternehmen aus der LfA Gruppe, stellt die LfA den bayerischen Gründern und Unternehmern zur Stärkung ihrer Kapitalbasis überdies Eigenkapitalangebote, etwa den Startup Shield Bayern, den Eigenkapital-Mittelstand Bayern oder den Wachstumsfonds Bayern, zur Verfügung.

„Die Finanzierungshilfen der LfA sind wichtige Bausteine der bayerischen Stabilisierungsstrategie. Mit diesen Finanzierungsinstrumenten unterstützen wir die mittelständischen Unternehmen schnell und verlässlich in der Coronakrise. So sichern wir den Fortbestand vieler Betriebe

und erhalten zahlreiche Arbeitsplätze. Viele Betriebe wollen heraus aus der Krise und investieren in die Zukunft. Wir richten unsere finanziellen Hilfen sowie Förder- und Beratungsangebote daher nicht nur auf die akute Krisenbewältigung aus, sondern unterstützen den Mittelstand auch gezielt dabei, die Chancen von innovativen Technologien und Digitalisierung zu ergreifen“, sagt Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger.

Erweitertes Instrumentarium

LfA-Vorstandsvorsitzender Dr. Otto Beierl ergänzt: „Unsere Finanzierungshilfen zur Bewältigung der Coronakrise sind beim bayerischen Mittelstand gefragt. Der LfA-Schnellkredit mit 100-prozentiger Risikolastung ist ein einfaches und wirksames Kreditprodukt speziell für kleine Betriebe. Durch die Ausweitung und Vereinfachung unserer Risikolastungen, mit dem Corona-Schutzschirm-Kredit, dem Corona-Kredit – Gemeinnützige, den Optimierungen bei Universalkredit und Akutkredit sowie unkomplizierten Tilgungsaussetzungen haben wir zudem unser Instrumentarium zur Unterstützung auch der größeren Betriebe deutlich erweitert.“

Für Zukunftsinvestitionen stünden den Unternehmen eine umfassende Gründungs- und Wachstumsförderung und die attraktiven Finanzierungsangebote für Energieeffizienz, Umwelt- und Klimaschutz sowie Innovation und Digitalisierung zur Verfügung. **□**

Studie des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung:

Eigenmittelanteil bei Förderprogrammen für Kommunen

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung hat ein Diskussionspapier zur Frage „Wer schon viel hat, dem wird noch mehr gegeben?“ veröffentlicht. Vertiefend beleuchtet wird dabei die Problematik des kommunalen Eigenmittelanteils.

Die Autoren der Studie kommen zu dem Schluss, dass strukturschwache Kommunen durch das aktuelle Fördersystem benachteiligt werden. So ist es für diese Kommunen aufgrund begrenzter Personalkapazitäten deutlich schwieriger, über die Vielzahl an Förderprogrammen mit jeweils höchst-individuellen und komplexen Förderbedingungen den Überblick zu behalten und entsprechende Förderanträge zu stellen. Zudem leide die kommunale Selbstverwaltung unter der engen Zweckbindung von Förderprogrammen.

Aufgrund begrenzter Finanzmittel können finanzschwache Kommunen vielerorts nicht dort investieren, wo es gerade angezeigt ist, sondern müssen sich daran orientieren, für welche Vorhaben Fördermittel von der EU, dem Bund und dem jeweiligen Bundesland zur Verfügung gestellt werden. Der zumeist notwendige Eigenmittelanteil schränkt Investitionen für andere notwendige, aber eben nicht förderberechtigte Vorhaben, nahezu vollumfänglich ein.

Finanzschwache Kommunen haben zudem große Schwierigkeiten, den Eigenmittelanteil überhaupt erbringen zu können und verzichten daher von vorneherein auf eine Bewerbung. Folge ist, dass finanzstarke Kommunen, da sie vor allem die entsprechenden Personalressourcen haben sowie den notwendigen Eigenanteil aufbringen können, letztlich stärker als finanzschwache Kommunen von Förderprogrammen profitieren.

Empfohlen wird unter anderem, den Kommunen zu ermöglichen, beim Eigenanteil alternativ auch Personal- und Sach-

leistungen geltend machen zu können. Zudem sollte es Ko-finanzierungshilfen durch das Land geben. Besonders finanzschwache Kommunen sollten vom Eigenanteil befreit werden. Grundsätzlich sollten Förderprogramme niedrigschwellig angesetzt und auch eine Bündelung von Programmen zugelassen werden.

Zu hoher bürokratischer Aufwand für kleine Gemeinden

Insgesamt ist der bürokratische Aufwand für die Fördermittelbeantragung für kleine und eher ländlich geprägte Gemeinden zumeist zu hoch. Die Fördermittelgeber, insbesondere auf Landesebene, sollten daher Beratungs- sowie Unterstützungsangebote zu den Programmen schaffen. Entscheidend ist zudem eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der Kommunen. Fördermittel sollten die Ausnahme darstellen und sich darauf beschränken, neue Entwicklungen anzustoßen und besondere Missstände zu beheben.

Empfohlenes Fördernetzwerk

Kommunen wird unter anderem empfohlen, sich zur Kapazitätsbündelung mit umliegenden Gemeinden zu einem Fördernetzwerk zusammenzuschließen. Auch die Finanzierung einer Stelle für die Akquise von Fördermitteln auf Gemeindeverbandsebene wird angeraten.

Unterstützt werden die vorgeschlagenen Empfehlungen vom Deutschen Städte- und Gemeindebund. Zweifelsfrei bedürfte es auf kommunaler Ebene an erster Stelle einer aufga-

bengerechten Finanzausstattung. Fördermittel könnten hier keinen Ersatz darstellen. Gleichwohl könnten Fördermittel aber der richtige Weg sein, um neue Entwicklungen anzustoßen und massive Rückstände aufzuholen. Der DStGB spricht sich daher auch für eine Aufstockung und Entfristung des Kommunalinvestitionsförderungsfonds des Bundes aus.

Auch im Rahmen von EU-Programmen fällt laut DStGB in der Regel ein kommunaler Eigenmittelanteil an. Hier sei hervorzuheben, dass es auf Druck der Kommunalverbände auf europäischer Ebene seit der letzten Förderperiode immerhin möglich ist, dass der Eigenanteil auch z.B. über Spenden fremdfinanziert werden kann. Zuvor musste der Eigenanteil direkt aus dem Haushalt kommen, was Haushaltssicherungskommunen von der Kommunal-aufsicht häufig dann untersagt wurde.

Lockerung der Zweckmittelbindung angemahnt

Der Kommunalverband mahnt schon lange eine Lockerung der zumeist recht strikten Zweckmittelbindung sowie die Atomisierung der Förderprogramme an. Die zunehmende Anzahl separater Förderprogramme mit jeweils abweichenden Förderbedingungen erhöhe den administrativen Aufwand erheblich. Dieser sei gerade für kleinere Gemeinden im ländlichen Raum nicht mehr handelbar.

Aus Sicht des DStGB müssten künftige Förderprogramme deutlich stärker als bisher finanzschwache und kleine Kommunen in den Blick nehmen. Künftig sei sicherzustellen, dass Investitionen weder an der Erbringung des Eigenmittelanteils noch am administrativen Aufwand scheitern. **DK**

Steuerschätzung Bayern:

Auf stabilem Weg

Kommunale Spitzenverbände fordern vom Bund einen Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle über 2020 hinaus

Nach der aktuellen Steuerschätzung kann der Freistaat in 2020 mit etwa 4,2 Milliarden Euro weniger an Steuereinnahmen rechnen als vor der Krise erwartet. Dies ist laut Finanzminister Albert Füracker der mit Abstand stärkste Einbruch der vergangenen Jahrzehnte. Gleichwohl seien die Zahlen für 2020 auch ein Signal dafür, dass die von Bund und Ländern ergriffenen Maßnahmen zur Stützung der Wirtschaft wirken. Man befinde sich auf einem „stabilen Weg“.

Auch in den nächsten Jahren muss der Freistaat krisenbedingt mit deutlichen Mindereinnahmen rechnen. So sind im Vergleich zur letzten Schätzung vor der Krise rund 4,0 Milliarden Euro weniger Steuereinnahmen für 2021 zu erwarten (gegenüber Mai-Schätzung zusätzliches Minus von rund 1,3 Milliarden Euro), rund 3,6 Milliarden Euro in 2022 (gegenüber Mai-Schätzung zusätzliches Minus von rund 1,1 Milliarden Euro). Hier spiegeln sich vor allem die prognostiziert etwas langsamere Erholung der Wirtschaft in den kommenden Jahren sowie die mit Unterstützung Bayerns auf den Weg gebrachten massiven steuerlichen Unterstützungsmaßnahmen durch Bund und Länder wieder.

Bayern bleibt trotz der Mindereinnahmen dem eingeschlagenen Weg treu und setzt sich für Entlastungen und staatliche Investitionen ein. „Wir wollen zurück zur Schwarzen Null, aber mit Augenmaß. Jedes Unternehmen und jeder Arbeitsplatz, der in der aktuellen Ausnahmelage erhalten werden kann, sichert den Wohlstand von morgen“, hob Füracker hervor. Investitionen und Maßnahmen, die Wirtschaft, Kommunen und Familien in Bayern durch die Krise helfen, werden daher im

Jahr 2020 wie beschlossen fortgeführt. Damit sei sichergestellt, dass Wirtschaft und Bürger sich auf die bereits gegebenen Zusagen des laufenden Haushaltsjahres verlassen können.

Verlässliche Lösungen gefragt

Um ihre Aufgaben weiter erfüllen zu können, brauchen die Kommunen nach Auffassung der Präsidenten und Vorsitzenden der vier kommunalen Spitzenverbände in Bayern auch für 2021 verlässliche Auffanglösungen für Gewerbesteuerausfälle. Allein im zweiten Quartal 2020 lagen die Gewerbesteuereinnahmen der bayerischen Gemeinden und Städte um 33,6 % unter denen des Vorjahresquartals.

Dr. Uwe Brandl, Erster Bürgermeister und Präsident des Bayerischen Gemeindetags, bezeichnete die Entscheidung der Bundesregierung, den Gewerbesteuerausfall 2020 der Kommunen zusammen mit den Ländern zu kompensieren, als ein wichtiges und kraftvolles Signal, die Handlungsfähigkeit der Kommunen zu erhalten. Die aktuelle Steuerschätzung lasse jedoch erkennen, dass die Kommunen auch in den Jahren 2021 und 2022 mit zum Teil

erheblichen Ausfällen zu rechnen haben. Deshalb sei es dringend erforderlich, die Steuerausfälle der Kommunen auch über die Gewerbesteuer hinaus in den Folgejahren zu kompensieren.

Laut dem Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Markus Pannermayr, verschaffe die Kompensation der Gewerbesteuerausfälle im Jahr 2020 den Kommunen zumindest für kurze Zeit eine wichtige Verschnaufpause. Städte und Gemeinden hätten aber auch in den kommenden Haushaltsjahren eine Durststrecke zu bewältigen. Das Aufkommen der Gewerbesteuer breche in einzelnen Städten und Gemeinden teilweise dramatisch ein. „Wenn Kommunen weiter in Bauprojekte, Schulen oder Infrastruktur investieren sollen und wenn sie weiterhin für ihre Bürgerinnen und Bürger eine funktionsfähige Daseinsvorsorge bieten sollen, brauchen sie dauerhaft die nötigen finanziellen Spielräume. Wir brauchen daher auch 2021 und in den Folgejahren eine Kompensation fehlender Einnahmen.“

Herr der Lage bleiben

Wie Landrat Christian Bernreiter, Präsident des Bayerischen Landkreistags ausführte, „sind wir dem Bund für sein 2020er Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket dankbar. Hilfe bei den zu erwartenden Mehrkosten bei Hartz IV durch eine Erhöhung der Bundesbeteiligung von 50 auf bis zu 75 % an den Kosten der Unter-

kunft, eine massive Beschleunigung des 5G-Ausbaus, die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes und 2,5 Mrd. für die Ausfälle im Öffentlichen Nahverkehr waren wichtige Stützen, um kurzfristig und schnelle erste Antworten auf die Coronakrise geben zu können.“ Dennoch sei man noch längst nicht über den Berg. Alle politischen Ebenen benötigten einen mittelfristigen gemeinsamen Ansatz, um Herr der Lage zu bleiben. Dies bedeute insbesondere, dass die Gewerbesteuerausfälle über 2020 hinaus ausgeglichen werden müssen. „Auch 2021 müssen wir weiter investieren in Schulbauten, Straßeninstandsetzungen und die Digitalisierung.“

„Auch für die bayerischen Bezirke ist der Einbruch der kommunalen Steuereinnahmen durch die Corona-Pandemie eine große Belastung“, hob Franz Löffler, Bezirksstagspräsident und Präsident des Bayerischen Bezirktags, hervor. „Wir kämpfen ohnehin seit Jahren mit steigenden Kosten, was zum Beispiel mit Gesetzesänderungen im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung und der Hilfe zur Pflege zusammenhängt. Die Bezirke, die weitestgehend über kommunale Umfragen finanziert werden, sind auf solide Verwaltungshaushalte von Gemeinden, Städten und Landkreisen angewiesen. Nur so können sie ihre Aufgaben in der sozialen Daseinsvorsorge auch künftig zuverlässig erledigen. Ohne weitere Hilfsmaßnahmen würde das System der Kommunalfinanzierung schnell an seine Grenzen kommen. Deshalb unterstützt der Bezirktag ausdrücklich den gemeinsamen Appell der kommunalen Spitzenverbände an den Bund, über das Jahr 2020 hinaus eine Ausgleichslösung für die Gewerbesteuerausfälle zu finden.“ DK

Bundesrat hinterfragt Entwurf des Risikoreduzierungsgesetzes:

Wichtiger Impuls für die Kreditversorgung

Der Bundesrat hat die Bundesregierung aufgefordert zu prüfen, ob die in der Corona-Krise eingeführten regulatorischen Erleichterungen für Banken fortgeführt werden können. Der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) begrüßt den Beschluss der Länderkammer als wichtigen Impuls für die Kreditversorgung und fordert die Bundesregierung auf, dem im weiteren Gesetzgebungsverfahren Rechnung zu tragen.

„Die regulatorischen Erleichterungen haben den Banken geholfen, in der Krise die Wirtschaft schnell und effektiv mit Finanzierungen zu versorgen. Diesen

Präsident Jürgen Gros die Stellungnahme des Bundesrats.

Gegenstand des Beschlusses ist der Entwurf des Risikoreduzierungsgesetzes (RiG), mit dem die Bundesregierung europäische Bankenregeln in deutsches Recht umsetzt. Neben Änderungen an einzelnen Regelungen plädiert die Länderkammer dafür, insgesamt die Proportionalität und Praxistauglichkeit der Finanzmarktregulierung zu verbessern und Bürokratie abzubauen.

Praxistauglichkeit der Finanzmarktregulierung verbessern

„Jetzt ist die Zeit, Lehren aus der Krise zu ziehen und im Sinne der wirtschaftlichen Erholung eine Bankenregulierung zu schaffen, die Sicherheit gibt, ohne den Handlungsspielraum von Finanzinstituten übermäßig einzuschränken. Regeln, die keinen erkennbaren Nutzen stiften, gehören auf den Prüfstand“, betonte GVB-Präsident Gros. Der Genossenschaftsverband Bayern hatte bereits Ende April einen runden Tisch mit Vertretern aus Politik, Aufsicht und Banken angeregt, um die Bankenregulierung einem Fitness-Check zu unterziehen. □



Dr. Jürgen Gros. □

Schwung gilt es beizubehalten. Deshalb kommt der Vorstoß des Bundesrats genau zur rechten Zeit. Wer jetzt die regulatorischen Schrauben zu stark und zu schnell wieder anzieht, droht den Finanzierungsmotor abzuwürgen“, kommentierte GVB-

bayern.vr.de

Unser wichtigstes Investment: die nächste Generation.

Morgen kann kommen.

Wir machen den Weg frei.

Wir finden, die Welt braucht mehr Zuversicht. Deshalb unterstützen wir alle, die den Mut haben, ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Anpacker und Frühaufsteher, die Familien oder Start-ups gründen, Hausbauer, Pläneschmieder – gemeinsam schauen wir nach vorn und sagen: Morgen kann kommen. Wir machen den Weg frei.

Volksbanken Raiffeisenbanken

100 Jahre Kommunal-Versicherung in Bayern

Besondere Betreuung der Kommunen in Bayern und der Pfalz

Von Raimund Lichtmannegger, Leiter Direktion Öffentliche Einrichtungen

Für alle Kommunen und kommunale Unternehmen in Bayern und der Pfalz bietet die Versicherungskammer Bayern seit hundert Jahren einen jeweils zeitgemäßen Rundum-Versicherungsschutz. Seit mehr als sechs Jahrzehnten gibt es zudem einen besonderen Service: Die Kommunen werden durch eigene Direktionsbevollmächtigte der Versicherungskammer Bayern und der Pfälzischen Pensionsanstalt Bad Dürkheim persönlich beraten und unterstützt.

Siebzehn Direktionsbevollmächtigte mit Dienstsitzen in allen Regierungsbezirken kümmern sich um die kommunalen Versicherungsnehmer in Bayern. In der Pfalz nehmen sich drei Direktionsbevollmächtigte mit Sitz bei der Pfälzischen Pensionsanstalt in Bad Dürkheim der Belange der Kommunen an. Unterstützt werden sie in ihren Aufgaben durch insgesamt sieben Direktionsbevollmächtigte im Innendienst.

Alle Direktionsbevollmächtigte sind ausschließlich für die Kommunen und kommunale Tochterunternehmen zuständig.

Damit verfügen sie über ein ausgeprägtes Spezialwissen in ihrem Aufgabenbereich. In Kombination mit den fundierten Kenntnissen der Verwaltungsabläufe und daraus resultierender potenzieller Risiken ist eine bedarfsgerechte Beratung auf höchstem Niveau möglich.

Beziehung auf Augenhöhe

Klare Zuständigkeiten, eine 1:1-Beziehung zwischen Kunde und Berater sowie die Eingrenzung auf das kommunale Kundensegment ermöglichen ein

neffiziente und damit kostengünstige Organisation. Durch die Festanstellung der Mitarbeitenden fallen keine Provisionen oder Courtagen an. Die außergewöhnlich niedrige Kostenquote wird in Form günstiger und stabiler Prämien an die Kunden weitergegeben, was wiederum zur Haushaltsstabilität in den Kommunen beitragen kann.

Individuelle Beratung und Betreuung vor Ort

Regelmäßige Anpassung bestehender Verträge an aktuelles Geschehen in den Kommunen, individuelle Beratung und Betreuung vor Ort, Risikomanagement mit speziellen Deckungskonzepten und Hilfestellung bei der Ermittlung von Versicherungssummen gehören ebenso zur täglichen Arbeit wie die Unterstützung nach einem Schadenfall.

Über eine hohe Exzellenz verfügen die Direktionsbevollmächtigten im Bereich der Wertermittlung von Gebäuden. Für außergewöhnliche Risiken können sie zudem auf eigene Sachverständige und spezialisierte Underwriter in den Fachabteilungen zurückgreifen.

Mit Vor-Ort-Schulungen werden neue Versicherungssachbearbeiter in Kommunen mit den Besonderheiten des kommunalen Versicherungsschutzes vertraut gemacht. Neue Bürgermeisterinnen und Bürgermeister können sich zu den persönlichen Haftungen und den entsprechenden Deckungskonzepten auf speziellen Einführungsveranstaltungen in den Regionen informie-

ren. Gerne nehmen die Direktionsbevollmächtigten auch Einladungen zur Teilnahme an Bürgermeisterdienstbesprechungen, Gemeinderatssitzungen und sonstigen Veranstaltungen kommunaler Kunden an und informieren dabei zu aktuellen Themen. In jüngster Zeit werden z.B. vermehrt Referate zur Elementarschadenversicherung oder zu den sogenannten Cyber-Risiken nachgefragt.

In ihrem Tagesgeschäft können die Direktionsbevollmächtigten auf speziell für die Kommunen abgestimmte Versicherungslösungen zurückgreifen. Die Kommunale Haftpflichtversicherung beispielsweise unterstützt mit einer umfassenden Deckung auch die schlanke Verwaltung der Kommune. Eine detaillierte Risikoerfassung oder Anzeige neu hinzukommender Risiken ist nicht erforderlich; es besteht automatisch Versicherungsschutz für alle kommunalen Aufgaben im eigenen und übertragenen Wirkungskreis. Ebenso sind alle Eigenbetriebe und rechtlich selbständige Unternehmen mit mehrheitlich kommunaler Beteiligung (GmbHs, AöR etc.) vom Versicherungsschutz umfasst.

Bei der kommunalen Kassenversicherung handelt es sich um einen speziell an den Bedürfnissen der Kommunen ausgerichteten Konzept zur Absicherung entstehender Vermögensgegenstände. Vor kurzem neu entwickelt wurde eine erweiterte Deckung für Cyber-Risiken.

Angepasste kommunale Versicherungslösungen

Grundsätzlich werden die Kommunen mit all ihren Einrichtungen versichert, ohne dabei schwere Risiken wie zum Beispiel Mülldeponien, Kläranlagen oder bestimmte Fahrzeuge eines Fuhrparks auszuschließen. Für einzelne Kommunen entwickelte Lösungen werden nach Praxiserprobung für ähnliche Problemstellungen anderer Kommunen in der Breite eingeführt.

Beispiele hierfür sind das einfache Bausteinmodell mit Objektlisten inklusive Kostenstellen der Kommunen in der Sachversicherung, die pauschale Elektronikversicherung, Dienstfahrtfahrzeug- und Rabattverlustversicherung für Dienstfahrten mit dem privaten PKW oder die Mitversicherung aller feuerwehrspezifischen Sonderausstattungen. Kurzfristige Versicherungslösungen, z.B. für Altstoffsammlungen, Freizeitmaßnahmen, Hilfstransporte, Wahlhelfer, Rundfahrten etc., haben die Direktionsbevollmächtigten ebenfalls im Angebot. Bei allen Fragen helfen sie, die Versicherungslösungen für die Kommunen stetig anzupassen und weiter zu entwickeln.

Es gehört zum Selbstverständnis der Versicherungskammer Bayern, als Kommunalversicherer ein verlässlicher, nachhaltiger und fairer Partner zu sein: in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft. □



Andrea Andrade und Clown Muck von den KlinikClowns. Rechts Regionalleiter Christof Limmer von der Stadtparkasse München.

Bild: Stadtparkasse München

Bühne frei für die Klinikclowns

Die Stadtparkasse München spendet 7.840 Euro

Wenn sie zur Visite kommen, dann ist Lachen garantiert: Die KlinikClowns. Seit genau 20 Jahren besuchen sie unter anderem die kleinen Patienten in der Kinderklinik Dritter Orden – Woche für Woche. Für diesen großartigen Einsatz bedankt sich die Stadtparkasse München und spendet 7.840 Euro an die KlinikClowns. Das Geld kommt aus der Kinder- und Jugendstiftung.

Da die Corona-Hygienemaßnahmen auf den Kinderstationen im Dritten Orden aktuell keine Clownsbesuche erlauben, kommt die Unterstützung derzeit den beatmeten Kindern im benachbarten Haus „AtemReich“ zu Gute, in dessen Garten die Clowns regelmäßig im Einsatz sind.

Regionalleiter Christof Limmer war bei der symbolischen Scheckübergabe an der Filiale Großhadern mit dabei: „Ich freue mich und bin stolz auch dieses Jahr wieder den KlinikClowns mit einer Spende helfen zu können. Ich habe sie schon persönlich bei ihrer oft schwierigen und so wertvollen Arbeit erlebt und kann nur sagen: Danke für Euren Einsatz – im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtparkasse München.“

Jetzt zu Corona-Zeiten haben es die Klinikclowns doppelt schwer. Denn zum einen gestalten sich ihre Besuche in ethischen Einrichtungen durch die Hygiene- und Abstandsregelungen schwieriger. Und zum anderen fallen etliche Spenden aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage weg. Gerade deshalb unterstützt die Stadtparkasse München die KlinikClowns gerne weiter.

Die vergangenen Jahre konnten sich auch das Klinikum Großhadern und das Deutsche Herzzentrum München über Spenden freuen. Die Stadtparkasse München spendet bereits seit 14 Jahren für die KlinikClowns.

In bayerischen Kinderkliniken

zaubern die KlinikClowns Woche für Woche ein Lachen in die Gesichter der kleinen Patienten. Mit improvisierter Clownerie bringen sie Spaß und Fröhlichkeit in die Krankenzimmer, stärken die psychische Verfassung der Kinder, aktivieren neue Kräfte und unterstützen den Genesungsprozess.

Unterstützung von Heilungsprozessen

Außerdem besuchen sie regelmäßig Seniorenheime und therapeutische Einrichtungen für behinderte Menschen, Krankenhausstationen für schwerkranke erwachsene Patienten, Palliativstationen und Hospize. Sie machen Spaß, singen und musizieren, nehmen sich aber auch Zeit zum Zuhören und sorgen in den verschiedenen Einrichtungen für mehr Lebensqualität, Erleichterung und Wohlbefinden.

Der Nutzen der „Clownsvisten“ für die Gesundheit und zur Unterstützung von Heilungsprozessen hat sich langjährig bewährt, die KlinikClowns sind seit 22 Jahren bayernweit im Einsatz und Anfragen neuer Einrichtungen kommen stets hinzu. Aktuell sind 67 professionelle KlinikClowns für den gemeinnützigen Verein KlinikClowns Bayern e.V. regelmäßig an 101 Einsatzorten tätig. Finanziert werden die „Clownsvisten“ von KlinikClowns Bayern e.V. durch Spenden.

Info: www.klinikclowns.de □

Kritik an Entscheidungen im Bundesrat

Aiwanger: „Erbschaftsteuer krisentauglich ausgestalten - am besten abschaffen!“

Bayern hat in einer Bundesratsinitiative den notwendigen Änderungsbedarf bei der Erbschaftsteuer aufgezeigt. Die zuständigen Ausschüsse des Bundesrats haben die Anträge jetzt abgelehnt bzw. vertagt. „Ich verstehe nicht, warum man sich hier einer sachgerechten Lösung verweigert. Die Bundesregierung muss endlich handeln, bevor Kollateralschäden für die gesamte Wirtschaft entstehen“, kritisiert Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Die Erbschaftsteuerreform 2016 habe neue Probleme geschaffen. Schon in wirtschaftlich guten Zeiten komme es zu unangemessenen Belastungen. „In der Krise droht sogar die Zerschlagung gesunder Unternehmen“, fürchtet Aiwanger, „der Gesetzgeber muss nachbessern.“

Infolge von Kurzarbeit sinkt die Lohnsumme oder der Forderungsbestand wächst, weil Kunden nicht zahlen können. Die Unternehmen können daher die Voraussetzungen für die Steuerentlastung nicht einhalten. Dabei werden die Betriebe unverändert weiter-

geführt. „Wir brauchen eine krisentaugliche Ausgestaltung und eine zukunftsfähige Lösung der Probleme“, fordert der Minister. „Unternehmensnachfolgen dürfen nicht an überbordenden Steuerregelungen scheitern. Dies gilt gerade jetzt, wo wir unsere Unternehmen stärken müssen.“

„Am besten sollte die Erbschaftsteuer endlich komplett abgeschafft werden“, ist Aiwanger überzeugt. Dies würde zahlreiche Existenzen sichern und wäre ein wesentlicher Beitrag zum Bürokratieabbau. □

Die Versicherungskammer Bayern blickt 2021 unter dem Motto „100 Jahre Kommunalversicherung – Stadt – Land – Versicherungskammer“ auf ein Jahrhundert als Kommunalversicherer zurück.

1921 wurde unter Beteiligung der Kommunalen Spitzenverbände die Absicherung von kommunalen und öffentlich-rechtlichen Einrichtungen ins Leben gerufen. Seither fühlt sich der heute größte öffentliche Versicherer dieser Kundengruppe besonders verpflichtet. Als traditionsreicher Partner zeichnet er sich durch viel Erfahrung, Kompetenz und Verlässlichkeit aus. Vielfältige, speziell zugeschnittene Absicherungsmöglichkeiten und ein umfassendes Angebot von Serviceleistungen unterstützen kommunale und öffentlich-rechtliche Träger bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben.

Seit 2014 fördert die Versicherungskammer Stiftung das Ehrenamt, ein wesentliches Element bürgerlichen Engagements. Die Versicherungskammer Stiftung schreibt ihren Ehrenamtspreis 2021 „Stadt – Land – Lebenswert“ für engagierte Kommunen in Zusammenarbeit mit gemeinnützigen Organisationen in Bayern und der Pfalz aus. □

Nachhaltige Finanzierung:

Bund begibt ab 2020 Grüne Bundeswertpapiere

Die Bundesrepublik Deutschland hat ihr erstes Rahmenwerk für Grüne Bundeswertpapiere. Mit Grünen Bundeswertpapieren will die Bundesregierung Transparenz schaffen über die „grünen“ Haushaltsausgaben des Bundes und gleichzeitig den Sustainable Finance Standort in Deutschland stärken. Perspektivisch wird der Bund als Benchmark-Emitter im Euroraum verschiedene Laufzeiten anbieten, eine grüne Renditekurve für Green Bonds aufbauen und so einen Mehrwert für den Sustainable Finance-Markt in Europa schaffen.

Die grünen Ausgaben dienen vielfältigen Zielen. Es sollen saubere Verkehrssysteme gefördert und CO₂-Emissionen von Fahrzeugen reduziert werden. Der Übergang zu einer weitgehend mit erneuerbaren Energien arbeitenden Wirtschaft und einem effizienteren Energieverbrauch soll beschleunigt und die Forschung für eine nachhaltigere Zukunft unterstützt werden. Zudem leistet der Bund so international einen bedeutenden Beitrag zum Schutz des Klimas und der biologischen Vielfalt.

Dr. Jörg Kukies, Staatssekretär im Bundesministerium Finanzen: „Der Bund wird von nun an jedes Jahr Grüne Bundeswertpapiere emittieren. Damit setzen wir einen starken Impuls zur Stärkung des Sustainable Finance Marktes. Unser innovatives Zwillingskonzept ist darauf ausgelegt, neue Investoren und Emittenten für den Markt für grüne Anleihen zu gewinnen und als Katalysator zu dienen, um mehr Investitionen in eine umweltfreundlichere Wirtschaft zu lenken.“

Rita Schwarzelühr-Sutter, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit: „Die Bundesregierung hat mit dem Klimapakete die Weichen für immen-

se Investitionen in umwelt- und klimafreundliche Technologien gestellt. Auch die Finanzwirtschaft kann dazu beitragen, diese zu realisieren. Grüne Bundesanleihen setzen dafür einen klaren Anreiz. Wir demonstrieren damit, wie umwelt- und klimafreundliches Wirtschaften transparent und einschätzbar gemacht werden kann.“

Sustainable Finance Standort Deutschland stärken

Deutsche Emittenten haben in der Vergangenheit bereits wesentlich zur Entwicklung des internationalen Marktes für grüne Anleihen beigetragen, insbesondere die Kreditanstalt für Wiederaufbau, KfW, aber auch viele andere Emittenten wie Kommunen und privatwirtschaftliche Unternehmen. Mit Grünen Bundeswertpapieren geht der Bund nun den nächsten logischen Schritt.

Auf internationaler Ebene bekannt ist Deutschland nachdrücklich zum Pariser Klimaabkommen und zur Erreichung der 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen, für die der Bund seit Jahren umfangreiche Haushaltsmittel bereitstellt. Mit der Emission von Grünen Bundeswertpapieren und dem damit verbundenen Reporting schafft die Bundesrepublik

Deutschland eine hohe Transparenz über grüne Ausgaben im Bundeshaushalt.

Grüne Ausgaben von rund 12,7 Mrd. Euro identifiziert

Bei der Auswahl der grünen Haushaltspositionen orientiert sich der Bund an etablierten internationalen Marktstandards, etwa den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs) und insbesondere den Green Bond Principles der International Capital Market Association (ICMA).

Das veröffentlichte Rahmenwerk stellt die Kategorien grüner Ausgaben des Bundes dar. Dabei werden die Emissionen immer Ausgaben des abgeschlossenen, vorhergehenden Haushaltsjahres zugeordnet. Einbezogen wurden die Ausgaben aus sieben Ministerien im Jahr 2019. Diese wurden im Einzelnen überprüft und einer externen Evaluierung unterzogen (sog. Second Party Opinion).

Zentrale Sektoren

Die Ausgaben in Höhe von gut 12,7 Mrd. EUR, die anhand der Kriterien des Rahmenwerks als grüne Ausgaben klassifiziert wurden, gruppieren sich in fünf zentrale Sektoren: 1. Verkehr; 2. Internationale Zusammenarbeit; 3. Forschung, Innovation und Information; 4. Energie und Industrie; 5. Land- und Forstwirtschaft sowie Naturlandschaften.

Die neuen Grünen Bundeswertpapiere werden stets mit den identischen Merkmalen ei-

S-Mittelstands-Fitnessindex:

Ermutigende Ergebnisse

Während Gastgewerbe, Tourismus- und Automobilindustrie oder das Messe- und Eventgeschäft mit teils erheblichen Umsatzeinbußen konfrontiert wurden, bleiben Bau, Gesundheit oder Sozialwesen auch in diesem Jahr auf Wachstumskurs. Hohe Eigenkapitalquoten federn die Gewinneinbrüche bei vielen Unternehmen ab – inzwischen hat die wirtschaftliche Erholung in zahlreichen Branchen bereits eingesetzt. Dies geht aus dem S-Mittelstands-Fitnessindex hervor, den der Deutsche Sparkassen- und Giroverband (DSGV) in Berlin vorgestellt hat.

Laut Helmut Schleweis, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands (DSGV), „erwarten wir über alle Branchen hinweg für dieses Jahr einen durchschnittlichen Umsatzrückgang von 5,7 Prozent“. Insbesondere kleine Unternehmen und die sog. Soloselbständigen verfügten oft über keine ausreichenden Reserven, um eine solche Krise über Monate hinweg allein durchzustehen. Hier seien die staatlichen Hilfsprogramme besonders hilfreich.

Insgesamt sind die Gewinne im Mittelstand mit einem Minus von 44 Prozent deutlich stärker eingebrochen als die Umsätze. Dennoch blieben die Unternehmen im Durchschnitt rentabel und könnten 2020 eine Umsatzrendite von 3,5 Prozent erwirtschaften.

Finanzielle Stabilität

Wie der DSGV-Präsident betonte, habe die Krise den Mittelstand zwar unerwartet, aber nicht unvorbereitet getroffen. Viele Unternehmen hätten in den vergangenen guten Jahren vorbildlich gewirtschaftet, Gewinne wurden überwiegend im Unternehmen gelassen. Dies komme den Betrieben nun zugute. Mit einer Eigenkapitalquote von 39 Prozent sei der Mittel-

stand ausreichend kapitalisiert, um Verlusten begegnen zu können. „Die hohe finanzielle Stabilität ermöglicht vielen Unternehmen temporäre Verluste aus eigener Kraft über ihr Eigenkapital zu kompensieren.“

Schleweis rechnet deswegen derzeit auch nicht mit einer großen Welle an Unternehmensinsolvenzen. Er zeigt sich vorsichtig optimistisch. „Wir müssen alles daransetzen, damit aus den positiven Signalen der vergangenen Wochen ein nachhaltiger Wirtschaftsaufschwung wird.“

Positiv bewertete der Verbandschef, dass 86 Prozent der Firmenkundenberater der Sparkassen davon ausgehen, dass ihre Kunden an langfristigen Investitionsvorhaben festhalten, wenn auch mit einer kurzfristigen Unterbrechung. Von einer unveränderten Investitionsbereitschaft im Mittelstand berichten elf Prozent der Firmenkundenberater, lediglich drei Prozent gehen davon aus, dass ihre Kunden geplante Investitionsvorhaben aufgegeben hätten.

Ein entscheidender Faktor im Umgang mit der Krise sei die Fähigkeit der Unternehmen, sich an Veränderungen anzupassen. Die Ergebnisse zeigen, dass man die Flexibilität des Mittelstands nicht unterschätzen darf.

Hohe Anpassungsbereitschaft

83 Prozent der Sparkassenberater berichteten von einer hohen Anpassungsbereitschaft. So hätten zum Beispiel BekleidungsHersteller auf die Herstellung medizinischer Schutzausrüstung umgerüstet oder stationäre Händler sich digitale Absatzwege erschlossen. Lediglich 14 Prozent der Sparkassen-Berater hätten demnach mitgeteilt, dass ihre Firmenkunden die jeweiligen Geschäftsmodelle nicht verändert hätten.

Gemeinsam das Leben vor Ort gestalten

Neue Ausschreibung des Ehrenamtspreises 2021 „Stadt – Land – Lebenswert“ der Versicherungskammer Stiftung gestartet

Mit der diesjährigen Ausschreibung möchte die Versicherungskammer Stiftung Kommunen, Städte und Gemeinden zusammen mit ihren Ehrenamtlichen ein sichtbares Dankeschön aussprechen, dass sie sich gemeinsam für ein lebenswertes Miteinander am Wohn- und Lebensort stark machen. Ausgezeichnet werden jeweils die Stadt oder Kommune zusammen mit ihren eingereichten Projekten. Gesucht werden erfolgreiche Projekte, die zusammen mit gemeinnützigen Organisationen durchgeführt werden.

Berücksichtigt werden Netzwerke, Konzepte und Kooperationen von Kommunen bzw. Städten im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements in Bayern und der Pfalz, die entweder mit digitalen Lösungen oder mit „Hand und Hirn“ die Gemeinde oder Stadt lebenswert für und mit ihren Bürgerinnen und Bürgern gestalten.

Die Versicherungskammer Stiftung dotiert den diesjährigen Ehrenamtspreis „Stadt – Land – Lebenswert“ mit insgesamt 80.000 Euro. Auf jeden Regierungsbezirk in Bayern sowie in der Pfalz je 10.000 Euro, aufgeteilt auf zwei Preiskategorien à 5.000 Euro.

Folgende Kategorien stehen zur Auswahl:

• Wir gestalten vor Ort

Gesucht werden Kommunen und Projekte, die kreative Begegnungsräume und -aktivitäten bieten sowie Initiativen wie Vereine oder Bürgerstiftungen, die sich lokal in verschiedenen Themenbereichen zusammen mit der Kommune engagieren. Hier sollte das ehrenamtliche Engagement lokal mit der Gemeinde oder Stadt verankert sein, Lebenswerte bieten und so die Lebenssituation vor Ort unterstützen und verbessern.

• Wir starten digital durch

Gesucht werden Projekte und Initiativen, bei denen gemeinnützige Organisationen in enger Zusammenarbeit mit der Kommune oder Stadt, digitale Werkzeuge, wie beispielsweise Apps, webbasierte Plattformen oder digitale Unterstützungsangebote entwickeln oder bereits anbieten. Bewerben können sich alle gemeinnützigen Projekte/Initiativen, die zusammen mit ihrer Stadt/Gemeinde die Chancen der Digitalisierung nutzen und auf diese Weise lokale Teilhabe und mehr Lebensqualität für ihre Bürgerinnen und Bürger ermöglichen.

Folgende Kriterien sollten von den Bewerbern erfüllt werden:

- Angenommen werden ausschließlich lokal verankerte Projekte aus Bayern und der Pfalz.
- Die Einreichung ist in nur einer Kategorie möglich und erfolgt durch die Kommune oder durch die beteiligte gemeinnützige Organisation (zum Beispiel Bürgerstiftung, gGmbH, Verein, Freiwilligenagentur, Feuerwehr, Rettungsdienst).
- Die Online-Bewerbung muss vollständig ausgefüllt sein. Schirmherr ist Joachim Herrmann, Staatsminister des

„Die Sparkassen werden auch weiter eng an der Seite ihrer Kunden stehen und sie durch die Krise begleiten“, unterstrich Schleweis. Auch wenn es in den ersten Monaten dieses Jahres mit der Wirtschaft steil bergab gegangen sei, habe der Mittelstand die Kraft zur Genesung; in manchen Teilen habe sie bereits eingesetzt.

Allein im ersten Halbjahr dieses Jahres wurden rund 54 Milliarden Euro an neuen Krediten an Unternehmen und Selbstständige zur Verfügung gestellt. Dies entspreche, verglichen mit dem Vorjahreszeitraum, einem Plus von knapp 23 Prozent, berichtete der DSGV-Präsident. DK

HAUS DER STIFTER:

100.000 Euro für die Region

Stiftergemeinschaft - gemeinsam stark

Gerne hätte Kuratoriumsvorsitzende Cornelia Kollmer alle Stifter und Vertreter der geförderten Einrichtungen persönlich bei der traditionellen Jahresveranstaltung der HAUS DER STIFTER - Stiftergemeinschaft der Stadtsparkasse Augsburg begrüßt. Doch aufgrund der Corona-Pandemie musste die alljährliche Spendenübergabe an zahlreiche regionale soziale Einrichtungen diesmal auf dem Postweg stattfinden: Ein Schreiben informierte die begünstigten Einrichtungen über „ihren“ Anteil an dem Ausschüttungsbetrag von rund 100.000 Euro.

Insgesamt wurden 43 gemeinnützige Einrichtungen bedacht, die meisten hier in der Region. Das freut die Kuratoriumsvorsitzende und stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Stadtsparkasse, Cornelia Kollmer. „Stiften ist eine tolle Sache, für alle Beteiligten“, so ihr Resümee. Ihr Dank gilt den Stifterinnen und Stiftern für die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung und für das Vertrauen, das diese dem HAUS DER STIFTER und auch der Stadtsparkasse Augsburg geschenkt haben.

Soziale Verantwortung in und für die Region

Über 70 Stiftungen tummeln sich seit der Gründung vor acht Jahren unter dem Dach der Stiftergemeinschaft. 21 Förderstiftungen, die auf Spenden aus der Öffentlichkeit angewiesen sind, und viele persönliche Namenstiftungen stehen für soziale Verantwortung in und für die Region. Das aktuell verwaltete Stiftungsvermögen bewegt sich um die 7 Millionen Euro.

„Beeindruckt“ sei sie, so Cornelia Kollmer, „über die Vielfalt an Möglichkeiten, die eine Stiftung bringen kann“. Diesmal konnte sogar ein Auto mitfinanziert werden. Gut, dass die Übergabe im Freien stattfinden musste, denn in den Veranstaltungssaal der vergangenen Jahre hätte das neue Gefährt des Fördervereins Wärmestube SKM-Augsburg e. V. nicht gepasst.

„Wir machen natürlich weiter“, versprach Cornelia Kollmer und gab gleichzeitig bekannt, dass die erfolgreiche Aktion „Wir doppelte Ihre Weihnachtsspende“ 2020 ins fünfte Jahr gehen wird. „Ich freue mich auf viele Spenden, die die wertvolle Arbeit gemeinnütziger Organisationen in Augsburg unterstützen.“ □

BayernLB platziert Milliarden-Anleihe für den Freistaat Bayern

Die BayernLB hat eine weitere Anleiheemission des Freistaats Bayern als federführende Konsortialbank platziert. Das Volumen beläuft sich auf eine Milliarde Euro.

Mit der Bayern-Anleihe stellt die BayernLB als Hausbank des Freistaats ihre Platzierungskraft am Kapitalmarkt unter Beweis. Das Wertpapier hat eine Laufzeit bis zum Januar 2035 und konnte vornehmlich an inländische Investoren platziert werden. Die BayernLB führte bei der Transaktion ein internationales Konsortium aus sechs Banken an.

Bereits im März hatte die BayernLB federführend eine in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie emittierte Anleiheemission des Freistaats Bayern platziert. Diese war mit einem Volumen von drei Milliarden Euro die größte Emission, die der Freistaat jemals begeben hat. □

Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket des Bundes:

Freistaat gibt Fördermittel an Kommunen weiter

Neues Landesprogramm für bis zu 10.000 zusätzliche Kinderbetreuungsplätze

Mit dem Konjunktur- und Krisenbewältigungspaket stellt der Bund in den Jahren 2020 und 2021 weitere Mittel für den Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder bis zur Einschulung und zur Finanzierung von Hygienemaßnahmen zur Verfügung. Der Freistaat gibt diese Mittel in Höhe von knapp 160 Mio. Euro komplett an seine Kommunen weiter.

Bereits in den vergangenen beiden Jahren war der Freistaat bei der Schaffung von neuen Plätzen massiv in Vorleistung gegangen und hat die ursprünglichen 178 Mio. Euro Bundesmittel um rund 352 Mio. Euro Landesmittel aufgestockt. Dieses Programm wird aufgrund von Kostensteigerungen nochmal um weitere 10 Mio. Euro erhöht. Damit können insgesamt bis zu 63.500 Betreuungsplätze auf den Weg gebracht werden.

Der Ministerrat hat gleichzeitig beschlossen, ein neues Landesprogramm im Umfang von bis zu 140 Mio. Euro für den Ausbau von Kindertageseinrichtungen aufzulegen. Damit können bis zu 10.000 zusätzliche Plätze in die Förderung aufgenommen werden. Nach Ausschöpfen dieses Förderprogramms steht den Kom-

munen selbstverständlich weiter die reguläre, attraktive Förderung nach dem Bayerischen Finanzausgleichsgesetz zur Verfügung.

Die Staatsregierung legt aufgrund der Corona-Pandemie auch einen Schwerpunkt auf den Schutz des Personals und der Kinder in den Kindertageseinrichtungen. Sie stellt deshalb weitere knapp zehn Millionen Euro für Hygienemaßnahmen in den Kindertageseinrichtungen bereit. Darunter fallen beispielsweise die Anschaffung von mobilen Trennwänden bzw. Plexiglasständern sowie Desinfektionspumpen und kontaktlosen Fieberthermometern. Jeder Einrichtung in Bayern stehen somit im Schnitt rund 1.000 Euro zur Verbesserung der Hygiene zur Verfügung. Diese Hygienemaßnahmen können schnell umgesetzt werden. □



Wir machen uns stark für die Kommunen.

Intelligente Lösungen für Kommunalkunden

Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen bieten wir Kommunalkunden in Bayern ein lückenloses Leistungsspektrum – von der Finanzierung bis zur Energieberatung. Die BayernLabo ergänzt diese Leistungen durch zinsgünstige Kommunalkredite und spezielle kommunale Förderprogramme. ▶ www.bayernlb.de/oeffentliche_hand

Finanzgruppe

BayernLB

Kommunale Antworten auf die Corona-Krise

Studie von Difu und ZEW Mannheim im Auftrag des Deutschen Städtetags

Die Corona-Pandemie verschlechtert dramatisch die Finanzlage der Kommunen in Deutschland und bedroht ihre Investitionsfähigkeit. Auch über 2020 hinaus brauchen die Kommunen Zusagen von Bund und Ländern für weitere Unterstützung in Milliardenhöhe. Nur dann können sie auch erfolgreich zur Stabilisierung der Konjunktur beitragen. Ohne weitere Hilfen wird es hingegen vielen Kommunen unmöglich sein, notwendige Investitionen zu tätigen und den bestehenden Investitionsstau weiter abzubauen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine gemeinsame Studie des ZEW (Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung) Mannheim und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Deutschen Städtetags.

Das Gewerbesteueraufkommen, eine der kommunalen Haupteinnahmequellen, wird laut Studie im Jahr 2020 um ca. 25 % zurückgehen. Bei Wirtschaftszweigen, die wie Gastronomie, Unterhaltung und Kultur in den Stadtzentren angesiedelt sind, ist mit einer erhöhten Anzahl an Firmeninsolvenzen zu rechnen. Die kommunalen Sozialausgaben, und dabei insbesondere die Kosten der Unterkunft im Rahmen des SGB II, werden voraussichtlich stark ansteigen.

Bund und Länder haben mit dem beschlossenen und teilweise bereits verabschiedeten Konjunkturpaket der besonderen Situation der Kommunen Rechnung getragen. Allerdings beziehen sich die geplanten Maßnahmen vor allem auf eine Stabilisierung der kommunalen Finanzen im Jahr 2020. Das Konjunkturprogramm enthält auch keine regional passgenauen Antworten, weshalb flankierende Maßnahmen notwendig sind.

Die erheblichen Einnahmen-

rückgänge im Jahr 2020 und in den Folgejahren bergen die Gefahr, dass geplante kommunale Investitionen nicht getätigt werden. Diese Gefahr wird durch die aktuelle Unsicherheit über das Ausmaß der Entlastungen durch Bund und Länder in den Jahren 2021 und 2022 verstärkt.

Angesichts des erheblichen, in Vorkrisenzeiten entstandenen Investitionsstaus auf kommunaler Ebene, ist nach Auffassung von Difu und ZEW Mannheim dringend erforderlich, die geplanten Investitionen weitgehend zu sichern, damit diese die notwendigen Wachstumsimpulse entfalten können. Dazu müssten die Mittel des Konjunkturpakets zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle von den Kommunen vornehmlich für Investitionen genutzt werden. Hier seien Bund und Länder in der Pflicht, geeignete Mechanismen zu erarbeiten. Zudem müssten die haushalterischen Planungsunsicherheiten der Kommunen reduziert werden. Dies ließe sich erreichen, indem finanzielle Risiken

von Kommunen auf die höheren Ebenen transferiert werden.

Große regionale Unterschiede zeigen sich in der ökonomischen Widerstandsfähigkeit (Krisenresilienz) und der Krisenanfälligkeit (erwartete Kriseninzidenz) zwischen den Kommunen. Eine ungünstige finanzielle sowie wirtschaftliche Ausgangslage in Kombination mit einer hohen erwarteten Kriseninzidenz wird die entsprechend betroffenen Kommunen vor große Schwierigkeiten stellen, die Krise ohne weitere Hilfen zu bewältigen, lautet ein weiteres Ergebnis.

Gleichwertige Lebensverhältnisse wahren

Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, dass Bund und Länder zeitnah ein Begleitprogramm für besonders krisengefährdete Kommunen vorbereiten. Andernfalls ginge mittelbar die Schere zwischen finanzschwächeren und finanzstärkeren Kommunen weiter auseinander. Dies aber stehe im Widerspruch zu dem im Grundgesetz postulierten Leitbild gleichwertiger Lebensverhältnisse im gesamten Bundesgebiet.

„Die Kommunen sind ein entscheidender Akteur, um den Corona-bedingten Einbruch der Konjunktur zu stabilisieren und langfristiges Wachstum zu erzeugen“, heißt es weiter. Trotz des Konjunkturpakets der Bundesregierung, das vor allem die kurz-

fristigen 20 Einnahmeausfälle der Kommunen kompensiert, bestehe ohne zusätzliche Maßnahmen die Gefahr zweier Fehlentwicklungen. Erstens zeige die Entwicklung spätestens seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009, dass die berechtigte Sorge besteht, dass ursprünglich geplante kommunale Investitionen im Zuge der Krise nicht getätigt werden und sich bestehende Investitionslücken vergrößern. Zweitens zeigten die großen regionalen Unterschiede hinsichtlich der Krisenresilienz und der (zu erwartenden) Kriseninzidenz, dass nötige Wachstumsimpulse gerade in den Regionen ausbleiben könnten, in denen die Investitionslücke schon vor der Krise besonders groß war, was zu einem weiteren Anstieg der regionalen Ungleichheit führen dürfte.

Folgende konkrete Maßnahmen können laut ZEW und Di-

fu diesen beiden zu erwartenden Fehlentwicklungen entgegenwirken:

1. Investitionen stabilisieren, um Wachstum zu generieren: Entscheidend ist, dass die bereitgestellten Finanzmittel für den Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle von den Kommunen vornehmlich für Investitionen genutzt werden. Bund und Länder sollten prüfen, wie sie dies sicherstellen können. Zum Beispiel wäre zu klären, inwieweit ein Teil der Kompensation der Gewerbesteuerausfälle in Form von Investitionszuweisungen ausgezahlt werden könnte.

2. Strukturschwache und krisenanfällige Regionen gezielt fördern: Mit Blick auf die Umsetzung der konjunkturstützenden Maßnahmen ist es wichtig, auf die regional unterschiedlichen Situationen der Kommunen einzugehen. Der Investitionsstau und mithin auch der Investitionsbedarf sind

gerade bei Kommunen mit niedriger Krisenresilienz und/oder hoher erwarteter Kriseninzidenz ausgeprägt. Denn Kommunen in strukturschwachen Regionen leiden meist über Jahre hinweg unter den zum Teil selbstverstärkenden Wechselwirkungen verschiedener Krisenfaktoren und Standortnachteile.

Bis Ende 2020 sollten laut Untersuchung sowohl die Investitionsfähigkeit der krisenfreien Städte und Landkreise als auch die regionale Insolvenz- und Arbeitsmarktentwicklung durch Bund und Länder in Echtzeit überprüft werden, so dass zum Jahresende ein genauer Befund über die tatsächliche Kriseninzidenz der Regionen und die regionale Investitionsfähigkeit besteht.

Auf Grundlage dieses Befundes könnte der Bund dann in seinen Programmen eine an der Krisenresilienz und Kriseninzidenz der Kommunen orientierte Eigenbeteiligungsquote festsetzen oder spezielle Investitionsprogramme für besonders betroffene Kommunen auflegen, die mit einer geringen Eigenbeteiligungsquote versehen sind. „Allerdings stehen an dieser Stelle insbesondere die jeweils betroffenen Länder in der Pflicht, ihrer Verantwortung für die Finanzsituation ihrer Kommunen gerecht zu werden.“

„Bund und Länder müssen ... schnell die Frage beantworten, was die Kommunen mittelfristig stabilisiert. Der Bund übernimmt zwar für 2020 die Gewerbesteuerausfälle und will sich dauerhaft stärker an den Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligen. Beides ist gut. Doch damit allein lässt sich ein Einbruch der kommunalen Investitionen in den kommenden Jahren nicht verhindern“, bemerkt Städtetags-Hauptgeschäftsführer Helmut Dedy. Nötig seien Zusagen von Bund und Ländern für eine Unterstützung über 2020 hinaus. „Und wir brauchen ein Begleitprogramm für besonders krisengefährdete Kommunen, damit nicht gerade in den Städten die Investitionen besonders stark wegbrechen, wo sie am nötigsten sind“, so Dedy abschließend. **DK**

den“, resümiert Detlef Fischer.

Der Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft – VBEW hat seit dem 07.10.2020 eine Hotline geschaltet, bei der sich betroffene Anlagenbetreiber über ihre Pflichten und die weitere Vorgehensweise informieren können: 089-380182-65 (Siglinde Sonnenholzer). **□**

200.000 PV-Anlagen droht der Vergütungsstopp

Während der Gesetzgeber noch an einer finanziellen Nachfolgeregelung für einige wenige Photovoltaikanlagen arbeitet, die nach 20 Jahren Betrieb ab dem 31.12.2020 ausgefördert sind, bahnt sich für viele Photovoltaik-Anlagenbetreiber in Bayern ein hausgemachtes viel größeres Problem an: Wer seine Anlage bis zum 31.01.2021 nicht amtlich registriert hat, bekommt keine Vergütung mehr für seinen eingespeisten Strom.

So will es der Gesetzgeber. Die erforderliche Meldung an das sog. Marktstammdatenregister haben nach Informationsstand des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW nur etwa zwei Drittel der Anlagenbetreiber bisher erledigt. „Es wäre doch ein Jammer, wenn die Anlagenbetreiber ab Februar 2021 kein Geld mehr für den eingespeisten Strom vom Netzbetreiber erhalten. Da hilft nur schnell die Anmeldung im Marktstammdatenregister-Webportal der Bundesnetzagentur nachzuholen und damit ist der Zahlungsfluss sichergestellt“, sagt Detlef Fischer, Geschäftsführer des Verbands der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft e.V. - VBEW.

Fast alle der rund 600.000 Photovoltaik-Anlagen in Bayern erhalten für den in das öffentliche Netz eingespeisten Strom regelmäßig eine Vergütung von ihrem Netzbetreiber. Diese Zahlung liegt deutlich über dem Marktwert. Für die Differenz kommen alle Stromkunden die Elektrizität aus dem Netz beziehen über die EEG-Umlage auf. Neben vielen Privilegien haben die Anlagenbetreiber aber auch die Pflicht, ihre

Anlage(n) im Marktstammdatenregister der Bundesnetzagentur (www.marktstammdatenregister.de) anzumelden.

Vom dem 31.01.2019 in Betrieb genommene Photovoltaik-Anlagen (einschließlich Stromspeicher) müssen bis zum 31.01.2021 registriert sein; danach in Betrieb genommene Anlagen bereits einem Monat nach Inbetriebnahme der Anlage. Bundesnetzagentur und Stromnetzbetreiber informieren die Anlagenbetreiber regelmäßig über diese von ihnen zu erledigende Aufgabe.

In Bayern sind derzeit rund 200.000 Anlagen noch nicht registriert. Diese Arbeit ist mit ein paar Klicks im Internet erledigt. Auch für ungeübte Internetnutzer ist das in einer halben Stunde geschafft. Es gibt diverse Vermutungen, warum das so schleppend voranschreitet.

„Die Daten im Marktstammdatenregister sind für jedermann zugänglich. Da werden wohl einige Anlagenbetreiber auch Angst vor dem Finanzamt haben, denn der recht ordentliche Gewinn aus dem Betrieb einer Photovoltaik-Anlage muss regelmäßig versteuert wer-

Umspannwerk Olching:

Schwertransport liefert 60-Tonnen-Trafo

Anfang KW 42 ist der erste von zwei je 60 Tonnen schweren Transformatoren für das neue Umspannwerk Olching geliefert worden. Über ein Schienensystem wurde der Technik-Koloss vom zwölfachsigen Lastwagen millimetergenau auf das vorbereitete Fundament gezogen. Das Umspannwerk nördlich der Bundesstraße 471 bei Neu-Esting wird in Abstimmung mit der Stadtwerke Olching Stromnetz das bisherige Umspannwerk ersetzen und der neue Knotenpunkt für die regionale Stromverteilung werden. Die Kosten für den Bau und den Mittelspannungsanschluss liegen bei rund fünf Millionen Euro.

„Der Netztrafo ist deshalb so schwer, weil er neben knapp 19 Tonnen Kernblech und über neun Tonnen Kupfer auch noch gut 14 Tonnen Isolieröl enthält“, erklärt

traler Netzknoten, der für die Bündelung und Verteilung von elektrischer Energie und die Integration erneuerbarer Energien notwendig ist. „Bei der Strom-

beiten auf dem rund 8.000 Quadratmeter großen Umspannwerksgelände an der Grenze zu Gernlinden auf Hochtouren: Das Betriebsgebäude ist baulich weitgehend fertiggestellt, die Montage der 20kV-Schaltanlage läuft und der Aufbau der 110kV-Schaltanlage mit Anbindung an die Stromkreise Maisach – Oberbachern und Fürstenfeldbruck – Oberbachern über einen neuen Mast hat begonnen. Künftig trägt die Stadtwerke Olching Stromnetz GmbH Co. KG die Verantwortung für das lokale Stromnetz. Das Bayernwerk wird als Partner die Betriebsführung übernehmen.

Verbesserte Versorgungssicherheit

Durch den Ersatz für die ältere Bestandsanlage und die vollständige Erneuerung am neuen Standort wird die allgemeine Versorgungssicherheit in der gesamten Region verbessert. Das moderne Umspannwerk wird zukünftig in hohem Maß automatisiert betrieben. Die Anlage wird über moderne Digitaltechnik überwacht und gesteuert. Bayernwerk-Mitarbeiter in den Netzleitstellen können die Betriebszustände über Fernsteuerung überwachen und anpassen.

Die Bauarbeiten sollen noch in diesem Jahr abgeschlossen werden. Die technische Inbetriebnahme ist in der zweiten Jahreshälfte 2021 geplant. Die Anbindung des neuen Umspannwerks in das 20kV-Mittelspannungsnetz wird vom Kundencenter in Unterschleißheim ausgeführt. Nach der Außerbetriebnahme des alten Umspannwerks kann die Anlage zurückgebaut und ein Teil der bisherigen Hochspannungsfreileitung entfernt werden - ein zusätzliches Plus für das Landschaftsbild. **□**



Präzisionsarbeit mit 60 Tonnen schwerer Ladung: Der erste von zwei neuen Transformatoren erreicht das neue Umspannwerk Olching. Bild: Thomas Riederer / Bayernwerk

Thomas Riederer, Projektleiter der Bayernwerk Netz GmbH (Bayernwerk). Der neue Trafo kam in den frühen Morgenstunden per Schwertransport und wurde von den Mitarbeitern einer Spezialfirma im Lauf des Vormittags in Präzisionsarbeit vom LKW-Anhänger auf das Fundament gezogen. Ende der Woche folgten der Transport und die Montage des zweiten Transformators. In der folgenden Woche werden mit Hilfe eines Krans noch die 110kV-Anschlusskerzen auf dem Trafo montiert.

Das Umspannwerk ist ein zen-

traler Netzknoten, der für die Bündelung und Verteilung von elektrischer Energie und die Integration erneuerbarer Energien notwendig ist. „Bei der Stromverteilung ist die Wahl der optimalen Spannungsebene wichtig, um unnötige Energieverluste zu vermeiden. Ob der Strom in der Hoch- oder Mittelspannung fließt, ist abhängig von der zu übertragenden Leistung und der Entfernung, die überbrückt werden muss“, erklärt Projektleiter Thomas Riederer. Im Umspannwerk werden die überregionalen und die lokalen Spannungsebenen über Transformatoren miteinander verbunden und die unterschiedlichen Netzbereiche verknüpft.

Momentan laufen die Bauar-

Initiative „Wärmewende durch Geothermie“ geht in die Offensive

Die Wärmewende gehört zu den Top-Themen in Deutschland und Europa – ökologisch, ökonomisch und sozial. Die Nutzung der Erdwärme hat das Potenzial, der Wärmewende einen nachhaltigen Schub zu geben und die Fernwärmeversorgung in städtischen Regionen zu dekarbonisieren. Wie dieses Potenzial der Geothermie wirtschaftlich genutzt werden kann, zeigen Geothermie-Versorgungsunternehmen in Deutschland seit vielen Jahren. Jetzt haben sie sich in der Initiative „Wärmewende durch Geothermie“ zusammengeschlossen, um dieses Potenzial der Geothermie auf die wirtschafts- und energiepolitische Agenda zu heben. Sie werden dabei unterstützt von Unternehmen der Bau- und Zulieferindustrie, Verbänden und Forschungsinstituten und sind offen für weitere Teilnehmer.

Der Erstimpuls für diese deutschlandweite Initiative kam von den Geothermie-Unternehmen der drei Münchner Landkreis-Gemeinden Grünwald, Unterhaching und Pullach sowie dem größten kommunalen Energieversorger Deutschlands, den Stadtwerken München. Gemeinsam leben sie seit Jahren vor, dass die Geothermie in der Lage ist, die Wärmewende in großen Schritten nach vorn zu bringen. Der Weg dorthin geht über die Nutzung der erneuerbaren Energiequelle Erdwärme zur Wärmeversorgung, den Bau neuer sowie den Umbau und die Vernetzung

bestehender Fernwärmenetze. Hierfür braucht es faire, nachhaltige Rahmenbedingungen, insbesondere auf Ebene der Förderung von Geothermieprojekten und Wärmenetzen, die Unterstützung durch Wissenschaft und Forschung und einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zu den Chancen dieses ökologisch hochwertigen Bodenschatzes.

Deutschlandweiter Dialog

Heute gehören zur Initiative „Wärmewende durch Geothermie“ bereits zwölf kommunale und privatwirtschaftliche Geother-

mie-Versorgungsunternehmen aus Bayern und Baden-Württemberg mit einer Gesamtwärmeversorgung von über 760 GWh p.a. Ebenfalls Teil der Initiative sind der Bundesverband Geothermie, der AGFW e.V., der VKU, Landesgruppe Bayern, der Bayerische Bauindustrieverband e.V., das Fraunhofer-Institut für Energieinfrastrukturen und Geothermie IEG sowie die beiden Mittelständler Pfaffinger Unternehmensgruppe und Josef Weiß Elektrotechnik.

Weil Geothermie grundsätzlich allen Menschen in Deutschland zur Verfügung steht, gehen die Mitglieder der Initiative „Wärmewende durch Geothermie“ jetzt deutschlandweit in den Dialog: mit Städten, Landkreisen und Kommunen, mit Stadtwerken, Verantwortlichen in Landes- und Bundesministerien, Wirtschaftsforschungsinstituten, Multiplikatoren der Energiebranche sowie mit Unternehmen aus Industrie und Finanzbranche. Nähere Informationen auf der Website www.waermewende-durch-geothermie.de **□**

Technik für die Zukunft

Staatssekretär Roland Weigert besucht Brennstoffzellen-Pilotprojekt von erdgas schwaben

Roland Weigert, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, informierte sich in Langweid über ein Brennstoffzellen-Pilotprojekt von erdgas schwaben. Die hocheffizienten und damit supersparsamen Brennstoffzellen laufen aktuell mit Gas und Biogas, das in Reformern zu Wasserstoff umgewandelt wird.

Damit sind sie schon jetzt fit für die Zukunft: Denn in Zukunft kann klimaschonender Wasserstoff durch die vorhandenen Leitungen fließen. Die Gasnetze gewährleisten die zuverlässige und sichere Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan. Zukünftig dienen diese Netze als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas.

„Umwelt- und klimaschonende Wasserstoff-Technologien spielen eine wichtige Rolle für die Energiewende. Brennstoffzellen rücken da in den Fokus, denn Wasserstoff hat das Potenzial, den CO₂-Ausstoß im Gebäudesektor nachhaltig zu reduzieren“, sagte Weigert. „erdgas schwaben und seine Partner leisten mit dem Pilotprojekt wertvolle Pionierarbeit. Denn sie zeigen, dass die

Technik alltagstauglich ist und breit eingesetzt werden kann.“

Kleine Zelle, große Wirkung: Brennstoffzellen arbeiten sauber, nachhaltig, hocheffizient und superleise. erdgas schwaben hat für ein Neubaugebiet in Langweid nördlich von Augsburg ein innovatives Energiekonzept entwickelt. 30 Einfamilien- und Doppelhaushälften sowie Reihenhäuser wurden zum ersten Mal in Deutschland standardmäßig mit Brennstoffzellen ausgestattet, 30 weitere kommen im zweiten Bauabschnitt dazu.

„Die Brennstoffzellentechnik ist ein wichtiger Baustein für die Energie- und Wärmewende“, sagte Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben. „Denn die Brennstoffzellen erzeugen supereffizient und klimaschonend gleichzeitig Wärme und Strom. Wir von erdgas schwaben setzen uns dafür ein, dass sich die innovative Technologie durchsetzen wird.“

erdgas schwaben hat bereits umfangreiche Erfahrungen mit Wasserstoff-Technologien gesam-

melt. Schon 2014 war erdgas schwaben an einer Power-to-Gas-Demonstrationsanlage beteiligt, die reinen Wasserstoff in ein Gasverteilnetz eingespeist hat.

Die Brennstoffzelle liefert gleich mehrere Vorteile frei Haus: Innovative und sichere Technik fast wartungsfrei und geräuschlos, Strom- und Wärmeerzeugung in den eigenen vier Wänden und damit ein Plus an Unabhängigkeit. Wer mit Brennstoffzelle heizt, trägt aktiv zur Energie- und Klimawende bei. Mit Brennstoffzelle erreichen die neu gebauten Häuser in Langweid sogar KfW-Standard 55 plus. Das zahlt sich auch für die Käufer aus, die damit Anspruch auf hohe Förderbeträge haben.

Jede Brennstoffzelle spart 1,1 Tonnen CO₂ im Jahr ein. Wird die Brennstoffzelle mit Bio-Erdgas versorgt, läuft sie sogar CO₂- und damit klimaneutral.

Klimaschutz auch im Mehrparteienhaus: Zwei Mehrfamilienhäuser im selben Baugebiet werden über ein hocheffizientes Blockheizkraftwerk (BHKW) nach dem KWK-Prinzip versorgt. KWK bedeutet Kraft-Wärme-Kopplung: Eine Anlage erzeugt Strom und Wärme hocheffizient und klimaschonend vor Ort.



Roland Weigert (2.v.r.), Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, informiert sich in Langweid am Lech über ein Brennstoffzellen-Pilotprojekt von erdgas schwaben. V.l.: Markus Last, Sprecher der Geschäftsführung erdgas schwaben, Jürgen Gilg, Erster Bürgermeister in Langweid, Jens Dammer, Leiter Vertrieb erdgas schwaben. Bild: erdgas schwaben

Auch Kinder verbrauchen Strom

Im Rahmen des Förderprojekts „Energiecoaching PLUS“ hat die Gemeinde Piding gemeinsam mit der Energieagentur Südostbayern GmbH einen Energie-Aktionstag für ihre Vorschulkinder angeboten – ganz nach dem Motto „Kinder sind die Energieverbraucher von morgen“.

Mithilfe von Energieagentur-Mitarbeiter Gerhard Marx haben die Piding Vorschulkinder schnell gewusst, wofür sie selbst und ihre Eltern im Haus Strom brauchen. „Mit Fernseher, Licht, Radio, Handy und Laptop brauchen wir ganz schön viel Strom, das ist klar“, so Marx. Wie der Strom aber in die Steckdose kommt, zeichnete der Energieexperte leicht verständlich mit Strommasten und -leitungen auf – die kannte natürlich jedes Kind. Spannend wurde es dann an der „Strom-Fabrik“ im Sinne eines Kohlekraftwerks, den Rauch aus dem Kamin fanden die Kinder jedoch nicht so toll, weil der nun mal stinkt und in den Augen brennt.

Mit bildlicher Unterstützung wurde den Kindern gleich klar, dass auch sie zu Hause schon viel Strom sparen und damit dafür sorgen können, dass weniger Rauch aus den Kaminen der „Strom-Fabriken“ kommt. „Licht aus, wenn niemand im Raum ist!“ sowie „Kühlschranktüre zu!“ und „Deckel auf den Kochtopf!“, wissen die Piding Kinder nun. „Schon die Kleinsten für das Energiesparen zu sensibilisieren, ist sehr wichtig, da sie die Energiesparer von morgen

sind“, so Bürgermeister Hannes Holzner, der sich für den Energie-Aktionstag im Kindergarten extra Zeit genommen und mit einleitenden Worten die Wichtigkeit des Energiesparens deutlich gemacht hat.

Mit dem sonnigen Spätsommerwetter konnte die Energieagentur mit einem Solarlicht, Solarhubschraubern und solarbetriebenen Ventilator-Mützen den wissbegierigen Energiesparern von morgen eindrucksvoll zeigen, wie viel Energie Sonnenstrahlen zur Erde schicken, um diese in sauberen, erneuerbaren Strom umzuwandeln – und das ganz ohne Feuer und Rauch.

Wind- und Wasserkraft

Natürlich nicht fehlen durften beim Energie-Aktionstag die Wind- und Wasserkraft. Mit festem Pusten haben die kleinen Energieerzeuger Windräder mit LED-Lämpchen zum Leuchten gebracht und Wasser über Wasserläufer gegossen. Die Begeisterung war groß, da sie selbst ohne weiteres, ganz sauber und erneuerbar Strom produziert haben.



Die Energiezukunft in Bibertal (Landkreis Günzburg) hat begonnen. schwabens netz, 100prozentige Unternehmenstochter von erdgas schwaben, ist in Zukunft für Planung, Ausbau und Erhalt des Gasnetzes in der Gemeinde zuständig. Roman Geppert, erster Bürgermeister in Bibertal (r.), und Uwe Sommer, Prokurist schwabens netz, unterzeichneten den neuen Wegenutzungsvertrag offiziell im Rathaus. „Wir brauchen eine sichere, nachhaltige und bezahlbare Energieversorgung für unsere Gemeinde“, sagte Bürgermeister Geppert. „erdgas schwaben und schwabens netz haben wir als zuverlässige und kompetente Partner kennengelernt. Gemeinsam stellen wir die Energiezukunft für unsere Bürgerinnen und Bürger sicher. Damit tragen wir alle aktiv zur Energiewende bei.“ Sommer betonte: „Unsere Gasnetze gewährleisten die zuverlässige und sichere Versorgung von Industrie, Gewerbe und Haushalten mit Gas und Biomethan. Zukünftig dienen diese Netze als großer Speicher für das im Zuge der Energiewende immer grüner werdende Gas.“ Der Vertrag läuft bis 2040.

Bild: erdgas schwaben

Neuer Aufsichtsrat im kommunalen EBERwerk

Im Zuge der Kommunalwahl im März 2020 haben die Mitgliedskommunen des EBERwerks ihre neuen Aufsichtsräte in das Kontroll- und Beratergremium des EBERwerks entsandt. In der konstituierenden Sitzung übergab Albert Hingerl seinen Aufsichtsratsvorsitz an Michael Stolze, erster Bürgermeister der Gemeinde Markt Schwaben. Den stellvertretenden Vorsitz übernimmt erneut Hans Fent, erster Bürgermeister der Gemeinde Aßling.

In seinem Rückblick verwies Herr Hingerl auf die bisherigen Erfolge in der noch jungen Firmengeschichte des EBERwerks. So hat das EBERwerk die Beteiligung an den Stromnetzen im Landkreis vollzogen, mit EBERstrom eine regionale Strommarke „aus der Region, für die Region“ aufgebaut und mit viel Engagement den Ausbau der Photovoltaik betrieben, um die Nachfrage nach EBERstrom zu decken.

Energiewende voranbringen

Ein Paradebeispiel für diese lokale Energiewende ist die jüngst vom EBERwerk errichtete Photovoltaik-Dachanlage mit einer Leistung von 1,5 Megawatt. Sie versorgt die fünf Werkshallen der Firma Canon in Poing

mit Sonnenstrom und ist die größte ihrer Art in der Region. „Die Konstellation, dass 19 Kommunen zusammen ein Energieversorgungsunternehmen gründen und betreiben, ist einzigartig. Das EBERwerk ist ein wichtiger Baustein, um die Energiewende im Landkreis voranzubringen“, so Albert Hingerl.

Michael Stolze greift auf: „Ich freue mich auf die künftigen Herausforderungen im EBERwerk und die Zusammenarbeit im Aufsichtsrat. Im EBERwerk bündeln wir idealerweise die kommunalen Interessen mit energiewirtschaftlicher Expertise und unternehmerischer Herangehensweise zum Wohle unserer Energiewende-Bestrebungen. Ich bin überzeugt davon, dass wir den eingeschlagenen Weg erfolgreich weiterführen werden.“

BMU fördert die ersten Elektrobusse in Erlangen

Das BMU fördert die Anschaffung von sieben Elektrobussen in Erlangen mit rund 1,8 Millionen Euro. Der Parlamentarische Staatssekretär Florian Pronold übergab den Förderbescheid an die Stadtwerke Erlangen. Damit steigt die Zahl der bundesweit durch das Bundesumweltministerium geförderten Elektrobusse auf 1.165. Zu Beginn des Förderprogramms im Jahr 2018 gab es in ganz Deutschland nur rund 100 solcher Busse.

Parlamentarischer Staatssekretär Florian Pronold: „Elektrobusse sind eine saubere Lösung für die Umwelt: Sie stoßen weder Abgase noch Treibhausgase aus. Außerdem sind die Stromer deutlich leiser als herkömmliche Busse. Das steigert die Lebensqualität in unseren Städten. Ich freue mich daher, dass Erlangen nun eine Elektrobussenflotte aufbaut.“

Das BMU-Förderprogramm zur Anschaffung von Elektrobussen im öffentlichen Personennahverkehr soll den Markthochlauf von Bussen mit Elektroantrieb unterstützen. Die Anschaffungskosten für ein solches Fahrzeug sind noch immer zwei- bis dreimal so hoch wie bei einem Dieselsbus. Die anteilige Finanzierung der Elektrobusse macht sie für Kommunen zu einer aussichtsreichen, ökologischen Alternative. Zentrales Kriterium der Förderung ist der nachgewiesene Einsatz erneuerbarer Energien beim Laden der Busbatterien.

Bundesweit stellt das Bundes-

umweltministerium für die Elektrobussen-Förderung 620 Millionen Euro zur Verfügung. Aktuell werden Vorhaben in 48 Städten mit insgesamt rund 439 Millionen Euro gefördert. Größte Einzelprojekte sind die Vorhaben in Wiesbaden (120 Busse), Berlin (120), Köln (101) und Hamburg (96). Weitere Bewilligungen werden noch in diesem Jahr erteilt.

Im Rahmen des Projekts werden sieben rein elektrische Nahverkehrsbusse beschafft. In Erlangen entsteht damit eine neue 100 Prozent emissionsfreie CityLine. Neben der Anschaffung der Busse fördert das BMU auch die notwendige Ladeinfrastruktur sowie weitere Kosten im Zusammenhang mit dem Einsatz der Fahrzeuge, wie notwendige Werkstattaufrüstung oder Schulungen von Fahr- und Werkstattpersonal. Dabei werden bei den Fahrzeugen die gegenüber einem Dieselsbus entstehenden Mehrkosten zu 80 Prozent finanziert. Die übrigen Ausgaben werden mit 40 Prozent unterstützt.

Energie für heute und morgen
Mein GünstigStrom – 100 % aus Wasserkraft

Echt fair für Ihre Zukunft
erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah

Gesetzentwurf zur EEG-Reform

Deutscher Städtetag, DStGB und VKU:
EEG 2021 muss ambitionierten EE-Ausbau besser unterstützen

Die nächste Hürde ist genommen: Das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf zur Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) verabschiedet. Das EEG 2021 wird jetzt in einem nächsten Schritt im parlamentarischen Verfahren im Bundestag und Bundesrat beraten. Ziel ist der Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens noch in diesem Jahr.

Im Kern enthält das EEG 2021 unter anderem folgende Regelungen:

- Gesetzlich verankert wird ein neues Langfristziel: „Treibhausgasneutralität vor 2050 des in Deutschland erzeugten und verbrauchten Stroms“. Gleiches gilt für ambitionierte Ausbaupfade für die Erneuerbaren Energien bis 2030, um einen Anteil der Erneuerbaren von 65 Prozent bis 2030 zu erreichen.
- Kommunen können künftig finanziell am Ausbau der Windenergie beteiligt werden. Ebenso werden die Anreize für Mieterstrom und die Rahmenbedingungen für Eigenstromerzeugung verbessert.
- Die Förderkosten für Erneuerbare Energien werden durch verschiedene Einzelmaßnahmen (unter anderem Anpassung der Höchstwerte in Ausschreibungen, Erweiterung der Flächenkulisse für PV-Freiflächenanlagen) reduziert, es wird ein neues Ausschreibungssegment für große PV-Dachanlagen geschaffen und durch Verlängerung und Aufstockung der Innovationsausschreibungen werden starke Impulse für Innovationen gesetzt.
- Durch Anpassungen bei der Besonderen Ausgleichsregel erhält die stromkostenintensive In-

dustrie mehr Planungssicherheit bei zukünftigen EEG-Entlastungen.

- Es werden verbesserte Anreize für neue Anlagentechnik und bessere Steuerbarkeit der Anlagen (Smart-Meter-Gateway) gesetzt. Durch eine „Südquote“ für Wind an Land und Biomasse kommt es zu einer besseren Abstimmung zwischen Erneuerbaren-Ausbau und Netzausbau.
- Die Sektorkopplung wird vorangetrieben: Für Seeschiffe wird die Möglichkeit geschaffen, sich in den Seehäfen kostengünstig mit Landstrom zu versorgen, statt Dieselgeneratoren einzusetzen. Der Regierungsentwurf enthält außerdem die Zusage, dass im weiteren Verfahren noch eine Regelung zur Befreiung grünen Wasserstoffs von der EEG-Umlage vorgelegt wird. Damit wird ein zentrales Element der nationalen Wasserstoffstrategie umgesetzt.
- Ausgeförderte Anlagen erhalten übergangsweise die Möglichkeit, den Strom weiter über den Netzbetreiber zu vermarkten und den Marktwert abzüglich der Vermarktungskosten zu erhalten. Diese reduzieren sich, wenn die Anlagen mit intelligenter Messtechnik ausgestattet werden.
- Bei der Solarenergie sieht der Entwurf vor, dass die jährlich ausgeschriebene Leistung für Anla-

gen auf großen Gebäuden von 2,1 Gigawatt (im Jahr 2021) auf 2,8 Gigawatt (im Jahr 2028) steigen soll. Gleiches gilt für Freiflächen. Zum Vergleich: Im Jahr 2018 lag der Wert bei einem Gigawatt. Bei kleinen Dachanlagen soll die Leistung auf 4,6 bis 5,6 Gigawatt pro Jahr gesteigert werden. Aktuell sind es 2,5 Gigawatt.

• Beim Ausbau der Windkraft steht vor allem die Akzeptanz in der Bevölkerung im Weg. Deshalb sollen Bürger und Kommunen künftig finanziell an neuen Windenergieanlagen beteiligt werden.

• Wohngebäude haben einen hohen Anteil am CO₂-Ausstoß. Bis 2030 sollen die Emissionen deshalb um 40 Prozent im Vergleich zum Jahr 2014 sinken, um im Idealfall bis 2050 einen klimaneutralen Gebäudebestand erreichen zu können.

Schlüsselrolle der Kommunen

Laut einer gemeinsamen Mitteilung von Deutschem Städtetag, Deutschem Städte- und Gemeindebund und Verband kommunaler Unternehmen muss sich die anstehende Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) daran messen lassen, ob sie den notwendigen Ausbau von Energieerzeugung aus Sonne, Wind und Co. ambitioniert genug unterstützt. „Dabei ist klar: Die dezentralen Erneuerbaren Energien werden vor Ort ausgebaut. Die Kommunen und kommunalen Unternehmen spielen

eine Schlüsselrolle bei der Energiegewende.“

Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, fordert eine stärkere Unterstützung für die klimafreundliche Energiegewinnung in den Städten: „Wir brauchen rasch mehr saubere Energie, um die Klimaziele zu erreichen. Dazu kann auch eine bessere Förderung des Mieterstroms beitragen. In räumlicher Nähe zu den Wohnungen erzeugte, saubere Energie ist klimaschonend – und ein Versorgungsmodell der Zukunft für urbane Räume. Die Städte wollen deshalb den Ausbau von Photovoltaikanlagen auf Dächern stärker vorantreiben. Dafür brauchen wir bessere Anreize über das Erneuerbare-Energien-Gesetz. Die vorgesehene Festlegung, dass die Nutzung erneuerbarer Energien im öffentlichen Interesse liegt, kann außerdem Planungsträgern und Genehmigungsbehörden helfen, den Ausbau erneuerbarer Energien voranzubringen. Weitere Hemmnisse im Planungs-, Genehmigungs- sowie Natur- und Artenschutzrecht müssen aber noch abgebaut werden.“

Akzeptanz der Windkraft

Der Ausbau der Windenergie hängt wesentlich von der Akzeptanz vor Ort ab. Der Ansatz, dass Standortkommunen künftig stärker vom Windenergieausbau profitieren sollen, ist auch nach Auffassung des DStGB richtig, wie Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, unterstreicht: „Wir werten die vorgesehene finanzielle Beteiligung als wichtigen Teilerfolg. Mit Inkrafttreten der EEG-Novelle können alle Standortkommunen, auf deren Gemeindegebiet ab dem Jahr 2021 eine Windenergieanlage betrieben wird und die EEG-gefördert ist, direkte Zahlungen des Anlagenbetreibers erhalten. Die zusätzlichen Einnahmen können von der jeweiligen Gemeinde für Anliegen der örtlichen Gemeinschaft frei verwendet werden. Dies steigert erheblich die Akzeptanz für Windkraft in der Bevölkerung.“

Tropfen auf den heißen Stein

VKU-Hauptgeschäftsführerin Katherina Reiche zufolge macht der Anstieg der EEG-Umlage deutlich, dass die Belastung des Strompreises mit Abgaben, Umlagen und Steuern weiter zunimmt. Im europäischen Vergleich zahle der deutsche Stromkunde schon heute die höchsten Endkundenpreise. „Die Bundesregierung hätte im Rahmen ihres Klimaschutzprogramms die Gelegenheit nutzen müssen, eine grundlegende Reform des Systems der Abgaben, Umlagen und Steuern in Verbindung mit einer sektorübergreifenden CO₂-Bepreisung auf den Weg zu bringen. Stattdessen hat sie nur eine geringfügige Entlastung bei der EEG-Umlage beschlossen. Dies ist ein Tropfen auf den heißen Stein, der mit der Umlageerhöhung wieder verdampft. So sieht die Bundesregierung in 2021 eine Reduzierung der EEG-Umlage um 0,25 Cent vor. Die verkündete Erhöhung macht allein 0,35 Cent aus und übersteigt damit die Entlastung.“

Der Bundesrat habe erkannt, wie wichtig die Entlastung bei den Strompreisen für die Flexibilisierung der Energieversorgung ist. Nur durch niedrige Endkundenpreise könne Strom auch wettbewerbsfähig zu Öl und Benzin in Wärme und Verkehr werden. Die Länderkammer habe sich daher mit einer Zweidrittelmehrheit dafür ausgesprochen, dass die Bundesregierung die Abgaben und Umlagen im Energiebereich systematisch prüfen soll. „Diese Initiative sollte die Bundesregierung jetzt aufgreifen und bei der rechtlichen Umsetzung des Klimaschutzprogramms 2030 berücksichtigen“, fordert Reiche. **DK**

Energie- und Ressourcen-Wende in der (kommunalen) Verwaltung

Gemeinsame Veranstaltung der Regierung von Unterfranken und C.A.R.M.E.N

Bei einem gemeinsamen WebSeminar der Regierung von Unterfranken und von C.A.R.M.E.N. e.V. informierten sich rund 70 Teilnehmende über Möglichkeiten für mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit in Verwaltungen. Unter dem Motto „Energie- und Ressourcenwende in der (kommunalen) Verwaltung“ beleuchteten die Referentinnen und Referenten neben nachhaltiger Beschaffung unter anderem Möglichkeiten des systematischen Energiesparens.

„Mit Blick auf die aktuellen Umweltprobleme rücken Klimaschutz und Nachhaltigkeit wieder verstärkt in den Fokus der Öffentlichkeit“, stellte C.A.R.M.E.N.-Moderator, Keywan Pour-Sartip, in seiner Begrüßung fest. Insbesondere die Reduktion des Wärmebedarfs kommunaler Liegenschaften berge ein hohes Energieeinspar- und Klimaschutzpotenzial führte Pour-Sartip an und leitete damit über in den ersten Vortrag zur Digitalisierung in der Wärmeerzeugung von Rafael Sporysz, ENER-IQ GmbH.

Sporysz konnte anhand von Daten eindrucksvoll zeigen, dass hohe Investitionen in energetische Verbesserungen nicht zwangsläufig einen eindeutigen Einsparereffekt nach sich ziehen. Rund 57 Prozent aller Heizungen in Deutschland laufen demnach ineffizient. Die Gründe dafür seien vielfältig und reichten von Fehleinstellungen und falsch montierten Bauteilen bis hin zu einem hohen Wartungsaufwand. Eine Lösung sieht Sporysz in der datenbasierten Betriebsführung der Heizungsanlage. Hierbei unterstützen Sensordaten und künstliche Intelligenz, die Anlage optimal zu betreiben und den CO₂-Ausstoß zu reduzieren.

Energiecoaching Plus in Unterfranken

Einen anderen Ansatz verfolgt Ralf Deuerling von der EVF – Energievision Franken GmbH. Er stellte das 2017 von der Regierung von Unterfranken gestartete Förderprojekt „Energiecoaching Plus in Unterfranken“ vor. Ziel des Projekts sei eine intensivierte Beratung von Gemeinden vor Umsetzung der Energiewende vor Ort. Im Rahmen eines Coachings unterstützen Expertinnen und Experten die ausgewählten Kommunen durch eine Initial- sowie vertiefende Beratung im Bereich der Energieeinsparung und dem Einsatz Erneuerbarer Energien. Die ausgewählten Gemeinden konnten sich im Vorfeld des Projekts bei der Regierung von Unterfranken bewerben. In Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Energiecoach wählen die Gemeinden die für sie sinnvollen Beratungsleistungen aus. Diese haben pro Gemeinde einen Umfang von etwa zehn Beratungstagen.

Die Kosten werden zu 100 Prozent vom Freistaat Bayern getragen.

Ein weiterer wichtiger Faktor beim Sparen von Energie- und Ressourcen im kommunalen Verantwortungsbereich stellt die Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen dar. Jedes Jahr gibt die öffentliche Hand erhebliche Beträge für Energie, Güter, Waren und Dienstleistungen aus und übernimmt dabei eine entscheidende Vorbildfunktion. Doch die Umsetzung von nachhaltigen Konzepten bei der Beschaffung ist nicht selten mit Hürden verbunden. Anna Schlang-Schönning vom Auftragsberatungscenter Bayern e.V. gab daher einen Einblick in den verfahrenrechtlichen Rahmen für eine nachhaltige Beschaffung.

Nachhaltige Beschaffung

Phillipp Abel von der Stadt Fürth berichtete im Anschluss aus der Praxis der nachhaltigen Beschaffung und machte dabei einmal mehr klar, wie komplex der kommunale Beschaffungsprozess mitunter sein kann. Dennoch gebe es verschiedene Faktoren, die bei der erfolgreichen Umsetzung helfen können. Dabei spiele neben dem politischen Willen zum Beispiel die Mitarbeitenden, deren Eigeninitiative sowie positive Vorbildprojekte eine große Rolle.

Um ein anderes Thema ging es beim Vortrag von Manuel Porasil, Heilmann Software Gesellschaft für Informationstechnologie mbH. Er stellte mit „digibase“ eine softwarebasierte Möglichkeit zum Ressourcensparen im Schornsteinfegerhandwerk vor. Diese Software würde sich gemäß Herrn Porasil aber auch für Kommunen eignen. Das System solle durch den „Smart-Versand“ von Korrespondenzen schnell für eine hohe Digitalisierungsrate vor Ort und berge so entsprechende Energieeinsparungseffekte.

Den Abschluss machte Stefan Heins von C.A.R.M.E.N. e.V. mit seinem Vortrag „Energie im Büro – Weniger ist mehr!“ und richtete seinen Blick dabei vor allem auf das Nutzerverhalten der Büroarbeitenden. Anhand einiger Rechenbeispiele belegte er eindrucksvoll die Einsparpotenziale, die bereits kleinere Verhaltensänderungen nach sich ziehen können. **□**

Über 450 Firmen in BEEN-i vernetzt

„Viele Unternehmen haben noch Reserven, ihre Energiekosten senken. Gemeinsam Synergien nutzen ist das Motto“, erklärt Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger. Damit nicht jedes Unternehmen das Rad neu erfinden muss, sondern erprobte Lösungen von anderen übernehmen kann, gibt es die Bayerische EnergieEffizienz-Netzwerk-Initiative (BEEN-i), in der bereits über 450 bayerische Unternehmen vernetzt sind.

Mit einer Kickoff-Veranstaltung im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie ist jetzt BEEN-i 2.0 gestartet. Künftig werden das Institut für Energietechnik an der OTH Amberg-Weiden und die Forschungsstelle für Energiewirtschaft e. V. die Koordinierungsstelle konzeptionell unterstützen.

„Wir geben der sehr erfolgreichen BEEN-i Initiative noch mehr Schub! Wir wollen bis 2022 die

Anzahl der Netzwerke auf etwa 70 bis 80 und der teilnehmenden Unternehmen auf rund 700 erhöhen“, kündigt der Staatsminister an. Er lobt die massiven Anstrengungen der Wirtschaft, die Energieeffizienz zu verbessern: „Von rund 278 Netzwerken sind knapp 60 in Bayern. Unsere Unternehmen zeigen, wie man Wirtschaftswachstum vom Energieverbrauch abkoppeln kann, indem sie innovative Konzepte umsetzen und gemeinsam weiterentwickeln.“ **□**

Energieminister Hubert Aiwanger:

Startschuss für Gaskraftwerke und Wasserstoff-Tankstellen

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger begrüßt die Rückkehr der Gaskraftwerke Irsching 4 und 5 in den Energiemarkt. „Es ist gut, dass die hocheffizienten und modernen Gaskraftwerksblöcke zukünftig wieder mehr genutzt werden, insbesondere in Zeiten geringer Einspeisung aus regenerativen Erzeugungsanlagen. Gaskraftwerke sind bei uns aktuell der richtige Weg, um im Energiemix die Energieversorgung sicherzustellen“, betonte Aiwanger beim symbolischen Startschuss nahe Ingolstadt.

Die Rückkehr auf den regulären Strommarkt entlastete auch die Verbraucher, die bisher die Kosten der sogenannten Netzreserve, in der sich die Kraftwerksblöcke seit sieben Jahren befanden, über die Netzentgelte zu tragen haben. Aiwanger: „Nach Kernenergie- und Kohleausstieg muss auch zukünftig ausreichend gesicherte Erzeugungsleistung zur Verfügung stehen. Daher fordere ich vom Bund die Schaffung eines systematischen Investitionsrahmens für solche Kraftwerke.“

Hintergrund der Rückkehr in den Markt sind insbesondere die gesunkenen Gaspreise, die einen wirtschaftlichen Betrieb der Gaskraftwerke möglich machen, nicht nur Betrieb als Netzreserve. Die Eigentümer Uniper, N-ERGIE, Mainova und Entega hatten angekündigt, die Situation von Jahr zu Jahr neu zu bewerten.

Die beiden Kraftwerksblöcke Irsching 4 und 5 fielen bislang unter die so genannte Netzreserveverordnung. Das bedeutet, dass sie ausschließlich dann zum Einsatz kamen, wenn ihre Leistung zur Stabilisierung des Netzes gebraucht wurde. Das war dann der Fall, wenn das Netz in Süddeutschland wegen temporärer Engpässe gestützt werden musste.

Gestartet wurde zudem ein ambitioniertes Förderprogramm für 100 Wasserstoff-Tankstellen im Freistaat. Mit 50 Millionen Euro Fördersumme wird das Wirtschaftsministerium bis 2023 die Basis für eine Wasserstoff-Tankstelleninfrastruktur legen sowie heimische Unternehmen bei der Anschaffung oder dem Umbau von Wasserstoff-Nutzfahrzeugen

unterstützen. Zudem werden Elektrolyseure zur Erzeugung von grünem Wasserstoff gefördert.

Aiwanger zufolge ist beim Thema Wasserstoff „jetzt genug geredet, jetzt wird umgesetzt“. Das Tankstellen-Förderprogramm sei ein weiterer Baustein in der Strategie, Wasserstoff als wichtiger Energieträger für die Mobilitäts- und Energiewende zu entwickeln. „Wir fördern bayerische H₂-Technologie, um unsere Wirtschaft und Industrie fit zu machen für den wachsenden internationalen Wasserstoffmarkt.“

Hightech-Standort stärken

„Wir werden ‚Made in Bavaria‘ zu einem Wasserstoff-Gütesiegel entwickeln“, zeigte sich der Minister überzeugt. „Wir vernetzen unsere hervorragenden Forscher mit den innovativen Unternehmen des Freistaates, um den Hightech-Standort Bayern zu stärken, Arbeitsplätze zu schaffen und zugleich mit dem Ausstieg aus der Nutzung fossiler Energieträger die Mobilitäts- und Energiewende voranzubringen.“

Mit dem am 1. Oktober 2020 begonnenen Förderprogramm werden öffentliche wie nichtöffentliche Wasserstofftankstellen für Nutzfahrzeuge, Busse sowie Logistikfahrzeuge unterstützt. Im Sinne des Baukastenprinzips unterstützt der Freistaat zudem anteilig und bedarfsgerecht Elektrolyseure zur Erzeugung von grünem Wasserstoff vor Ort wie auch die Anschaffung bzw. Umrüstung von H₂-Nutzfahrzeugen und Bussen sowie Logistikfahrzeugen in Kombination mit be-

triebsinternen Tankstellen. Damit werden neue Wertschöpfungsmöglichkeiten für Tankstellen-Standorte in der breiten Fläche geschaffen: an kommunalen Betriebshöfen, bei Stadtwerken, für Fuhrpark- und Omnibusunternehmen.

Mit Blick auf den Münchner Flughafen kündigte Aiwanger verstärkte Bemühungen an, den Airport in eine nachhaltige und klimafreundliche Zukunft zu führen und dadurch den Standort zu stabilisieren. Jetzt müssten die Weichen für einen ökologischen Umbau des Flughafens gestellt werden. Künftig werde es darum gehen, vermehrt CO₂-neutrale Antriebstechniken und Kraftstoffe, beispielsweise Wasserstoff und Power-to-liquid-Kraftstoffe, einzusetzen. Dies bringe weniger Belastungen für die Umwelt und damit auch wieder mehr Akzeptanz fürs Fliegen und sichere Arbeitsplätze.

Die Nutzung synthetischer Kraftstoffe aus erneuerbaren Energien, zum Beispiel E-Fuels, kann laut Aiwanger zum Klimaschutz beitragen. Diese Kraftstoffe seien aufgrund ihrer hohen Energiedichte gut im Schwerlastverkehr und im Flugverkehr einsetzbar. Mit synthetischen Kraftstoffen, die allerdings noch relativ teuer seien, könne die vorhandene Infrastruktur genutzt werden.

Laut Aiwanger „muss es unser Ziel sein, dass synthetische Kraftstoffe günstiger und damit konkurrenzfähiger werden. Daher planen wir, im Kompetenzzentrum für nachwachsende Rohstoffe in Straubing mit Unterstützung der Bundesregierung die Forschungsaktivitäten zu synthetischen Kraftstoffen erheblich zu stärken und in einem Nationalen Forschungszentrum für Biokraftstoffe und synthetische Kraftstoffe zu bündeln.“ **DK**

Wasserstoff als Energieträger der Zukunft

Bundestagsabgeordneter Florian Oßner diskutiert mit Echings Bürgermeister Max Kofler über Wasserstofftechnologie

„Wasserstoff ist der Energieträger der Zukunft“, sind sich Bundestagsabgeordneter Florian Oßner und der neu gewählte Echinger Bürgermeister Max Kofler einig. Bei Oßners Besuch im Rathaus besprachen die beiden, welche entscheidende Rolle Eching beim Ausrollen der Technologie in der Region spielen könnte.

Echings neuer Bürgermeister Max Kofler sieht die Gemeinde gut aufgestellt: „Dank unserer günstigen Lage sind wir stetig gewachsen.“ Die Gemeinde wol-

le zur Schaffung von Wohnraum künftig maßvoll Neubaugebiete ausweisen und sehr moderat auch weitere Gewerbebetriebe ansiedeln. Gut vorstellen kön-

nen sich Oßner und Kofler hierbei ein echtes Aushängeschild: Die Errichtung des anwendungsorientierten Wasserstoffzentrums auf Gemeindeboden.

Die Weichen dafür wurden dank langer Vorarbeit bereits gestellt, erläuterte Oßner. Die Initiative Wasserstoffregion Landshut, deren Schirmherr er ist, arbeitet schon lange daran, die Wasserstofftechnologie in der Region Landshut zu etablieren. Ein wesentlicher Baustein dafür war die Bewerbung im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbes „Hy-Land-Wasserstoffregionen in Deutschland“ des Bundesverkehrsministeriums.

breite Unterstützung werben.

Mit dem Anwendungs-Zentrum hätte die Region Landshut deutschlandweit die Nase vorn. Die Besonderheit: Hier könnte echter „grüner“ Wasserstoff, also Wasserstoff, der aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, erzeugt werden. Während man andernorts etwa Gas zur Wasserstoffherstellung verwendet, könnte die Region Landshut vor allem Photovoltaik und Wasserkraft nutzen. „Damit vereinen wir technologischen Fortschritt mit klugem Klimaschutz“, fasste Oßner zusammen.

Ortsmitte aufwerten

Neben diesem außergewöhnlichen Vorhaben gebe es aber noch andere Baustellen, wie Kofler berichtete. So müsse der Bauhof erweitert und neu gebaut werden.

Auch altersgerechtes Wohnen ist ein Thema. Der Bedarf ist da, führte Kofler aus. Außerdem in Planung sei ein neues gemeinsames Feuerwehrhaus für die Feuerwehren Viecht und Eching/Kronwinkl. Wegen der Größe und der Ausstattung stimme man sich mit den Feuerwehren ab, um möglichst bedarfsgerecht zu bauen. „Diese Kooperation ist vorbildlich“, so Oßner, der selbst aktives Mitglied der Feuerwehr ist. Neben dem neuen Feuerwehrhaus möchte die Gemeinde auch die übrige Ortsmitte in Viecht aufwerten: „Wir wollen sowohl Wohnen als auch Gewerbe im Ortskern halten und ausbauen.“

Förderbescheid übergeben

Ende 2019 gelang der große Durchbruch: Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer überreichte den Vertretern der Initiative den Förderbescheid: Bis zu 20 Millionen Euro fließen damit in das Projekt. Die Region ist offiziell Modellregion für die Erzeugung und Nutzung von Wasserstoff aus erneuerbaren Energien.

Deutschlandweit die Nase vorn

„Jetzt geht es darum, ein Wasserstoff-Zentrum in der Region aufzubauen“, gab Oßner das nächste Ziel aus. Dort soll die Technologie zur Anwendung gebracht und für Zulieferer erforscht werden. Sobald es konkreter werde, wolle Kofler den Gemeinderat umfassend über das Projekt informieren und um

Wärmeversorgung Peißenberg ist fit für die Zukunft

Die Peißenberger Wärmegesellschaft (PWG) hat ihre Heizzentrale ausgebaut und weiter modernisiert. Damit setzt PWG auch in Zukunft auf dezentrale und klimafreundliche Wärmeherzeugung.

Die Anlage für das Peißenberger Fernwärmenetz wurde bereits 2017 grundlegend modernisiert. Nun folgte die zweite Modernisierungsstufe, bei der ein weiteres Blockheizkraftwerk (BHKW) errichtet wurde.

Bereits 2017 hat PWG ein neues BHKW mit einer elektrischen und thermischen Leistung von je 1,6 Megawatt (MW) und zwei gasbefeuerte Kessel mit einer Heizleistung von je 8 MW installiert. Im Rahmen einer zweiten Modernisierungsstufe wurde nun ein weiteres, noch größeres BHKW mit einer elektrischen Leistung von 3,4 MW und einer Wärmeleistung von 3,9 MW ergänzt. So kann PWG noch mehr klimafreundlich erzeugte Wärme ins rund 22 Kilometer lange Fernwärmenetz einspeisen.

Errichtet wurde das neue BHKW in der alten Maschinenhalle. Bis 2016 waren dort alte Motor-Heizkraftwerke verbaut, die seit den 1980er Jahren zuverlässig ihren Dienst verrichtet hatten. Die Anlagen haben aber nicht mehr dem neuesten Stand der Technik entsprochen und waren, gemessen am heutigen Wärmebedarf der Kunden, zu groß dimensioniert. Daher hat PWG sie 2016 außer Betrieb genommen und die Maschinenhalle entkernt.

Anlage wird effizienter und klimafreundlicher

Als Brennstoff kommt dank der Modernisierung bereits seit 2017 nahezu ausschließlich umweltfreundliches Erdgas zum Einsatz. Durch den Umbau auf moderne Technik stieg auch die Effizienz der Anlage. „Mit der Heizzentrale und dem Fernwärmenetz in Peißenberg erzeugen wir Wärme für unsere Kunden effizient und klimafreundlich – und das direkt vor Ort. Die An-

lage erreicht inzwischen einen Wirkungsgrad von mehr als 90 Prozent. Mit den Modernisierungsprojekten machen wir den Standort fit für die Zukunft“, sagt PWG Geschäftsführer Dr. Martin Reh.

Die Anlagen sind auf den aktuellen Wärmeverbrauch abgestimmt und benötigen weniger Brennstoff als die alten Motor-Heizkraftwerke. Durch die Modernisierungsprojekte 2017 und 2020 werden im Vergleich zum vorherigen Betrieb etwa 4.000 Tonnen CO₂ pro Jahr eingespart. Die Kunden merken von den in den vergangenen Monaten laufenden Modernisierungsarbeiten nichts. Sie wurden über das bestehende BHKW weiterhin zuverlässig mit Wärme versorgt.

Wärmenetz wird erweitert

Parallel zur Modernisierung der Anlage erweitert PWG aktuell auch das Fernwärmenetz. Im Südwesten von Peißenberg werden derzeit mehrere Gebiete angeschlossen, wofür das Netz um etwa 500 Meter verlängert wird. Die ersten neuen Kunden sind bereits am Netz.

Die Peißenberger Wärmegesellschaft ist ein gemeinsames Unternehmen der Lechwerke AG und der Bayernwerk Natur GmbH. Über das rund 22 Kilometer lange Fernwärmenetz werden in Peißenberg derzeit rund 1.000 Kunden – Haushalte, Unternehmen und öffentliche Einrichtungen – mit Wärme versorgt.

Die Projektdurchführung verantworten die Bereiche Energiedienstleistungen der Lechwerke AG und Projekte der Bayernwerk Natur GmbH. Informationen zur Wärmeversorgung über PWG gibt es unter www.pwg-waerme.de.

Neuer Konzessionsvertrag abgeschlossen:

N-ERGIE stärkt Partnerschaft mit Rohr

Nach dem Konzessionsvertrag für die Stromversorgung, den die Gemeinde Rohr im Juli unterzeichnet hat, wurde nun die N-ERGIE Aktiengesellschaft auch mit der Versorgung durch Erdgas beauftragt. Felix Fröhlich, Erster Bürgermeister der Gemeinde Rohr, hat zusammen mit Volker Laudien, Leiter Kommunale Kunden bei der N-ERGIE, den Konzessionsvertrag für die Gasversorgung der Gemeinde unterschrieben.

Dieser hat eine Gültigkeit von mindestens zehn Jahren. Mit dem Konzessionsvertrag gestattet die Gemeinde Rohr der N-ERGIE, im öffentlichen Raum ihrer Ortsteile das Erdgasnetz zu betreiben, wofür die Kommune eine gesetzlich festgelegte Konzessionsabgabe erhält. Der bereits in den letzten Wochen erfolgte Bau von Gasleitungen war auf Basis einer Nutzungsvereinbarung erfolgt.

Die N-ERGIE wird während der Vertragslaufzeit die Erdgasversorgung im Interesse der Kommune und der Kunden sicherstellen. Zudem wird sie das bestehende Netz ausbauen und somit die Entwicklung der Kommune unterstützen. Die N-ERGIE garantiert mit ihrem 24-Stunden-Entstörungsdienst eine sichere und zuverlässige Energieversorgung an sieben Tagen in der Woche.

Die Gemeinde hatte für die Konzession das gesetzlich vorgeschriebene Interessensbekundungsverfahren mit öffentlicher Bekanntmachung im Bundesanzeiger gemäß §46 Abs. 3 Satz 1 des Energiewirtschaftsgesetzes durchgeführt. Die N-ERGIE hatte sich hierauf form- und fristgerecht beworben.

„Die Versorgung mit Erdgas ist derzeit ein zentrales Thema im Westen unserer Flächengemeinde, in der größten Ortschaft unserer Kommune, in Rohr“, erklärte Bürgermeister Felix Fröhlich. „Wir setzen dabei auf die N-ERGIE, die uns auch im Strombereich seit Jahren eine zuverlässige und starke Partnerin ist. Mit der Errichtung der Gasdruckregelstation im Süden von Rohr ist bereits ein erster Schritt für eine Infrastruktur mit Zukunft erfolgt. Denn: Die Anbindung unseres Gewerbegebiets an die Gasversorgung ist ein wesentlicher Standortfaktor.“

Um die Versorgungssicherheit auf hohem Niveau zu halten, sind umfangreiche und beständige Investitionen notwendig. In ihre Erdgasnetze investierte die N-ERGIE über die N-ERGIE Netz GmbH deshalb alleine im vergangenen Jahr rund 15 Millionen Euro. Hierunter fällt neben der Instandhaltung etwa die Erschließung von Neubau- oder Gewerbegebieten. Das zählt sich aus: Lediglich durchschnittlich 9,3 Sekunden blieben Haushalte im Netzgebiet der N-ERGIE Aktiengesellschaft aufgrund ungeplanter Ereignisse 2019 ohne Erdgas.



Über ein anwendungsorientiertes Wasserstoff-Zentrum für die Region Landshut in der Gemeinde Eching tauschten sich Bürgermeister Max Kofler und Florian Oßner, MdB aus.

Elektrifizierung des ÖPNV der Stadtwerke Landshut:

e-troFit Bus fährt im Linienbetrieb

Offizielle Übergabe mit OB Alexander Putz und Staatsminister Aiwanger

Stellvertretend für seine Stadtwerke übernahm Oberbürgermeister Alexander Putz im Messepark Landshut den ersten e-troFit-Serienbus. Der ausgemusterte Diesel-Stadtbus der Stadtwerke Landshut erhielt im Rahmen eines Pilotprojektes mit der e-troFit GmbH ein zweites Leben. Seit Mitte September 2020 wird er als Elektrobus im Linienbetrieb eingesetzt. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger hält dieses Umrüstungskonzept zur Reduzierung der CO₂-Emissionen für vielversprechend.

Oberbürgermeister Putz erklärte die hohen Anforderungen an Kommunen und Verkehrsbetriebe und die damit verbundenen Beweggründe, die dazu führten, auf neue innovative Lösungen zu setzen: „Die Verkehrswende im ÖPNV stellt uns vor große Herausforderungen. Um die europäischen Ziele der Clean Vehicles Directive im vorgegebenen Zeitrahmen umzusetzen, benötigen Städte und Gemeinden schnell umsetzbare, nachhaltige und dabei technologisch absolut zuverlässige Lösungen. Die e-troFit GmbH hat uns mit ihrem Technologie-Konzept überzeugt und darum haben wir das Pilotprojekt sehr gerne gestartet.“

Projekt ‚Made in Bavaria‘

In einer knapp vierwöchigen Testphase im August 2020 konnte der e-troFit Bus bereits mit einem reibungs- und störungsfreien Betrieb mit überdurchschnittlich hohen Reichweiten überzeugen. Im nun begonnene Langzeiteinsatz im Linienbetrieb für rund ein Jahr geht es darum, zusätzliche wertvolle Erkenntnisse für die Praxistauglichkeit und Leistungsfähigkeit des e-troFit Umrüstkits zu erlangen.

Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger zeigte sich überzeugt: „Diese Technologie ist vielversprechend und könnte mit der Umrüstung von Diesel-Bestandsfahrzeugen auf Elektroantrieb eine wirtschaftlich effiziente Elektrifizierung von Transport- und Nutzfahrzeugen beschleunigen. Ein spannendes Projekt ‚Made in Bavaria‘, das nachhaltig ist und die Innovationsführerschaft in Bayern untermauert.“

Andreas Hager, Geschäftsführer der e-troFit GmbH, freute sich sichtlich über den Meilenstein für sein junges Unternehmen, aber auch für den ÖPNV im Allgemeinen: „Was unsere Mannschaft in den vergangenen Monaten hier geleistet hat, ist überragend. Dadurch bieten wir nun eine schnell umsetzbare und die derzeit kosteneffizien-

teste Lösung zur nachhaltigen Reduktion der CO₂ Emissionen. Mit unseren weltweit anerkannten Zulieferpartnern bieten wir Serienqualität nach den höchsten Automotive-Standards für funktionale Sicherheit und können Verfügbarkeit in höheren Stückzahlen kurzfristig gewährleisten. Fuhrparkbetreiber im Öffentlichen Personennahverkehr wie die Stadtwerke Landshut erhalten mit unserem Retrofitting-Kit ein wichtiges Instrument zur Gestaltung ihres emissionsfreien Fuhrparks.“

Bei der anschließenden Probefahrt konnte die Corona-bedingt reduzierte Gästezahl den Fahrkomfort selbst erleben. Unter den Fahrgästen waren auch mehrere Bundestags- und Landtagsabgeordnete aus der Region, die sich so ihr persönliches Bild vom neuen umgerüsteten Elektrobus machen konnten.

Eine von allen Beteiligten als maßgebend erachtete Grundvoraussetzung für den Erfolg innovativer Umrüstlösungen ist die Schaffung neuer Förderlinien des Bundes.

Fairer Wettbewerb gefordert

Andreas Hager appellierte deshalb an die politischen Entscheider: „Wir benötigen dringend eine Gleichstellung bei der Förderung von Umrüstungen und der Anschaffung von Neufahrzeugen sowie eine Neuordnung der Regularien im Betrieb von Bussen, wie zum Beispiel das maximal erlaubte Alter der Busse. Diese machten in der Vergangenheit mit den Emissionsklassen des Diesels Sinn, sind jedoch bei emissionsfreien Fahrzeugen irrelevant. Nur so wird ein freier Wettbewerb ermöglicht, erhalten Verkehrsbetriebe bei der Umgestaltung ihrer Fuhrparks Entscheidungsfreiheit und setzen sich letztendlich die effizientesten Lösungen im Markt durch. Darum muss es doch gehen bei der nachhaltigen und umweltfreundlichen Gestaltung der Mobilität in unserer Gesellschaft.“



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Ausschreibung von Strom und Erdgas
- rechtssichere Energiebeschaffung und transparenter Energiemarkt
- Elektronische Ausschreibung mit elektronischer Auktion
- permanenter Online-Zugriff auf alle Strom-/Gasdaten
- max. Wettbewerb (über 550 Anbieter)
- kurze Bindefristen ermöglichen optimale Energiepreise
- Preisprognose für Abnahmestellen ermittelt richtigen Zeitpunkt zum Einkauf
- Angebot von Bündelausschreibungen
- Entlastung der Verwaltung und Senkung der Kosten

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH
Büro München
Germaniastraße 42, 80805 München
☎ 089/44 23 540-0 ✉ bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin
Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin
☎ 0385/30 31-251 ✉ info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Vergabeverfahren Donau-Isar:

Bayerische Eisenbahngesellschaft erteilt Zuschlag an DB Regio

Die DB Regio AG betreibt ab Dezember 2024 den elektrischen Regionalzugverkehr auf den Strecken von München Hbf bzw. München Flughafen über Landshut nach Passau bzw. Regensburg. Den endgültigen Zuschlag im Vergabeverfahren Donau-Isar hat die Bayerische Eisenbahngesellschaft (BEG), die den Regional- und S-Bahnverkehr im Auftrag des Freistaats plant, finanziert und kontrolliert, an die DB Regio AG erteilt. Der Vertrag hat eine Laufzeit von zwölf Jahren. Er endet demnach im Dezember 2036.

„Im Netz Donau-Isar steht den Fahrgästen künftig auf allen Strecken von frühmorgens bis spätmorgens ein Stundentakt zur Verfügung. Damit machen wir das Angebot noch attraktiver und die Entscheidung für das Bahnfahren noch einmal leichter“, erklärt Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer. „Dass wir einige Verbesserungen sogar noch vor dem Vertragsbeginn im Dezember 2024 auf die Schiene bringen, ist ein zusätzlicher Mehrwert“, fügt Bärbel Fuchs, Geschäftsführerin der BEG, hinzu.

Das künftige Netz Donau-Isar integriert den heutigen Flughafenexpress (ÜFEX), den Donau-Isar-Express und die Regionalbahn von Freising nach Landshut. Es umfasst zwei Betriebsstufen. Die BEG bestellt rund 5,3 Millionen Zugkilometer pro Jahr (Betriebs-

stufe 1). Ab Betriebsstufe 2, die mit Inbetriebnahme der 2. S-Bahn-Stammstrecke in München beginnt, sind es 4,9 Millionen Zugkilometer pro Jahr. Das Bestellvolumen reduziert sich, da die Regionalbahn Freising – Landshut zu diesem Zeitpunkt als neue Regional-S-Bahn an das Münchner S-Bahn-Netz angeschlossen und dann in einen anderen Vertrag überführt wird.

Zum Netz Donau-Isar gehören die Regionalzugverbindungen auf den folgenden Strecken:

- München Hbf – Landshut Hbf (Betriebsstufen 1 und 2)
- (Schwaigerloh –) München Flughafen Terminal – Landshut Hbf – Regensburg Hbf (Betriebsstufen 1 und 2)
- (München Hbf –) Freising –

Moosburg – Landshut Hbf (Betriebsstufe 1)

- Zur Hauptverkehrszeit: München Hbf – Landshut Hbf – Plattling/Regensburg Hbf (Betriebsstufe 2)

Züge fahren öfter

Die Fahrgäste profitieren von einem deutlich verbesserten Fahrplanangebot: Auf allen Linien fahren die Bahnen künftig im Stundentakt. Zudem werden frühmorgens und spätabends Taktlücken geschlossen, teilweise noch vor dem Start des neuen Netzes. So wird es beim Donau-Isar-Express bereits zum Fahrplanwechsel 2021/22 zusätzliche Verbindungen geben, beispielsweise ab München Hbf und Passau Hbf: Durch je eine zusätzliche Verbindung gegen 22.25 Uhr besteht dann bis nach 23 Uhr ein durchgehender Stundentakt.

Die Regionalbahn von Freising nach Landshut, die derzeit außerhalb der Hauptverkehrszeiten nur sporadisch verkehrt, fährt ab Vertragsbeginn im Dezember 2024 jede Stunde; im Berufsverkehr häufiger und

bis München Hbf. Mit Eröffnung der 2. S-Bahn-Stammstrecke (voraussichtlich Ende 2028) werden auch die Regionalexpress-Züge auf den Strecken zwischen München und Plattling bzw. Regensburg in den Hauptverkehrszeiten halbstündlich fahren. Unter Berücksichtigung paralleler Verkehre, etwa den künftig stündlichen RE-Zügen nach Schwandorf und der bis dahin eingerichteten Regional-S-Bahn, wird es dann im Berufsverkehr bis zu vier Zugverbindungen pro Stunde nach Landshut geben.

Barrierefreie, klimatisierte Neufahrzeuge mit WLAN

Die BEG forderte für das Netz Donau-Isar elektrisch angetriebene, klimatisierte Neufahrzeuge. Im Vorgriff auf eine voraussichtlich weiter zunehmende Nachfrage, beispielsweise auf der heute bereits stark nachgefragten Strecke München – Landshut, müssen die Fahrzeuge hohe Sitzplatzkapazitäten aufweisen. Das Konzept von DB Regio sieht 25 Züge des Typs Siemens Desiro HC für die RE-Linie München – Passau und die RB-Linie Freising – Landshut und sechs Züge des Typs Siemens Mireo für den Flughafenexpress vor. Die Fahrzeuge vom Modell Desiro HC sind vierteilige Triebzüge mit einstöckigen Endwagen und zwei doppelstöckigen Mittelwagen mit insgesamt 370 Sitzplätzen. Bis zu drei solcher Garnituren können zwischen München und Landshut gekuppelt verkehren.

Die Züge des Typs Mireo sind vierteilige, einstöckige Triebzüge mit 264 Sitzplätzen. An jedem zweiten Einstiegsbereich können in variabel ausgestatteten Mehrzweckbereichen Fahrräder, Kinderwagen oder Reisegepäck problemlos transportiert werden. Die Fahrzeuge entsprechen den aktuellen Standards der Barrierefreiheit und ermöglichen an Bahnsteigen mit einer Höhe von 76 Zentimetern an allen Türen einen stufenfreien Einstieg. Auch an allen anderen Bahnsteigen können Reisende mit eingeschränkter Mobilität mit der fahrzeuggebundenen Einstiegschilfe ohne Voranmeldung ein- und aussteigen. □

Feierliche Einweihung in Plattling:

Neues Forschungszentrum Moderne Mobilität

Fortschritt von der Region aus denken: Das ist die Formel, die hinter dem neuen Forschungszentrum „Moderne Mobilität“ steckt, dass nun in Plattling seiner Bestimmung übergeben wurde. Damit betreibt die TH Deggendorf laut Wissenschaftsminister Bernd Sibler als bayernweit einzige Hochschule insgesamt neun Technologietransferzentren an zehn Standorten.

Mit seiner langen Tradition als Eisenbahnerstadt und Verkehrsknotenpunkt eignet sich Sibler zufolge der Standort Plattling hervorragend, um an der Mobilität von morgen zu arbeiten. „Unsere Hochschulen für angewandte Wissenschaften und Technischen Hochschulen sind starke Innovationsstreiber. Von hier aus wird Zukunft gestaltet – für die Region, für Niederbayern und den Freistaat.“

Das Forschungszentrum „Moderne Mobilität“ (Kostenpunkt rund 4,6 Mio. Euro) legt seinen Schwerpunkt auf zwei Bereiche: Zum ersten zählen die Entwicklung von modernen Energiespeichersystemen oder etwa von Hybridlösungen für die Deutsche Bahn, Leistungselektronik – auch im Umfeld von Schienenfahrzeugen – sowie das Thema autonomes Fahren und Fahrerassistenzsysteme. Der zweite Schwerpunkt „Robotik“ umfasst die Forschungsfelder roboterbasierte Computertomographie und autonome intelligente Roboter. Hier geht es etwa um die 3D-Digitalisierung großer Objekte bis hin zu kompletten Fahrzeugen mit Hilfe einer roboterbasierten Digitalisierungszelle auf Basis der Röntgen-Computertomographie sowie um die Entwicklung lernerender Roboter, die selbststän-



V.l.: Elisabeth Freundel (Koordinatorin Landkreis beim ADFC München), Martina Schumacher (Landratsamt München, Abt. Hochbau), Jens Diehr, Fahrradbeauftragter des Landkreises München, Landrat Christoph Göbel, ADFC-Landesvorsitzende Bernadette Felsch, Petra Husemann-Roew, Landesgeschäftsführerin des ADFC Bayern, sowie Genevieve Cory, Auditorin „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ beim ADFC Bayern. Bild: LRA München

Landratsamt München ist fahrradfreundlicher Arbeitgeber

Behörde erhält ADFC-Siegel in Silber für ihre Bemühungen um die Fahrradmobilität

Das Landratsamt München darf sich ab sofort offiziell „Fahrradfreundlicher Arbeitgeber“ nennen. Der Allgemeine Deutsche Fahrrad-Club (ADFC) hat die Behörde mit dem Siegel in Silber zertifiziert. Landrat Christoph Göbel und der Fahrradbeauftragte des Landkreises München, Jens Diehr, nahmen Anfang Oktober die Urkunde aus den Händen der Landesvorsitzenden des ADFC Bayern, Bernadette Felsch, entgegen.

„Ein wesentlicher Bestandteil unserer Klima- und Energieinitiative 29++ ist auch der Klimaschutz im eigenen Aufgabenbereich. Diesem Aspekt tragen wir mit unseren kontinuierlichen Verbesserungen für die Radinfrastruktur auch an unseren eigenen Standorten Rechnung. So setzen wir für Dienstgänge im Stadtgebiet bereits seit längerem auch auf Dienstfahrräder mit und ohne elektrischen Antrieb, stellen Radständer und eine öffentlich zugängliche Radreparaturstation zur Verfügung und bieten in regelmäßigen Abständen Fahrrad-Checks an, bei denen unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Zweiräder auf Verkehrssicherheit prüfen lassen können. Der Auf- und Ausbau einer fahr-

radfreundlichen Infrastruktur ermöglicht es uns als Arbeitgeber zudem, die Gesundheit unserer Mitarbeitenden aktiv zu befördern. Dass uns das ganz gut gelingt, zeigt nun auch die Zertifizierung durch den ADFC“, so Landrat Christoph Göbel erfreut.

Von Austauschtreffen ...

In den vergangenen Jahren hat das Landratsamt seine Anstrengungen beim Thema Fahrradmobilität kontinuierlich intensiviert und zahlreiche Angebote etabliert. Zu den langjährigen Teilnahmen am Stadtradeln und jährlichen gemeinsamen Radausflügen in der Freizeit wurde ein Netzwerk zum Thema Radverkehr aufgebaut, ein regelmäßiger Austausch mit dem ADFC auf Kreisebene etabliert und der Fuhrpark des Landratsamts um Dienstfahrräder ergänzt. Seit diesem Jahr können die Dienstfahrräder an Wochenenden und Feiertagen auch für private Nutzung angemietet werden. Auch ein Schwerlastenrad steht den Mitarbeitenden für berufliche und private Zwecke zur Verfügung.

... bis Streckenberatung

Aktuell arbeiten die Verantwortlichen im Landratsamt unter anderem daran, eine individuelle Streckenberatung für Mitarbeitende zu etablieren und ein Mentorsystem für betriebliche Mobilität aufzubauen. Die bestehende Infrastruktur soll zudem noch im Lauf des Jahres modernisiert und noch bedarfsgerechter ausgestaltet werden.

„Wir freuen uns sehr, dass das Landratsamt München als erste Behörde in der Landeshauptstadt den Zertifizierungsprozess gewagt und auf Anhieb ein Zertifikat in Silber geschafft hat“, sagt Bernadette Felsch, Landesvorsitzende des ADFC in Bayern und ergänzt: „Die Behörde setzt sich mit einer Vielzahl von Maßnahmen dafür ein, dass ihre Mitarbeitenden gut und gerne mit dem Rad zur Arbeit kommen können. Werden die fahrradfreundlichen Aktivitäten weiter ausgebaut, z.B. zusätzliche Stellplätze für Spezial- und Lastenräder, eine Landkreis München Anfahrtsbeschreibung auch für Radfahrende oder verbesserte Dusch- und Umkleemöglichkeiten, steht bei der Zertifizierung in drei Jahren sogar eine Auszeichnung in Gold in Aussicht.“ □

Staatsministerin Kerstin Schreyer:

Verkehrsbelastungen reduzieren

Die vorübergehende Förderung von Verstärkerbussen im Schülerverkehr soll nach einem Beschluss der Bayerischen Staatsregierung fortgesetzt werden. Dafür stellt der Freistaat weitere 15 Millionen Euro bis zum Beginn der Weihnachtsferien zur Verfügung. Mit den Verstärkerbussen können Kommunen laut Verkehrsministerin Kerstin Schreyer das Platzangebot im Schülerverkehr erhöhen und die Schüler vor einer Ansteckung mit dem Corona-Virus geschützt werden.

Bis zu den Herbstferien hatte der Freistaat zunächst 15 Millionen Euro für Verstärkerfahrten im Schülerverkehr bereitgestellt. „Das Förderprogramm ist gut angelaufen“, berichtete Schreyer. Nach Angaben der Verkehrsverbände und einzelner ÖPNV-Aufgabenträger haben die Kommunen bislang rund 350 Verstärkerbusse bestellt. Laut Landesverband Bayerischer Omnibusunternehmen e.V. (LBO) stehen weitere 300 Busse für Verstärkerleistungen zur Verfügung, die bei Bedarf aktiviert werden können.

„Wo noch Busse benötigt werden, vermittelt der LBO auf Nachfrage zwischen den Kommunen und seinen Mitgliedsunternehmen“, erklärte die Ministerin. Die entsprechenden Förderanträge sind bis zum 30. November bei der jeweils zuständigen Bezirksregierung zu stellen.

Landkreise und Städte auf gutem Weg

Eine Vielzahl von Vorteilen bieten auch leistungsfähige Verkehrs- und Tarifverbände, weshalb sie nach dem Willen der Staatsregierung auch möglichst flächendeckend etabliert werden sollen. Schreyer sieht dabei auch die Landkreise und Städte in der Metropolregion München auf einem guten Weg: „Dort ist schon jetzt knapp die Hälfte der Kommunen in einem Verbund zusammengeschlossen. Fast alle anderen machen gerade Studien oder bereiten welche vor.“ Da damit viel Gutes für die Fahrgäste bewirkt werden kann, fördert der Freistaat solche Studien mit bis zu 90 Prozent.

Auf dem Gebiet der Europäischen Metropolregion München gibt es derzeit mit AVV, MVV und VGI drei Verkehrsverbände, in denen bislang 16 der in der Region liegenden Kommunen integriert sind. Neun weitere Kommunen untersuchen derzeit einen möglichen Beitritt zu einem der Verbände. Vorbereitende Untersu-

chungen laufen beispielsweise zu einer Erweiterung des MVV um die Kommunen von Landsberg im Westen bis Landshut im Osten. Auch die mögliche Gründung eines neuen Verkehrsverbundes in Südostoberbayern soll geprüft werden.

Da gerade in der Metropolregion München erhebliche Pendlerbeziehungen in die fünf großen Zentren Augsburg, Ingolstadt, Landshut, München und Rosenheim bestehen, spielen hier leistungsfähige Verkehrs- und Tarifverbände eine wichtige Rolle. Ein optimiertes Verkehrsangebot und attraktive Tarife führen dazu, dass der ÖPNV eine möglichst vollwertige Alternative zum motorisierten Individualverkehr darstellt. So können Verkehrsbelastungen reduziert und die Lebensqualität der Bürger in vom Verkehr besonders betroffenen Gemeinden verbessert werden. Und auch der ökologische Nutzen liegt für Ministerin Schreyer auf der Hand: „Ein breites, gutes und vernetztes Angebot unterschiedlicher Verkehrsträger ist nicht zuletzt auch ein wertvoller Beitrag zum Klima- und Umweltschutz“, unterstrich die Ministerin.

Die Verkehrsminister der Länder haben in einer Verkehrsministerkonferenz den Bund aufgefordert, die DB mittels stärkerer finanzieller Anreize anzuhalten, dass die Mängel in der Infrastruktur flächendeckend weniger werden.

Strafzahlungen möglich

„Weichen- und Stellwerksstörungen führen durch dadurch entstehende Verspätungen und verlorene Anschlüsse immer wieder zu Frust bei den Fahrgästen“, stellt Bayerns Verkehrsministerin Kerstin Schreyer fest. „Viele mobilitätseingeschränkte Menschen können ihre Bahnfahrt nur mit äußerster Mühe oder überhaupt nicht beginnen, weil Aufzüge in den Bahnhöfen oftmals tagelang oder gar wochenlang nicht repariert werden. Wenn die Bahn das

nicht selbst in den Griff bekommen will, muss sie es eben am Bankkonto spüren!“, so die Ministerin weiter.

Schreyers Vorschlag, dass die DB Netz empfindliche Strafzahlungen leisten muss, wenn Mängel an der Infrastruktur oder auch mangelhafte Disposition der Zugfahrten zu Verspätungen führen, fand unter den Verkehrsministern der übrigen 15 Bundesländer eine helle Zustimmung – ebenso wie die Forderung, dass die DB Station&Service weniger Geld erhalten soll, wenn Lifte oder Rolltreppen oft oder lange ausfallen. Mit der Initiative setzt die Ministerin eine Forderung um, die im bayerischen Koalitionsvertrag vor zwei Jahren fixiert worden ist.

Qualitätsziele

Die Idee, bei schlechten Leistungen die staatlichen Mittel zu kürzen, setzt der Freistaat in seinem Zuständigkeitsbereich schon seit längerem mit Erfolg um. Die Bayerische Eisenbahngesellschaft bewertet bereits seit vielen Jahren die Pünktlichkeit der Zugfahrten, die Funktionsfähigkeit und Sauberkeit der Fahrzeuge sowie das kompetente und freundliche Auftreten des Personals. Je nachdem, ob die Qualitätsziele verfehlt oder auch übertroffen werden, sind Bonus- bzw. Maluszahlungen fällig. „Der Erfolg kann sich sehen lassen, denn auf den allermeisten bayerischen Bahnlinien ist die Qualität in den letzten Jahren deutlich gestiegen“, so die Ministerin.

Der Freistaat bzw. die Verkehrsunternehmen können jedoch bislang kaum Maluszahlungen einbehalten, wenn der Zustand der Bahnhöfe und der Gleisanlagen mangelhaft ist. Bund und DB haben zwar in der Vergangenheit auch für das Strecken- und Stationsnetz gewisse Qualitätsmesssysteme geschaffen, allerdings entfalten diese bislang nicht die gewünschte Wirkung. So muss die DB zwar seit Kurzem für baustellenbedingte Verspätungsminuten 16 Euro im Nahverkehr und 51 Euro im Fernverkehr zahlen, bei Verzögerungen durch Gleismängel oder Personalausfall jedoch lediglich 1 Euro. Ministerin Schreyer: „Ich erwarte vom Bund, dass er unserem Vorschlag folgt und die DB stärker in die Pflicht nimmt.“ DK

Verkehrspolitik:

VDV-Positionspapier zur EU-Strategie

Bis Ende des Jahres 2020 wird die Europäische Kommission eine umfassende Strategie für eine nachhaltige und intelligente Mobilität vorlegen, die die Leitlinien der europäischen Verkehrspolitik für die nächsten Jahre darlegt. Während das Verkehrsaufkommen in der EU immer weiter wächst, erfordert der „Green Deal“ bis 2050 eine Reduzierung der Treibhausgasemissionen im Verkehrssektor um 90 Prozent gegenüber 1990. In einem neuen Positionspapier nennt der VDV Möglichkeiten, wie der Europäische Verkehrssektor sich weiterentwickeln und fit für die Zukunft werden kann.

Mit Blick auf die Herausforderung Klimaschutz sollte sich die Kommission in ihrer Strategie laut VDV ausdrücklich zu den umweltfreundlichsten Verkehrsträgern bekennen: zum Schienenverkehr sowie zum öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Bahnen als Rückgrat der täglichen Mobilität in Europa. Ziel muss sein, dass bis 2030 bzw. 2050 signifikant mehr Verkehr als heute auf den Umweltverbund (ÖPNV, Radverkehr und Fußgänger) sowie die Bahn entfällt.

„Herausforderungen meistern und Chancen nutzen“ laute das Motto in der Corona-Krise. Es sei von großer Bedeutung, dass die kurz- und mittelfristigen Verluste der Eisenbahnen und ÖPNV-Unternehmen aufgefangen werden, damit diese nachhaltigen Verkehrsträger zukünftig leistungsstark bleiben. Denn es dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass der ÖPNV ausgesprochen mangelhaft ist. Die Bundesregierung habe mit ihrem ÖPNV-Rettungsschirm diesbezüglich rasch und sinnvoll gehandelt.

Auch die Europäische Union sollte den ÖPNV und Bahnverkehr in ihrem Paket für den wirtschaftlichen Aufschwung berücksichtigen, nicht zuletzt, da Investitionen in den öffentlichen Personenverkehr die Wirtschaft ankurbeln. Jeder Euro, der für den ÖPNV bereitgestellt wird, entfalte einen fünffach größeren positiven Effekt auf die lokale Wirtschaft.

Stichwort Digitalisierung im Verkehrssektor: Bei der Förderung und Beschleunigung durch die Europäische Union kann es nach Auffassung des VDV nicht nur um Industrieförderung gehen, sondern darum, primär solche Projekte zu fördern, die den Zielen des „Green Deals“ und der Strategie für nachhaltige und intelligente Mobilität dienen.

Beim Verkehrsträger Schiene könne die umfassende Modernisierung der Leit- und Sicherungstechnik einschließlich der Umstellung auf ETCS (European Train Control System) wesentlich zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Eisenbahnen beitragen. Sie ermögliche unter an-

derem eine bessere Anschlussicherung, höhere Pünktlichkeit und eine optimierte Netzauslastung. Um dies zu beschleunigen, sei finanzielle Unterstützung sowohl für die Infrastruktur als auch für die Ausrüstung der Fahrzeuge nötig. Die flächendeckende ETCS-Ausrüstung erfordere zudem die Bereitstellung ausreichender Datenübertragungskapazitäten.

Schiengüterverkehr

Die Digitale Automatische Kupplung (DAK) ist aus Sicht des VDV der entscheidende Baustein auf dem Weg zum automatisierten, digitalen Schienengüterverkehr. Als Schlüsseltechnologie sollte ihre Entwicklung vorangetrieben werden, damit spätestens 2030 Güterwagen in ganz Europa automatisch kuppeln. Wesentliche Voraussetzungen dafür seien die Finanzierung, die Festlegung auf einen standardisierten Kupplungstyp, sowie ein europäischer Fahrplan für die Migration der DAK.

Der ÖPNV spielt im Rahmen der Daseinsvorsorge und aufgrund seines großen Umweltvorteils eine wichtige Rolle in diesem System. MaaS (Mobility as a service) sollte kein Selbstzweck sein, sondern dabei helfen, verkehrspolitische Ziele wie z. B. die Verringerung von Staus und die Förderung des Umweltverbundes (ÖPNV, Radfahren, Fußgänger) zu erreichen. Daher müsse der

ÖPNV-Aufgabenträger eine zentrale und leitende Rolle in einem MaaS-System einnehmen und darüber wachen, dass das System für alle Bürger zugänglich und bezahlbar ist, Daten und Dienstleistungen in beide Richtungen und zu fairen Konditionen miteinander ausgetauscht und kombiniert werden, die einzelnen Betreiber ihre Auflagen einhalten und sich die verkehrliche Bilanz verbessert.

Gleichermaßen sollten auch Zukunftsprojekte wie Vernetzung (C-ITS) und das autonome Fahren dahingehend entwickelt werden, den strategischen Fokus auf die Erreichung verkehrspolitischer Ziele (Verkehrsverlagerung, -vermeidung und -verbesserung) zu legen. So zeigten viele Szenarien, dass mit Blick auf die Mobilitätsbedürfnisse in Städten autonome Fahrzeuge den größten Vorteil dann entfalten, wenn sie als Flotten aus kollektiv genutzten Stadtfahrzeugen in Verbindung mit einem ausgebauten Hochleistungs-ÖPNV zum Einsatz kommen. Ohne entsprechende Lenkungsinstanzen hingegen würde der (autonome) Pkw-Verkehr zunehmen.

Elektronisches Ticket im Visier

Nutzer des Nah- und Fernverkehrs sollten künftig mit einem elektronischen Ticket bargeldlos europaweit fahren können. Zugleich sei wichtig, dass die Branche bei diesem Prozess selbst Gestalter und Treiber bleibt. So hätten erste Erfahrungen gezeigt, dass es sinnvoll ist, die Markenidentität jedes einzelnen Verkehrsunternehmens und -verbundes zu erhalten. Jeder Fahrgast sollte also in Zukunft die App seines Heimatverkehrsunternehmens bzw. -verbundes nutzen können, um durchgängig mit Bus, Bahn und ergänzenden Mobilitätsangeboten fahren zu können. DK

Deutscher Mobilitätspreis 2020:

Bayerische Dominanz

Die zehn Sieger des Deutschen Mobilitätspreises 2020 stehen fest. Gemäß dem Jahresmotto „Intelligent unterwegs: Gemeinsam. Vernetzt. Mobil“ beweisen die von der Initiative „Deutschland – Land der Ideen“ und dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) ausgezeichneten Projekte, wie digitale Vernetzung dabei hilft, Mobilität noch sicherer, effizienter und nachhaltiger zu gestalten.

309 Unternehmen, Startups, Forschungseinrichtungen und Vereine haben sich um die Auszeichnung beworben, die in diesem Jahr zum fünften Mal vergeben wurde. Eine Expertenjury aus den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik wählte die besten Projekte, darunter zahlreiche aus Bayern, aus.

Fahrerlose Fahrzeuge

Über eine Auszeichnung freuen darf sich die Fernride GmbH aus München mit ihrer Teleoperationslösung, die ermöglicht, dass fahrerlose Fahrzeuge Realität werden. Die Valeo Schalter und Sensoren GmbH, Driving Assistance Research Kronach wiederum wird geehrt für eine intelligente kontaktlose Ampelsteuerung, die hilft, Menschenansammlungen im Wartebereich von Fußgängerampeln zu vermeiden. Die betternotstealmobile UG, Dachau, ist Preisträger für das Projekt „Upride – Fahrradaddaten für die Planung“: Ein Tracker sammelt Radverkehrsdaten zu Nutzung und Zustand der Infrastruktur sowie Verkehrssicherheitsdaten, um Kommunen bei der Instandhaltung und zukünftigen Planung der Radverkehrsinfrastruktur zu unterstützen.

Die Software Virtual City@FMS der FMS Future Mobility Solutions

GmbH, Gaimersheim, ermöglicht wiederum die Visualisierung und Simulation von Mobilitätskonzepten und verkehrlichen Schwerpunkten. Das Projekt „Der RXX - digital und optimal vernetzt“ der Siemens Mobility/Erlangen und Dortmund steht schließlich für eine intelligente Wartung und Instandhaltung, die die Lebenszyklen der Rhein-Ruhr-Expresszüge ebenso verbessert wie den Service für Fahrgäste.

Sonderpreis Bürgerschaftliches Engagement

Den erstmals in diesem Jahr vergebenen Sonderpreis für bürgerschaftliches Engagement im Mobilitätsbereich erhält das Netzwerk Women in Mobility (WIM). Die Begründung der Jury: WIM setzt sich mit herausragendem Engagement bundesweit dafür ein, dass sich Frauen in der Mobilitätsbranche auf allen Ebenen vernetzen und sichtbar werden. WIM möchte Frauen aus Unternehmen und Startups, Organisationen und Verbänden, aus Medien und Politik eine Plattform sein – zum Netzwerken, für gemeinsame Projekte, Kooperationen und Austausch. Durch dieses Engagement trägt das Netzwerk nachhaltig zu einer vielseitigen, starken und modernen Mobilitätsbranche bei. DK

Abschlussbilanz zur Würzburger Verkehrskampagne:

„Sicherheit im Straßenverkehr“

Eine mehrtägige, informierende Verkehrskampagne zur Stärkung der Sicherheit im Straßenverkehr fand in Würzburg statt. „In dieser Form ist die Kampagne eine Premiere und geht zurück auf einen Beschluss im Bau- und Ordnungsausschuss“, wie der Sicherheitsreferent Wolfgang Kleiner mitteilt.

Ziel der Kampagne war es laut Kleiner, dass der städtische Kommunale Ordnungsdienst in Zusammenarbeit mit der Verkehrswacht und der Polizeiinspektion die Verkehrsteilnehmer sensibilisieren für mehr gegenseitiges Verständnis und mehr Rücksichtnahme im Straßenverkehr, insbesondere für mehr Verantwortungsbewusstsein gerade für die schwächeren Verkehrsteilnehmer. „Daher stand insbesondere der Schutz von Kindern, Senioren, Radfahrern und Menschen mit Behinderungen in ihrer Funktion als Verkehrsteilnehmer im Vordergrund“, so Kleiner.

Schulwegsicherung

Montag bis Freitag wurden Flyer zu bestimmten Verkehrssituationen verteilt und elektronisch über soziale Medien veröffentlicht. Parallel dazu wurden vor Ort Schwerpunktkontrollen durchgeführt: Dabei stand z.B. das Thema „Schulwegsicherung“ im Mittelpunkt. Neben täglichen Geschwindigkeitsmessungen im 30 km/h-Bereich vor Schulen wurde gezielt an der Josef-Grundschule Grombühl, an der Maria-Ward-Schule, an der Goetheschule und an der Mönchbergsschule verbotswidriges Parken auf Gehwegen kontrolliert. Erfreulicherweise wurde die Präsenz der Parkkontrolleure gerade von den Eltern des Bring- und Abholverkehrs für aufklärende Gespräche zum Thema „sicherer Schulweg“ vor Ort genutzt.

Nicht allen war dabei bewusst, welches Gefahrenpotential wartende bzw. parkende Autos auf dem Schulweg für die Schulkinder in sich bergen. Letztendlich zeigten nicht nur

Verwarnungen, sondern insbesondere Aufklärung und Sensibilisierung bereits einen augenscheinlichen Erfolg: Wurden zu Beginn der Aktionswoche noch rund 30 Parkverstöße vor den Schulen verwarnt, reduzierte sich die Zahl der Verwarnungen am Ende der Aktion deutlich. „Ein Erfolg durch die Präsenz und Aktklärung“, wie Kleiner sagt.

Verkehrs- und Gefahrensituationen

Manche mangelnde Sensibilität der Verkehrsteilnehmer trat zum Vorschein, wenn sie ohne Berechtigung „nur mal kurz“ auf einem freien Behindertenparkplatz parkten wollten. Um die Mobilität im Straßenverkehr gehbehinderter Menschen zu verbessern, wurden Parkereleichterungen geschaffen und im Zuge dessen so genannte Behindertenparkplätze eingerichtet. „Für Nichtberechtigte sind solche Stellplätze aber tabu“, so Kleiner. „Da gilt auch nicht die leichtfertige Ausrede, dass man gleich wieder wegfahre.“ Diese Parkverstöße wurden gebührend verwarnt und ein aufklärender Text an der Windschutzscheibe hinterlassen. Allein an dem Schwerpunkttag zu diesem Thema, wurden in der Innenstadt zehn Mal Verwarnungen zu je 35 Euro ausgesprochen.

Ein weiterer Schwerpunkt lag im Thema Radverkehr in der Fußgängerzone. „Das Radfahren in der Würzburger Fußgängerzone ist ausdrücklich erlaubt und erwünscht“, so Kleiner, „Allerdings dürfen Radfahrer nur Schrittgeschwindigkeit fahren, also nicht schneller als 7 bis 10 km/h“, erklärt er. Im Rah-

men der zwei Schwerpunkttage wurden knapp 400 Radfahrer in der Fußgängerzone angehalten. Auch bei diesen Kontrollen standen Prävention, Kommunikation und Aufklärung im Vordergrund.

Wenngleich die Rücksichtnahme und die Verkehrsdisziplin mancher Radfahrer in der Fußgängerzone nicht auf dem wünschenswerten Niveau seien, so sind doch Radfahrer insbesondere in anderen Situationen dringend schutzwürdig: Die Radwege in Würzburg sollen sichere Verkehrswege für die Fahrradfahrer sein. Parkende Fahrzeuge auf Radwegen behindern einerseits die Radfahrer und bringen diese andererseits zusätzlich in Gefahr, wenn sie auf die Straße plötzlich ausweichen müssen. So wurden im Rahmen der Verkehrskampagne auch schwerpunktmäßig die Radwege und Radschutzstreifen kontrolliert. Erfreulicherweise waren die festgestellten Parkverstöße in der Anzahl eher minimal. Dennoch bedeutet jedes verbotswidrige Parken auf Radwegen und Schutzstreifen eine nicht zu unterschätzende Gefahr.

Für ein faires Miteinander

Kleiners Fazit: „Die verschiedenen Verkehrs- und Gefahrensituationen haben gezeigt, wie wichtig Sensibilisierung aller Verkehrsteilnehmer für rücksichtsvolles Verkehrsverhalten und gegenseitigen Respekt ist.“ Die Aktionswoche verdeutlichte, dass Aufklärungsarbeit wichtig ist und auch angenommen wird. „Manches kann noch besser werden“, so Kleiner. „Mit der Verkehrswoche sei aber durch den kommunalen Ordnungsdienst, die Polizei und die Verkehrswacht ein guter Schritt in Richtung faires Miteinander und mehr Rücksicht im Straßenverkehr gemacht worden. Daher werden wir diese Aktion für das Frühjahr 2021 wieder planen.“ □



BayWa

Leistungsstark zu jeder Jahreszeit.

Kommunal- und Gewerbeteknik auf grünen, grauen und weißen Flächen.

Bei Ihrer täglichen Arbeit im Frühling, Sommer, Herbst oder Winter unterstützen wir Sie durch individuelle Beratung, Vertrieb und nachgelagerten Service von:

- Traktoren
- Kommunalfahrzeugen
- Lastkraftwagen
- Transportern
- Anbaugeräten
- Anhängern

Wiedemann VARIO FLEX Räumschild

Ideal für den professionellen Anwender zum Anbau an Traktoren und Kommunalfahrzeuge. Durch den Klappmechanismus ist das Schild sowohl unter beengten Verhältnissen als auch zur effizienten Flächenräumung einsetzbar.

Fragen Sie Ihren Verkaufsberater nach einem individuellen Angebot!

BayWa AG
Technik

Arabellastraße 4
81925 München

baywa.de/kommunaltechnik

Abschluss des Nationalen Wasserdialogs:

Empfehlungen für Wasserwirtschaft der Zukunft

Das Bundesumweltministerium hat nach zwei Jahren intensiver Beratungen den Nationalen Wasserdialog abgeschlossen, der sich mit der Wasserwirtschaft der Zukunft beschäftigt. Ergebnis des Dialogs sind umfassende Handlungsempfehlungen zu unterschiedlichen Themenfeldern.

Mehr als 200 Teilnehmende aus Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, der Forschung, von Verbänden, Ländern und Kommunen erkundeten, wie Länder und Kommunen künftig besser mit klimabedingter Wasserknappheit umgehen können und wie deutschlandweit der natürliche Wasserhaushalt erhalten und geschützt werden kann. Die Empfehlungen werden nun in die nationale Wasserstrategie einfließen, die Bundesumweltministerin Svenja Schulze im nächsten Sommer vorstellen will.

Nach einer Auftaktkonferenz vertieften die Teilnehmenden ihre Diskussionen in mehreren Einzelforen zu „Vernetzten Infrastrukturen“, dem „Risikofaktor Stoffeinträge“, dem Verhältnis von „Landwirtschaft und Verbraucherschutz“, dem Nexus „Gewässerentwicklung und Naturschutz“ sowie zu „Wasser- und Gesell-

schaft“. Der Nationale Wasserdialog ist auch ein Beitrag Deutschlands zur Umsetzung der UN-Wasserdekade (2018-2028).

Für stärkere Wertschätzung

Eine der Kernbotschaften, die nicht nur der Kommunikation der Ergebnisse des Nationalen Wasserdialogs im politischen Raum dienen, sondern auch den weiteren gegenseitigen Austausch fördern soll, lautet: Wasser und aquatische Ökosysteme mit all ihren lebensnotwendigen Funktionen und Bedeutungen bedürfen einer stärkeren Wertschätzung in Politik und Gesellschaft. Diese Wertschätzung gesellschaftlich zu verankern und damit die Wahrnehmung von Verantwortung zu stärken, sei eine wichtige Zukunftsaufgabe. Die Schaffung stärker vernetzter und intersektoraler Governance-Strukturen so-

wie die gezielte Erweiterung des Angebots schulischer, betrieblicher und akademischer Aus- und Fortbildung und eine gezielte Kommunikation seien dafür notwendig.

Investitionen in die Infrastruktur der Wasserwirtschaft sollen deren Resilienz steigern und sie klimaneutral machen. Dies erfordert von der Kommune bis zur Bundesebene neue strategische Ansätze (z.B. Stärkung der interkommunalen Zusammenarbeit), Finanzierungs- und Förderkonzepte.

Regionale Konzepte erarbeiten

Drohenden Nutzungskonflikten und -konflikten ums Wasser müsse angesichts häufiger auftretender Dürreperioden frühzeitig, flexibel und unter Beteiligung aller Interessengruppen begegnet werden, heißt es weiter. Dafür müssten die zuständigen Behörden regionale Konzepte für Maßnahmen der Klimaanpassung und für die Festlegung von Nutzungsprioritäten von Grund- und Oberflächengewässern erarbeiten. Bund

und Länder werden gebeten, ein entsprechendes Rahmenkonzept zu entwickeln.

Beim Umgang mit Flächenkonkurrenzen sollte besonderes Augenmerk auf folgende Aspekte gelegt werden: 1. Um die Ziele der EU-WRRL und HWRM-RL zu erreichen, sollte zukünftig ausreichend Raum für die Auen- und Fließgewässerentwicklung, für Wasserschutzgebiete, für Gewässerrandstreifen zum Nähr- und Schadstoffrückhalt sowie für die Entwicklung von Gewässerentwicklungskorridoren zur Verfügung gestellt werden. 2. Die Raum- und Flächenplanung sollte in Zukunft stärker und zielgerichtet mit wasserwirtschaftlichen Planungen verknüpft werden. Sie stellt ein geeignetes Instrument zum Umgang mit Nutzungskonflikten dar.

Effektive und multifunktionale Maßnahmen, die dem gewässerbezogenen Naturschutz und der Gewässerentwicklung sowie Klimaanpassung gleichermaßen zugutekommen, sollten bei der Flächenplanung und -verteilung im Rahmen der regionalen Raumplanung, der Finanzierung und der Umsetzung prioritär betrachtet werden. Dabei sind auch die Nutzungsansprüche der Landwirtschaft in einer Kulturlandschaft zu berücksichtigen.

Gewässermonitoring

Ferner wurde vorgeschlagen, das Gewässermonitoring der Länder und des Bundes mit landwirtschaftlichen Daten zu kombinieren, um die Ursachen für Stoffeinträge besser zu verstehen und daraus zielgerichtete Maßnahmen ableiten zu können. Um den Schutz der Trinkwasserressourcen, auch vor dem Hintergrund des risikobasierten Ansatzes der neuen EU-Trinkwasserrichtlinie zu verbessern, sollten diese Daten nach Sichtweise einiger Teilnehmer auch der Fachöffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden. Verschiedene Teilnehmer äußerten den Wunsch, den begonnenen Dialog von Land- und Wasserwirtschaft in einem neuen Format fortzusetzen, um auch neben stofflichen Belastungen weitere Konfliktpunkte, wie Drainagen, Erosion, Hochwasserschutz und Mehrfachnutzungen von Flächen, zu diskutieren.

Um die Funktionsfähigkeit der wasserabhängigen Ökosysteme zu erhalten, die Nutzungsansprüche an Oberflächengewässer und Grundwasserressourcen zu erfüllen sowie die Resilienz gegenüber den klimatischen Änderungen zu erhöhen, sei zudem der regionale Wasserhaushalt zu sichern und zu erhalten.

Dialogprozess erforderlich

Handel und Verbraucher sollen Mehraufwendungen für umweltfreundliche und/oder gewässerschonende landwirtschaftliche Produktionsweisen wertschätzen. BMU und BMEL werden aufgefordert, zeitnah in einen intensiven moderierten Dialog entlang der Produktions- und Vermarktungsketten mit relevanten Akteuren zu treten. In diesem Dialogprozess sollen Lösungen zur Stärkung der Produktion und Vermarktung von gewässerschonenden, landwirtschaftlichen Produkten erarbeitet und vereinbart werden. Die Ergebnisse sind aktiv an die Verbraucher zu kommunizieren. Diese müssen informiert werden, welchen wichtigen Beitrag nachhaltiger Konsum zum Klima- und Gewässerschutz leistet.

Bund und Länder werden schließlich aufgefordert, ein Konzept zur anwendungsfreundlichen Umsetzung des Verursacherprinzips im Wassersektor mit dem Ziel zu erarbeiten, Gewässerbelastungen zu vermeiden oder zu verringern und die Verursacher von Umweltbelastungen an den anfallenden „Umweltkosten“ zu beteiligen. **DK**



V. l.: Dr. Benedikt Grünewald, Bürgermeister Bad Abbach, Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Thomas Memmel, Bürgermeister Neustadt a. d. Donau, und Thomas Klaus, Geschäftsleiter der Bäderzweckverbände.

Bild: Bezirk Niederbayern/Bäder

Zukunftssicherung für die niederbayerischen Thermen

Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich stimmt sich mit kommunalen Verantwortlichen ab

Der Bezirk Niederbayern ist über Bäderzweckverbände zu 60 Prozent an den fünf niederbayerischen Thermen beteiligt und brachte zuletzt eine Umlage von fünf Millionen Euro dafür auf. Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich ist davon überzeugt, dass es für die geplante zukunftsichernde Neuausrichtung der Bäder sehr wichtig ist, die kommunalen Verantwortlichen eng in den Planungsprozess einzubeziehen.

Aus diesem Grund führte Heinrich bereits im August Gespräche mit den Bürgermeistern von Bad Griesbach und Bad Birnbach und den Werkleitern der dort ansässigen Bäder. Nun tauschte er sich mit Dr. Benedikt Grünewald, Bürgermeister von Bad Abbach, und Thomas Memmel, Bürgermeister von Neustadt a. d. Donau, über die nächsten Schritte aus, die unter anderem auf die Kaiser-Therme und die Limes-Therme wirken werden.

Fortbestand sichern

„Die Bäder sind sehr wertvoll für Niederbayern, daher wollen wir ihren langfristigen Fortbestand mit einem zukunftsfähigen Konzept sichern“, so Heinrich. Eine Strategie für die Neuausrichtung könne nur dann aufgehen, wenn an vielen kleinen Schrauben gedreht werde. Vor allem sei der Konsens zu den erforderlichen Maßnahmen zwischen allen Beteiligten und ein stetiger Abstimmungsprozess nötig, um den maximalen Gestaltungsspielraum zu gewinnen.

Thomas Memmel: „Die Corona-bedingten Beschränkungen haben uns einen realen Eindruck davon vermittelt, wie sehr die Städte und Gemeinden in der Region unter der Schließung eines Bades oder gar mehrerer Bäder leiden würden. Gemeinsam an einem Strang zu ziehen, ist die logische Konsequenz“. „Neben der Sicherung von Arbeitsplätzen geht es auch um den Erhalt der touristischen Attraktivität aller betroffenen Gemeinden“, ergänzt Benedikt Grünewald. „Ohne die Thermalbäder wäre auch das

„Bayrische Golf- und Thermenland“ in seiner jetzigen Form obsolet.“

Für einen dauerhaften Erfolg müsse ein übergreifendes Konzept auf die jeweiligen Stärken eines jeden einzelnen Hauses eingehen, so Heinrich weiter. Durch eine laufende gegenseitige Abstimmung könnten die Bäder ihre Vorzüge besser nutzen und neue Zielgruppen gewinnen, ohne untereinander zu konkurrieren. Zusätzlich zu den bereits vorhandenen Angeboten sollten solche geschaffen werden, die zumindest auf regionaler Ebene ein Alleinstellungsmerkmal darstellen. „Welche Angebote das sein können, eruieren wir derzeit mit verschiedenen potentiellen Partnern wie beispielsweise der AOK, der Deutschen Rentenversicherung und der Technischen Hochschule Deggendorf sowie demnächst auch mit Hilfe eines Fachbüros“, so Heinrich.

Strukturen optimieren

Neben der Neuausrichtung nach außen gelte es aber auch, die internen Strukturen zu optimieren wie etwa im Personalbereich. So hätten die Bäder meist keine personellen Kapazitäten für qualifizierte Vertretungen in Urlaubszeiten oder im Krankheitsfall. Die Schaffung von themenübergreifenden Abteilungen könne Abhilfe schaffen und für mehr Raum zur Weiterqualifizierung des Personals sorgen. Dies führe nicht nur zu effektiveren, konsistenteren Abläufen, sondern käme auch den Mitarbeitern durch verbesserte berufliche Perspektiven zugute. **□**

Verbundprojekt „NOWATER“ gestartet

Einrichtungen des Gesundheitswesens, insbesondere Krankenhäuser, sind für die Gesellschaft eine unverzichtbare kritische Infrastruktur. Ein funktionierender Betrieb ist für die Krisenbewältigung maßgeblich. Während das Szenario eines Stromausfalls in der Notfallplanung von Krankenhäusern fest verankert ist, wurde die Aufrechterhaltung der Wasserversorgung und -entsorgung bisher kaum betrachtet. Sie ist Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit eines Krankenhauses und damit für die Sicherheit der Patienten.

Die Universität der Bundeswehr München ist im Verbundprojekt „NOWATER“ Teil eines interdisziplinären Forschungsteams, das im Austausch mit Akteuren des Gesundheitswesens, des Bevölkerungsschutzes und der Siedlungswasserwirtschaft technische und organisatorische Lösungsstrategien für das Risikomanagement von Krankenhäusern und weiteren Einrichtungen des Gesundheitswesens erarbeitet. Diese Lösungen werden übertragbar und skalierbar gestaltet, um eine breite Anwendung sicherzustellen.

Das dreijährige Forschungsvorhaben läuft seit Mai 2020 und wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung im Programm „Forschung für die zivile Sicherheit“ mit 2,37 Mio. Euro gefördert.

Am Projekt NOWATER (Notfallvorsorgeplanung der Wasserver- und -entsorgung von Einrichtun-

gen des Gesundheitswesens – organisatorische und Technische Lösungsstrategien zur Erhöhung der Resilienz) sind neben der Universität der Bundeswehr München als Projektkoordinator die Technische Hochschule Köln, das Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen, das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, die Agaplesion Frankfurter Diakonie Kliniken gGmbH, Strecker Wassertechnik GmbH und teckons GmbH & Co.KG beteiligt. Zusätzlich unterstützt wird es von sieben assoziierten Partnern, vor allem aus dem Gesundheitssektor und kommunalen Unternehmen im Bereich der Wasserver- und -entsorgung.

Im Rahmen des Projektes wird ein praxisnaher Leitfaden für die Betreiber von Kritischen Infrastrukturen im Gesundheitswesen erarbeitet. Dieser Leitfaden um-

fasst den gesamten Bereich des Risiko- und Krisenmanagements zur Sicherstellung der Wasserver- und -entsorgung: Angefangen mit praxistauglichen Methoden der Kritikalitäts-, Vulnerabilitäts- und Risikoanalyse, über die Notfallvorsorgeplanung bis hin zur Erstellung entsprechender Einsatzpläne im Rahmen der Krankenhausalarmplanung. Somit soll dieser Leitfaden sowohl die Krankenhäuser als auch die zuständigen Behörden und Betreiber Kritischer Infrastrukturen darin unterstützen, eine bestmögliche Vorbereitung auf solche außergewöhnlichen Schadenslagen zu erreichen.

Als weiteres Hauptziel des Projekts soll ein Demonstrator zur Aufrechterhaltung der Wasserversorgung gebaut und getestet werden. Dieser soll eine Möglichkeit zur Aufbereitung und Einspeisung von Ersatz- bzw. Notwasser für den Fall darstellen, dass eine leitungsgebundene Versorgung zeitweise nicht zur Verfügung steht. Insbesondere soll der Demonstrator modular konzipiert werden und eine kurzfristige Inbetriebnahme ohne Unterstützung von Hilfsorganisationen oder Einsatzkräften möglich sein. **□**



Qualität fordern, Werte schaffen

www.kanalbau.com

Gewässerkompetenzzentrum in Landau a. d. Isar eröffnet

„Damit unsere bayerischen Gewässer noch besser geschützt werden, müssen wir immer mehr Menschen für diese wichtige Aufgabe zu sensibilisieren. Und je mehr sie über die Gewässer wissen, umso engagierter sind sie beim Gewässerschutz“, erklärte Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber bei der Eröffnung des Gewässerkompetenzzentrums in Landau an der Isar.

Die Einrichtung sei „ein echtes Leuchtturmprojekt für die Angelfischerei und den Gewässerschutz“, so die Ministerin. Das Gebäude bietet nicht nur den 830 Mitgliedern des Kreisfischereiverbands Landau, sondern auch der interessierten Öffentlichkeit Raum für Lehrveranstaltungen, Fortbildungen und gewässerkundliche Untersuchungen. Die Schulungsräume, die Lehrküche und der 500 Quadratmeter große Lehrteich stehen allen offen.

Die Umsetzung des Gewässerkompetenzzentrums wurde durch das EU-Förderprogramm zur Stärkung ländlicher Räume „LEADER“

mit 200.000 Euro unterstützt. Die Sanitäranlagen sowie die behindertengerechten Angelplätze an den Vereinsgewässern wurden mit rund 12.000 Euro aus der Fischereiausbau gefördert.

„Das Kompetenzzentrum ist ein Paradebeispiel für Vernetzung und Nachhaltigkeit. Mit dem Programm LEADER haben wir ein wirkungsvolles Instrument, um nachhaltige, eigenverantwortliche Entwicklung in ländlichen Regionen zu unterstützen. Es ist ein wichtiger Baustein in unserer Strategie für starke ländliche Räume“, machte Kaniber in ihrer Festrede deutlich. **□**

Leuchtturmprojekt des Zweckverbands Frohnbach

Klärschlamm Trocknungs-, Pelletierungs- und Pyrolyseanlage in Niederfrohna

Mut und Innovationskraft haben sich gelohnt: Der Zweckverband Frohnbach in Sachsen hat auf dem Gelände des zentralen Klärwerks in Niederfrohna eine Anlage zur Klärschlammverwertung durch Trocknung, Pelletierung und anschließender Pyrolyse gebaut, die mit großem Erfolg seit Januar 2020 in Betrieb ist. Das Pilotprojekt unter maßgeblicher Beteiligung der Jumbo Group ist ebenso einzigartig wie zukunftsweisend, da es das Klärschlammproblem regional final zu lösen vermag. Gefördert wurde es vom Freistaat Sachsen mit Mitteln der Europäischen Union aus dem Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE).

In den vergangenen Jahrzehnten der Kläranlage in Niederfrohna befasst und den Betrieb an die Herausforderungen der Zukunft angepasst. Da jedoch die



Geschäftsleiter Steffen Heinrich (l.) erklärte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer die Anlagentechnologie. Bild: ZV Frohnbach

Umweltminister Glauber:

Kernstücke des Hochwasserschutzes

Eine sichere Trinkwasserversorgung und Schutz vor Hochwasser haben in Bayern höchste Priorität. Der neue Trinkwasserbrunnen Götting ist ein wichtiger Teil des Hochwasserschutzprojekts an der Mangfall. Das betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber bei der Einweihung des Trinkwasserbrunnens in Bruckmühl.

Nach Glaubers Worten „entsteht an der Mangfall ein Musterprojekt. Eine zukunftssichere Versorgung der Menschen mit hochwertigem Trinkwasser und wirkungsvoller Schutz vor Hochwasser gehen hier Hand in Hand. Wer das Hochwasser 2013 miterlebt hat, weiß um die Bedeutung des Hochwasserschutzes für die Bewohner im Mangfalltal. Mit dem neuen Trinkwasserbrunnen Götting sind wir einen deutlichen Schritt vorangekommen: Die Wasserversorgung in Bruckmühl ist auf lange Zeit gesichert. Das war Voraussetzung für den Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Feldolling, dem Kernstück des Hochwasserschutzes an der Mangfall. Dieser Weg hin zu mehr Sicherheit und Lebensqualität ist jetzt frei.“

Mit einem Volumen von 75 Millionen Euro ist das Projekt das größte Hochwasserschutzvorhaben in Oberbayern. Der Freistaat und der Bund finanzieren das Projekt gemeinsam. Im Bedarfsfall können durch die Schutzmaßnahme insgesamt gut 6,6 Millionen Kubikmeter Wasser gespeichert werden. Nahezu abgeschlossen ist bereits die Erüchtigung der Deiche.

Der Hochwasserschutz in Bayern soll auch in Zukunft kraftvoll ausgebaut werden: Insgesamt zwei Milliarden Euro

sollen im Rahmen des Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramms 2030 bis Ende 2030 investiert werden. Weitere 150.000 Menschen sollen damit in Bayern gezielt vor einem Jahrhunderthochwasser geschützt werden.



Geschäftsleiter Steffen Heinrich (l.) erklärte Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer die Anlagentechnologie. Bild: ZV Frohnbach

Umweltminister Glauber:

Kernstücke des Hochwasserschutzes

Eine sichere Trinkwasserversorgung und Schutz vor Hochwasser haben in Bayern höchste Priorität. Der neue Trinkwasserbrunnen Götting ist ein wichtiger Teil des Hochwasserschutzprojekts an der Mangfall. Das betonte Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber bei der Einweihung des Trinkwasserbrunnens in Bruckmühl.

Nach Glaubers Worten „entsteht an der Mangfall ein Musterprojekt. Eine zukunftssichere Versorgung der Menschen mit hochwertigem Trinkwasser und wirkungsvoller Schutz vor Hochwasser gehen hier Hand in Hand. Wer das Hochwasser 2013 miterlebt hat, weiß um die Bedeutung des Hochwasserschutzes für die Bewohner im Mangfalltal. Mit dem neuen Trinkwasserbrunnen Götting sind wir einen deutlichen Schritt vorangekommen: Die Wasserversorgung in Bruckmühl ist auf lange Zeit gesichert. Das war Voraussetzung für den Bau des Hochwasserrückhaltebeckens Feldolling, dem Kernstück des Hochwasserschutzes an der Mangfall. Dieser Weg hin zu mehr Sicherheit und Lebensqualität ist jetzt frei.“

Neues Rückhaltebecken in Merching als vorbildliches Projekt

Ebenfalls eingeweiht wurde das Rückhaltebecken an der Steinach, einem Zufluss der Paar. Damit ist das zweite Kernstück des Hochwasserschutzes im Paartal fertiggestellt. Das neue Hochwasserrückhaltebecken in Merching stärkt die Sicherheit der Menschen in den Gemeinden Kissing und Mering sowie in der Stadt Friedberg erheblich.

Glauber zufolge ist der Hochwasserschutz an der oberen Paar einen großen Schritt vorangekommen. „Das Pfingsthochwasser 1999 hatte auch an der Paar sehr große Schäden verursacht. Diese Gefahr ist jetzt weitgehend gebannt. Die Planung der Becken ‚Putzmühle‘ und jetzt ‚Merching‘ wurde mit allen Beteiligten erarbeitet und vorbildlich umgesetzt. Der Bau des Hochwasserrückhaltebeckens bei Merching zeigt zudem ein hohes Maß an Solidarität zwischen Ober- und Unterliegergemeinden. Das ist eine starke Leistung, für die der Gemeinde Merching großer Dank gebührt.“

Das Hochwasserrückhaltebecken Merching ist nach der Fertigstellung von ‚Putzmühle‘ im Jahr 2007 der zweite Baustein des Konzepts für die Paar. Beide Becken liegen fast vollständig auf Merchinger Gemeindegebiet, wobei das neue Becken überwiegend dem Schutz der Nachbargemeinden Kissing, Mering und der Stadt Friedberg dient. Mehr als 2 Millio-

nen Kubikmeter Wasser können die beiden Becken aufnehmen. Damit setzen sie auch den notwendigen Rückhalt im Einzugsgebiet der Donau-Zuflüsse um.

Der Damm des neuen Beckens hat eine Länge von 720 Metern, eine Höhe von maximal 5,25 Metern und ein Baukörpervolumen von 55.000 Kubikmetern. Begleitend zum Bau des Beckens wurden die Steinach, der Finsterbach und die umliegenden Flächen als Ausgleichsmaßnahme ökologisch aufgewertet: So wurde die Durchgängigkeit an Querbauwerken hergestellt, ein mäandrierender Lauf der Steinach angelegt, und landwirtschaftliche Flächen wurden in extensives Grünland umgewandelt. Zusätzlich wurden die Steinach und der Finsterbach unter anderem durch Uferabflachungen renaturiert.

Und so funktioniert's: Auf dem Gelände der Kläranlage wird der dort anfallende Klärschlamm mit dem Abgas der Mikrogastrurbi-

nen Kubikmeter Wasser können die beiden Becken aufnehmen. Damit setzen sie auch den notwendigen Rückhalt im Einzugsgebiet der Donau-Zuflüsse um.

Der Damm des neuen Beckens hat eine Länge von 720 Metern, eine Höhe von maximal 5,25 Metern und ein Baukörpervolumen von 55.000 Kubikmetern. Begleitend zum Bau des Beckens wurden die Steinach, der Finsterbach und die umliegenden Flächen als Ausgleichsmaßnahme ökologisch aufgewertet: So wurde die Durchgängigkeit an Querbauwerken hergestellt, ein mäandrierender Lauf der Steinach angelegt, und landwirtschaftliche Flächen wurden in extensives Grünland umgewandelt. Zusätzlich wurden die Steinach und der Finsterbach unter anderem durch Uferabflachungen renaturiert.

Innerörtliche Ausbaumaßnahmen

Der Hochwasserschutz an der Paar umfasst eine Kombination mehrerer Projekte. Neben den Rückhaltebecken sollen auch innerörtliche Ausbaumaßnahmen in Mering und Kissing den Schutz vor Hochwasser reduzieren. Die Kosten für das Rückhaltebecken „Merching“ liegen insgesamt bei 7,6 Millionen Euro, von denen der Freistaat knapp zwei Drittel übernimmt.

Das Hochwasserschutzkonzept Paar ist Teil des in diesem Jahr auslaufenden Aktionsprogramms 2020plus. Die Bayerische Staatsregierung hat mit dem Bayerischen Gewässer-Aktionsprogramm 2030 (BAP 2030) eine neue gesamtstaatliche Offensive für den Hochwasserschutz, die Gewässerökologie und die Sozialfunktion der Gewässer aufgelegt. Bis Ende 2030 sollen insgesamt zwei Milliarden Euro in den Hochwasserschutz investiert werden. Weitere 150.000 Menschen sollen damit in Bayern gezielt vor einem Jahrhunderthochwasser geschützt werden. □

ne (Faulturm) im Speed Rotationsrockner zuerst getrocknet. Binnen weniger Minuten stellt der Trockner die für eine höchstmögliche Effizienz notwendigen physikalischen Idealbedingungen her. Schnell rotierende Würfelschaufeln halten den Klärschlamm ständig in einer Materialwolke in der Trocknungskammer. Die hohe Thermokinetik führt zu einer Turbo-trocknung. Der Klärschlamm wird von vormals 80 % Feuchtigkeit auf eine Restfeuchte von 10 % getrocknet und im Anschluss pelletiert.

Die thermische Behandlung erfolgt dann bei einer Temperatur von ca. 600 °C. Auf diesem Wege wird ein mineralisiertes schwarzes Karbonisat gewonnen. Es ist sehr reich an Phosphat, das noch dazu überwiegend in gut pflanzenverfügbare Form vorliegt.

Bei der Entwicklung des Projekts wurde darauf Wert gelegt, alle vorhandenen Energieträger wie Klärgas, Elektroenergie und die Abwärme des Blockheizkraftwerks einzubinden, um eine möglichst gute Energie- und CO₂-Bilanz zu erreichen. Kernstück des Neubaus bilden die Trocknungs- sowie die Pyrolyseeinheit, die in das bestehende Kläranlagenareal integriert werden.

Besuch des Ministerpräsidenten

Davon konnte sich Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer überzeugen, als er kürzlich die zentrale Kläranlage in Niederfrohna mit einer Reinigungskapazität für 40.000 Einwohnerwerte besuchte. Vor der laufenden Anlage erklärte Geschäftsleiter Heinrich u.a. die Technologie der Trocknung und Konditionierung des anfallenden Schlammes unter Nutzung der auf dem Klärwerk gewonnenen Energie (Klärgasverstromung, Solarenergie und Wasserkraft) in einem mehrstufigen Prozess. Hervorgehoben wurden zudem die Vorzüge des Granulats für landwirtschaftliche Nutzflächen als Strukturgeber und Humusaufbaustoff für Böden. Laut Heinrich besteht dafür angesichts des Klimawandels großer Bedarf.

PS: Zwei weitere Projekte dieser Art befinden sich auch in Bayern in der Umsetzung. Auf der Anlage in Bissingen, über die die GZ bereits mehrfach berichtet hat, wird das erste Projekt im Dezember dieses Jahres in Betrieb gehen, das zweite in Hamml bei Donauwörth im ersten Halbjahr 2021. Die Besonderheit liegt darin, dass die Trocknung mit dem Pyrolyseabgas betrieben wird und damit ein energetisches Perpetuum mobile entsteht. Das bedeutet, der Klärschlamm wird getrocknet, pelletiert und karbonisiert. Für den gesamten Prozess muss also keine Fremdenergie eingesetzt werden. DK



V.l.: Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann, Schulleiter Ingolf John, Landrat Thomas Ebert, Oberbürgermeister Christian Schuchardt und Altlandrat Eberhart Nuß mit der ersten Abrechnung. Bild: Christian Weiß

Nordbad mit Sprung ins kühle Naß eröffnet

Es ist ein eindrucksvolles Beispiel der Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis Würzburg: Das Nordbad an der Wolfskeel-Schule im Würzburger Stadtteil Lindleinsmühle. Das neue Schul- und Vereinshallenbad wurde eröffnet.

„Es ist etwas ganz Besonderes, was hier entstanden ist“, betonte OB Christian Schuchardt. Denn nachdem das alte Schulschwimmbad in der Lindleinsmühle in die Jahre gekommen war, planten Stadt und Landkreis ein gemeinsames Bad für Schule und Vereine im Würzburger Norden. Im Vordergrund stand dabei das Thema, Kindern und Jugendlichen das Schwimmen beizubringen. Denn rund ein Drittel der Kinder in Würzburg und Umgebung kann nicht Schwimmen.

Ein Herzensanliegen

„Es war mir daher eine Herzensangelegenheit, dieses Projekt des Hallenschwimmbades zu unterstützen“, sagte Schuchardt. Ein Glücksfall sei dabei auch Alt-Landrat Eberhart Nuß gewesen, der sich dem gleichen Ziel verschrieben und finanzielle Mittel bereitgestellt habe. „Es war nicht immer ein einfaches, aber immer ein einvernehmliches Vorgehen“, unterstrich Schuchardt die Zusammenarbeit zwischen Stadt und Landkreis.

Nach langen Planungsarbeiten wurde am 2. Mai 2019 der Bau mit dem ersten Spatenstich begonnen. Dr. Jochen Fritz vom gleichnamigen Planungsbüro erläuterte Details zum Neubau. Beim Bad werde nahezu ein Passivhaus-Standard verwirklicht. Weitere Herausforderungen lagen für die Kranarbeiten in der Stromtrasse, die über dem Grundstück verläuft, sowie im Untergrund, der durch fast 200 Betonstopfsäulen gesichert wird. Das Bad hat modernste Technik im Inneren.

Die Gesamtkosten liegen derzeit bei voraussichtlich 8,5 Millionen Euro, von denen Stadt und Landkreis jeweils 2,8 Millionen Euro tragen werden. Weitere 2,5 Millionen Euro steuert der Frei-

staat Bayern aus dem FAG-Programm bei. Davon seien allein gestern 400.000 Euro als eine erste Auszahlung zur Finanzierung des Bades angewiesen worden, erklärte der unterfränkische Regierungspräsident Dr. Eugen Ehmann. „Die Eröffnung des Wolfskeel-Bades ist ein gelungenes Beispiel, wie Stadt und Landkreis gemeinsam wichtige Projekte verwirklichen können. Das Bad ergänzt die Bäderlandschaft in unserer Region bestens und verfolgt als Schul- und Vereinsschwimmbad wichtige Ziele: Die Schwimmfähigkeit unserer Kinder und Jugendlichen zu verbessern sowie den Vereinen Raum für ihren Sport anzubieten, der dem Wettkampf und der Gesunderhaltung der Mitglieder dient“, betonte Landrat Thomas Eberth.

Schwimmfähigkeit verbessern

Die Freude über diesen Tag ist ihm anzusehen: „Mir war es nicht nur als Landrat wichtig, sondern vor allem auch als Vater, dass Kinder schwimmen lernen“, sagt der ehemalige Landrat Eberhart Nuß bei der Eröffnung. Deshalb unterstütze er die Schwimminitiative „Tauch nicht ab! Lern' Schwimmen“ und als er die Möglichkeit sah auch den Bau des Nordbades.

Eine MHKW-Sonderausschüttung als Deckungsvorschlag aus dem Landkreis brachte die Finanzierung maßgeblich voran. Und: In Vorfreude auf die Eröffnung des gemeinsamen Schwimmbades hatte sich Nuß bei einem Auslandsurlaub eine Badehose gekauft. Diese wurde, nachdem das Bad an Schulleiter Ingolf John übergeben war, direkt ausprobiert. Denn statt ein Band durchzuschneiden sprangen Schuchardt, Nuß und Ebert vom Beckenrand als erste Schwimmer des Stadt- und Landkreis-Bads ins Wasser. □



Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen
Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren: ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!

GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Den Bezirksverband Oberfranken beim Bayerischen Landkreistag; Oberfrankens Landkreise mit 826.318 Einwohnern (31.1.2019)

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten?

01.05.2020.

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

In den Jahren 1998 bis 2011 durfte ich den Landkreis Lichtenfels als Abgeordneter im Bayerischen Landtag vertreten. Bereits in meiner Jugend

war ich kommunalpolitisch sehr aktiv. Nach dem altersbedingten Ausscheiden von Landrat Reinhard Leutner habe ich mich um das Amt als Landrat beworben. Seit 15.12.2011 darf ich Landrat des Landkreises Lichtenfels sein.



Christian Meißner

Bezirksverbandsvorsitzender des Bayerischen Landkreistags Oberfranken Landrat im Landkreis Lichtenfels

Wie haben Sie sich vorbereitet?

In enger Abstimmung mit den anderen acht oberfränkischen Landräten wurde das Team im Bezirksverband für die nächsten Jahre für Oberfranken gewählt. Ich bin sehr dankbar, dass ich dieses Amt ausführen darf, da wir viele Themen nur gemeinsam lösen können.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Die Wahl beim Bayerischen Landkreistag fand bereits unter „Corona-Bedingungen“ statt. Selbstverständlich beschäftigt die Pandemie gerade die Landkreise und „ihre“ Gesundheitsämter. Seither und auch aktuell liegt der Schwerpunkt natürlich bei diesem Thema.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Was thematisch die Krise begleitet, sind die Auswirkungen auf die Wirtschaft und die kommunalen Haushalte.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

Neben der Digitalisierung insbesondere in Schulen, werden die Themen ÖPNV, Förderungen für den ländlichen Raum, Tourismus und seine Infrastruktur, Breitbandausbau aber auch die medizinische Grundversorgung die Schwerpunkte meiner Arbeit auf Bezirksverbandsebene sein.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

Man braucht einen langen Atem und man muss auch kritikfähig sein. Wichtig ist immer,

die Bodenhaftung nicht zu verlieren und für alle ein offenes Ohr zu haben. Anregungen, Beschwerden oder auch Ängste muss man von den Bürgern erst nehmen – egal welcher politischen Couleur sie angehören.

Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Bei meiner Arbeit als Landrat bin ich gerne Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger.

Manche Anträge und Anfragen muss ich schon aus rechtlicher Sicht ablehnen. Mir ist es allerdings wichtig, dem Bürger dies verständlich mitzuteilen und ggf. einen Lösungsweg aufzuzeigen, wie eine Genehmigung vielleicht doch noch möglich ist.

Selbstverständlich ist mir auch der Austausch mit meinen Führungskräften aber auch der Sachbearbeiter in meinem Haus sehr wichtig und unerlässlich, um zu einer ausgewogenen Entscheidung zu gelangen.

Die Landkreise haben über 500 Pflichtaufgaben zu erfüllen. Das Spektrum ist daher sehr breit. Auf Bezirksverbandsebene mit meinen Landratskollegen ist mir der offene Austausch genauso wichtig. Diesen pflegen wir im Übrigen auch mit den vier Oberbürgermeistern der Kreisfreien Städte in Oberfranken, der Regierungspräsidentin von Oberfranken Heidrun Piwernetz und der Verbandsspitze in München mit Präsident Christian Bernreiter und Dr. Johann Keller.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Die Digitalisierung, insbesondere auch die Sozialen Medien, haben einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Kommunalpolitik. Die Digitalisierung hat aber auch ihre Grenzen.

Es ist immens wichtig, dass man sich auch Face-to-face austauscht und miteinander spricht und nicht nur übereinander schreibt und liest. Kern der Kommunalpolitik ist doch die Diskussion in Gremien und der Austausch mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Manches ist hier sicherlich digital möglich, dennoch schätze ich das persönliche Gespräch – gerne auch als Streitgespräch – sehr, denn so entsteht eine gute Kommunikationskultur immer auf Augenhöhe, freundlich und sachlich, aber hart in den Sachthemen mit guten Argumenten. Diese „Kultur“ ist im Digitalen nicht immer sehr ausgeprägt.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Was auch immer Du tust, tue es klug und bedenke das Ende.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Als Landrat, der für alle ein offenes Ohr hat. □

Take-Over-Aktion anlässlich des Internationalen Mädchentages:

Landrätin für einen Tag

Einmal in die Rolle des Landrates schlüpfen – diese Gelegenheit nutzte Julia Nuttelmann während der Take-Over-Aktion anlässlich des Internationalen Mädchentages. Die Gymnasiastin aus Gunzenhausen durfte Landrat Manuel Westphal einen Nachmittag lang über die Schulter schauen und ihn zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses begleiten.

Seit 2012 findet am 11. Oktober der internationale Mädchentag der Vereinten Nationen statt. Rund um dieses Datum übernehmen weltweit junge Frauen symbolisch Führungsrollen in der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Damit sollen Vorurteile und Diskriminierungen abgeschafft werden.

Nach der Schule ins Landratsamt

Auch das Landratsamt Weißenburg-Gunzenhausen beteiligte sich an diesem Aktionstag und ermöglichte es einer Schülerin des Simon-Marius-Gymnasiums in Gunzenhausen Landrat Manuel Westphal einen Nachmittag lang zu begleiten. Organisiert wurde dieser Aktionstag von der Gleichstellungsstelle im Landratsamt. Start der Aktion war für Julia Nuttelmann nach der Schule. Im Landratsamt in Weißenburg traf sie Landrat Manuel Westphal in seinem Büro und konnte sich zu Beginn mit ihm über die

Aufgaben eines Landrates austauschen.

„Bisher bin ich noch nicht viel mit Politik in Berührung gekommen. So hatte ich auch noch wenig Einblicke in den Aufgabenbereich eines Landrates. Nach dem Gespräch mit Herrn Westphal war ich überrascht, wie vielfältig das Tätigkeitsfeld doch ist“, so die 16-jährige Gymnasiastin. Damit die Schülerin aber auch einen praktischen Eindruck von der Arbeit bekommen konnte, nahm Landrat Manuel Westphal sie mit zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses. „Wir dachten uns, dass es für die Take-Over-Aktion spannend wäre, an einer Sitzung teilzunehmen und so auch etwas Kommunalpolitik-Luft zu schnupern“, erklärte der Landrat.

Eröffnung im Jugendhilfeausschuss

Doch Julia Nuttelmann nahm nicht nur an der Sitzung teil, sondern übernahm auch die Eröffnung der Sitzung und konnte so

tatsächlich in die Rolle einer Landrätin schlüpfen. Unaufgeregt und kompetent begrüßte sie die anwesenden Ausschussmitglieder und stellte die Tagesordnung der Sitzung vor. „Die Teilnahme an der Sitzung war für mich sehr interessant, da es beim Jugendhilfeausschuss ja auch um Themen geht, die mich als junge Erwachsene interessieren“, stellte Julia Nuttelmann nach der Sitzung fest. Nach einer kurzen Feedbackrunde mit Landrat Westphal und der Gleichstellungsbeauftragten Ines Dirsch bekam die Schülerin eine Teilnahmebestätigung überreicht und ein Erinnerungsfoto am Schreibtisch des Landrates.

Internationaler Mädchentag

Im Rahmen des Internationalen Mädchentages gibt es noch mehr Aktionen im Landkreis, die sich mit dem Thema Gleichberechtigung beschäftigen. So gibt es in den Buchereien in Weißenburg, Gunzenhausen und Treuchtlingen Büchertische zum Thema sowie eine Plakatausstellung. Auch im Foyer des Landratsamtes wird mit einer kleinen Ausstellung auf den Internationalen Mädchentag aufmerksam gemacht. □

Bundeswettbewerb zur kommunalen Suchtprävention

Landkreis Schweinfurt mit vorbildlicher Strategie

Im Rahmen des 8. Bundeswettbewerbs „Vorbildliche Strategien zur kommunalen Suchtprävention“ wurden elf Städte, Gemeinden und Landkreise für ihre Aktivitäten zur wirkungsvollen Suchtprävention gewürdigt. Als einziger bayerischer Vertreter stand dabei der Landkreis Schweinfurt auf der Liste der Preisträger.

Insgesamt wurden 51 Beiträge bei dem vom Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) inhaltlich und organisatorisch betreuten und von den kommunalen Spitzenverbänden und dem GKV-Spitzenverband unterstützten Wettbewerb eingereicht. Diese hohe Zahl der Wettbewerbsbeiträge und die insgesamt beeindruckenden Aktivitäten in der wirkungsvollen Suchtprävention vor Ort sollen anderen Kommunen einen Anreiz zur Nachahmung geben. Für die prämierten Wettbewerbsbeiträge stellte die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) ein Preisgeld in Höhe von insgesamt 60.000 Euro zur Verfügung.

Hinter dem prämierten Drogenpräventionsprojekt „Flashback“ des Landkreises Schweinfurt steht ein primärpräventives und interaktives Konzept – ein Parcours zum Thema Cannabis und (II)Legal Highs für Schülerinnen und Schüler der siebten bis neunten Jahrgangsstufe. Ziel des Präventionsprojekts ist, Jugendliche umfassend über Drogen aufzuklären, den Nichtkonsum

zu bestärken und eigene Stärken und Schutzfaktoren zu aktivieren. Bestehende regionale Hilfestellen (Drogenberatung, Schuldnerberatung, Beratungsstelle für Jugend und Familie usw.) sollen bekannter gemacht werden. Auch die sozialen und rechtlichen Konsequenzen (Führerscheinentzug, Führerscheinsperre, Stigmatisierung, Leistungsabfall etc.) werden benannt. Oberste Botschaft aller Maßnahmen ist: „Drogen sind keine Lösung!“

Aktive Auseinandersetzung

Der Parcours besteht aus sechs Stationen, in denen unterschiedliche Aspekte von Sucht behandelt werden: Substanzwissen und Wirkungsweisen, Suchtentstehung und Suchtverlauf, Konsummuster, persönliche Risiko- und Schutzfaktoren/Resilienz, Schwangerschaft und Drogen sowie Verhalten im Drogennotfall und regionales Hilfesystem. An den Stationen kommen unterschiedliche zielgruppengerechte Methoden sowie ansprechende Materialien zum Ein-

COVID Kids Bavaria:

Forchheim zieht Teilnahme an Studie zurück

Die flächendeckende Langzeit-Studie „COVID Kids Bavaria“ der sechs bayerischen Universitätskinderkliniken untersucht die Ansteckungsgefahr durch SARS-CoV-2 bei Kindern in Betreuungseinrichtungen. Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Wissenschaftsminister Bernd Sibler erhoffen sich einen wissenschaftlichen Blick auf die Öffnung von Kinderbetreuungseinrichtungen, verbunden mit einem umfassenden Blick auf die Gesundheit der Kinder.

Dazu wird seit Juli mittels Testungen an rund 150 ausgewählten Einrichtungen in ganz Bayern festgestellt, wie viele Kinder infiziert sind und ob sie Symptome aufweisen. Aber auch allgemeine Fragen der Kindergesundheit, wie die Auswirkungen der Pandemie auf die Befindlichkeit und die medizinische Versorgung von Kindern, werden untersucht. Forchheims Oberbürgermeister Dr. Uwe Kirschstein, selbst Humantobiologe, hat schriftlich erklärt, weshalb er die zuerst angekündigte Teilnahme für alle städtischen Einrichtungen absagt.

Einschränkungen durch anlasslose Testungen

In seiner Stellungnahme kritisiert Kirschstein, dass der Grenzwert von 50 zwar eine Vergleichbarkeit ermöglicht, da er in Relation zur Einwohnerzahl gerechnet wird, „jedoch nimmt er keinen Bezug zur Anzahl durchgeführter Tests“. Als die Studie vorgestellt wurde, gab es keinen Automatismus, der bei „Überschreitung sofort zu einer Maßnahme bzw. Ordnungswidrigkeit oder Straftat geführt hätte. Dies ist nun seit 7. Oktober anders“,

kritisiert das Stadtoberhaupt und führt fort: „Bei anlasslosen Testungen von symptomfreien Kindern, wie in dieser Studie geplant, führt ein positives Testergebnis zwangsweise zu einer Quarantäne der Kinder/Familien bzw. zur (Teil-) Schließung unserer Betreuungseinrichtung. Dies folgt unmittelbar aus der gesetzlichen Grundlage der Meldepflicht nach einem positiven Testergebnis. Dies kann also unweigerlich zu teils erheblichen Einschränkungen für alle Kinder/Eltern dieser Einrichtung führen. Dies wäre dann unabhängig davon, ob sie selbst der Teilnahme an der Studie zugestimmt haben oder nicht.“

Diese möglicherweise erheblichen Einschränkungen aller Einwohner von Stadt und Landkreis im Blick, hat Kirschstein sich entschlossen, mit keiner städtischen Einrichtung an COVID Kids Bavaria teilzunehmen und die Studienleitung informiert.

Die Untersuchung startete im Juli 2020. Der Abschluss ist für Januar 2021 vorgesehen. Die Datenauswertung soll bis Ende März 2021 abgeschlossen sein. Der Freistaat finanziert die Studie mit einer Mio. Euro. CH



Schlüpfte für einen Nachmittag in die Rolle einer Landrätin: Julia Nuttelmann hier am Schreibtisch des Landrates Manuel Westphal

Bild: Landratsamt Weißenburg/Gunzenhausen

satz, die die Jugendlichen dazu anregen sollen, sich aktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen. Hervorzuheben sind methodische Bausteine wie eine „Tüte voller Mist“, um die Inhaltsstoffe von Legal Highs zu veranschaulichen, eine „Würfelpyramide“, um die Konsequenzen von Drogenkonsum aufzuzeigen, und zwei Säuglingsmodelle, bei denen eine Puppe veranschaulicht, wie sich ein Säugling unter Drogeneinfluss während der Schwangerschaft entwickelt.

Die Teilnahme der Schüler am Parcours findet einmalig an einem Schulvormittag statt. Danach bewerten sie den Ablauf und ihre Erfahrungen mithilfe eines Fragebogens. Die Ergebnisse fließen in die Weiterentwicklung des Parcours ein.

Der Durchführung des Projekts liegt eine feste Kooperation des Gesundheitsamtes, der Polizei und der jeweiligen Schulen zugrunde. Bei Bedarf werden geschulte Honorarkräfte eingebunden. Das Projekt ist langfristig angelegt und finanziert. Somit entsteht ein dauerhaftes, kostenfreies suchtpreventives Angebot für die Jugendlichen im Landkreis Schweinfurt. Inzwischen wurde der Parcours wegen der positiven Erfahrungen auf ganz Unterfranken ausgeweitet. DK

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chef vom Dienst

Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Jörg Kunstmann (KPV)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Monika Steer (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 54 vom 01.01.2020

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 9307-22

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH; Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Bezirksumlage Oberbayern 2021:

Moderate Erhöhung in politischer Diskussion

Wegen der Steuerausfälle durch die Corona-Pandemie und steigender Ausgaben für seine sozialen Leistungen sieht sich der Bezirk Oberbayern vor schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen. Darüber unterrichtete Bezirkstagspräsident Josef Mederer in München die oberbayerischen Landräte und Oberbürgermeister. Nach intensiver und kontroverser Diskussion wurde vereinbart, mit einer maßvollen Erhöhung der Bezirksumlage für 2021 um 0,7 auf 21,7 Prozentpunkte in die weitere politische Diskussion zu gehen.

Die 20 Landkreise und drei kreisfreien Städte Oberbayerns stehen wegen der Corona-Pandemie vor großen finanziellen Herausforderungen. Bereits im laufenden Jahr haben die kreisfreien Städte mit deutlich sinkenden Steuereinnahmen zu kämpfen. Die Einnahmekrise wird sich auf allen kommunalen Ebenen über mehrere Jahre hinziehen. Der Bezirk Oberbayern rechnet für seinen Haushalt 2022 mit der größten Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben. Um diese Lücke zu schließen, scheint eine Erhöhung der Bezirksumlage in den nächsten Jahren unvermeidbar. „Unsere Richtschnur ist wirtschaftliches Handeln in sozialer Verantwortung“, betonte Bezirkstagspräsident Josef Mederer. „Umso schwerer wiegen die Mehrkosten durch

die Pandemie, die uns alle noch lange belasten werden.“

Der Bezirkstagspräsident signalisierte bei der Unterrichtung der Landräte und Oberbürgermeister die Bereitschaft, die Umlage mit mehreren Maßnahmen stabil bei 21 Prozentpunkten zu halten. Der Hebesatz für 2021 berechnet sich auf der Basis der Umlagekraft von 2019, die bei rund 8,3 Mrd. Euro lag. Bei einem Hebesatz von 21 Prozentpunkten flößen dem Bezirkshaushalt 2021 rund 1,744 Mrd. Euro zu. Der ungedeckte Bedarf liegt bei 1,91 Mrd. Euro.

Rücklage schmilzt auf gesetzliches Minimum

Um die Umlagezahler zu entlasten, entnimmt der Bezirk im kommenden Jahr 45 Mio. Euro aus sei-

ner Rücklage. Diese schmilzt damit auf das gesetzliche Minimum ab. Die Kämmerei stellte darüber hinaus die Option in den Raum, den Verwaltungshaushalt mit der Aufnahme neuer Kredite in Höhe von 50 Mio. Euro zu stützen.

Dieser Vorschlag wurde von den Landräten und Oberbürgermeistern intensiv und kontrovers diskutiert. Im Ergebnis plädierte eine Mehrheit für einen Anhebung der Umlage 2021 um 0,7 Prozentpunkte. Einig waren sich alle, dass die Belastungen aus der Corona-Pandemie noch nicht abschließend bewertet werden können.

Dieses Diskussionsergebnis ist für den Bezirk Oberbayern die Basis für die weiteren Haushaltsberatungen in seinen Gremien. Über den Haushaltsentwurf und die Höhe der Umlage stimmt der Bezirkstag im Dezember ab. Bezirkstagspräsident Mederer sagte: „Die heutige Diskussion mit unseren Umlagezahlern ist für uns der Beweis, dass die kommunale Familie an einem Strang zieht. Wir sind verlässliche Partner und werden die finanziellen Herausforderungen gemeinsam meistern.“

Im Bezirk Oberbayern steigen die Fallzahlen und Ausgaben in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen und der Hilfe zur Pflege weiter an. Für 2021 rechnet die Kämmerei in der Eingliederungshilfe bei Ausgaben in Höhe von 1,18 Mrd. Euro mit einem Plus von 92 Mio. Euro. Auf die ambulante und stationäre Hilfe zur Pflege entfallen 314,7 Mio. Euro – ein Zuwachs von 27,4 Mio. Euro.

Den Haushalt belastet zusätzlich, dass der Bezirk seit 2008 soziale Aufgaben von den Kommunen übernommen und zahlreiche gesetzliche Vorgaben neu umgesetzt hat, die nicht alle kompensiert worden sind. So haben beispielsweise die Übernahme der Ambulanten Hilfe zur Pflege sowie die Umsetzung des Angehörigen-Entlastungsgesetzes und des Bundesteilhabegesetzes den Haushalt spürbar belastet. □

Bayerischer Städtetag:

Neue Bezirksvorsitzende

Im Oktober wurde in Falkenberg (Oberpfalz), Kaufbeuren (Schwaben) und Schweinfurt (Unterfranken) jeweils der Bezirksvorsitz im Bayerischen Städtetag neu vergeben.

Regensburgs Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer wurde zur Bezirksvorsitzenden der kreisfreien Verbandsmitglieder in der Oberpfalz gewählt. Maltz-Schwarzfischer tritt die Nachfolge von Oberbürgermeister a.D. Kurt Seggewiß, Weiden, an. Erster Bürgermeister Toni Dutz, Wiesau, wurde als Bezirksvorsitzender der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in der Oberpfalz wiedergewählt.

Schwaben

In der Bezirksversammlung Schwaben wurden Oberbürgermeister Stefan Bosse, Kaufbeuren, und Oberbürgermeister Gerhard Jauernig, Günzburg, als Bezirksvorsitzende wiedergewählt.

Unterfranken

Erster Bürgermeister Günther Werner, Haßfurt, wurde zum Bezirksvorsitzenden der kreisangehörigen Verbandsmitglieder in Unterfranken gewählt. Werner tritt die Nachfolge von Dr. Paul Kruck, Bürgermeister a.D. in Karlstadt, an. Oberbürgermeister Sebastian Remelé, Schweinfurt, wurde als Bezirksvorsitzender der kreisfreien Verbandsmitglieder in Unterfranken wiedergewählt.

Die Vorsitzenden der Bezirksversammlung üben ihr Amt gleichberechtigt aus: Ein Oberbürgermeister einer kreisfreien Stadt und ein Stadtoberhaupt einer kreisangehörigen Stadt oder Gemeinde stehen gleichberechtigt an der Spitze der Bezirksversammlungen. Die Bezirksvorsit-

zenden sind Ansprechpartner für die Mitglieder im Regierungsbezirk und repräsentieren den Verband bei regionalen Anlässen.

In jedem der sieben Regierungsbezirke im Freistaat Bayern treffen sich die Mitglieder des Bayerischen Städtetags zweimal pro Jahr zu ihren Bezirksversammlungen. Dort behandeln sie regionalspezifische Anliegen und diskutieren über aktuelle kommunalpolitische Grundsatzfragen. Die Gremien des Bayerischen Städtetags werden jeweils nach den allgemeinen Kommunalwahlen alle sechs Jahre neu gebildet. CH

Von der Schweinepest bis zum Solarpark

Vertreter des Bezirks Niederbayern informierten sich über aktuelle landwirtschaftliche Themen

Die Großen werden größer, die Kleinen geben immer häufiger auf. Und je größer die Betriebe (nicht zuletzt wegen staatlicher Zuschüsse) werden, desto mehr Verordnungen erlässt der Staat, deren Umsetzung wiederum für die kleinen Landwirte am schwierigsten ist und sie noch öfter zum Aufhören zwingt. Über diese Spirale ging es beim Gespräch von Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich und Bezirksrätin Monika Maier mit der Geschäftsführerin des Bayerischen Bauernverbandes Landau-Straubing-Deggendorf, Ingrid Ecker, Kreisbäuerin Irene Waas und Kreisobmann Friedhelm Dickow.

Gerade kleine Betriebe können von Grünlandbewirtschaftung nicht leben und machen nur mit der Tierhaltung Gewinn. Wenn man künftig weniger Tiere halten darf, dann gibt es für den Betrieb nur zwei Möglichkeiten: investieren oder zusperrern. Hohe Investitionen mit langen Laufzeiten stellen aber ein hohes Risiko dar, da die Landwirte ihre künftigen Absatzprei-

se nicht kennen. Bei der Afrikanischen Schweinepest wird das aktuell sehr deutlich: „Obwohl wir in Bayern noch keinen einzigen Fall haben, fallen die Preise“, sagt Friedhelm Dickow, der deshalb für eine Gebietsdifferenzierung innerhalb Deutschlands plädiert, so wie sie auch innerhalb Europas gilt.

Mangelnde Kennzeichnungspflicht

Ganz allgemein sieht Dickow bei den Fleischpreisen ein Problem: „Wie will die Politik den Preis anheben, ohne dass wir den Markt verlieren? Wir haben ja keinen Außenschutz. Wenn deutsches Fleisch teuer wird, wissen wir Bauern genau was passiert: Es wird einfach anderes Fleisch gekauft, bei dem nicht die hohen Produktionsvorschriften eingehalten werden, wie wir sie haben“, so der Kreisobmann, der darauf hinweist, dass man dieses Problem seit Jahren auch bei der Milch



Günzburgs OB Gerhard Jauernig (r.) und sein Kollege aus Kaufbeuren OB Stefan Bosse wurden mit jeweils 100 Prozent zu den Bezirksvorsitzenden des Bayerischen Städtetages in Schwaben gewählt. Bild: Dr. Achim Sing/ Bayerischer Städtetag

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Das hat es auch noch nicht gegeben. Ein amtierender Regierungschef wendet sich per Videopodcast an die Bürgerinnen und Bürger und sagt sinngemäß, dass die von der Exekutive verfügbaren Maßnahmen nicht reichen und man sich bitte noch mehr einschränken solle, als dies der Staat ohnehin von einem fordere.“

Mein Chef, der Bürgermeister, interpretiert jedenfalls die Videobotschaft der Kanzlerin so, mit der sie letztes Wochenende die Deutschen aufgefordert hat, wann immer möglich allein zu Hause zu bleiben.

Es ist ein Appell an den vernünftigen und einsichtigen Citizen im besten Wortsinn. Da wird nicht die Verbotskelle geschwungen und die Höhe von Bußgeldern kalkuliert, sondern

Bitterer Appell statt Verbotskeule

an Vernunft, Einsicht und Solidarität appelliert, sich so zu verhalten, wie es angezeigt ist, um einen selber, seine Familie, Freunde und unvermeidlichen Sozialkontakte an der Arbeitsstelle, im Kindergarten oder in der Schule zu schützen.

Dieser Appell ist bitter für die Gastronomen und Hoteliers, die alles tun, um ihre Gäste vor Infektionen zu schützen. Ich traue mir da ein Urteil zu, denn vor der Verschärfung der Lage waren wir oft und gerne auswärts essen. Er ist auch bitter für so manche Freundschaft, manche Clique, manchen Verein, die in den vergangenen Monaten langsam wieder normale Kontakte gepflegt und ihre Tätigkeiten wieder aufgenommen haben. Aber es ist, um ein vielgeschmähtes, aber zutreffendes Wort zu gebrauchen, alternativlos.

Schade nur, dass dieser Appell wohl nur von denen gehört und verstanden wird, die ohnehin Umsicht und Vorsicht walten lassen. Wer glaubt, auf Traditionen wie große Familienfestlichkeiten anlässlich von Hochzeiten oder Geburten nicht verzichten zu können, wer postuliert, man sei nur einmal jung und zur Jugend gehöre partymachen, und wem seine Mitmenschen eh wurscht sind, wird sich in seinem Verhalten nicht ändern.

Dabei verstehe ich gerade die jungen Leute sehr gut: Jeder von uns sehnt sich doch nach

einer Welt zurück, in der man nicht mit einem Stück Stoff oder Papier vor Mund und Nase ein Geschäft oder einen Bus betreten muss. In der man nicht sein Gegenüber beim Plausch über den Gartenzaun aus 1,50 oder 2 Meter Abstand anlärren muss. Eine Welt, in der man ohne Federlesens ins Gasthaus geht, sich neben einen sympathischen Menschen setzt, ihm zuprostet, man

sich herzlich mit einem Händedruck oder einer Umarmung verabschiedet und nicht mit einer der dreitausend Varianten von Winke-Winke, die wir derzeit praktizieren.

Aber: Ist halt nicht. Deshalb geht mir auch die derzeitige Diskussion zum Thema „Helden der Krise“ so auf die Nerven. Richtig: Es gibt Personen und Berufsgruppen, denen die Herausforderungen wirklich alles abverlangen. Pflegepersonal und Ärzte auf den Intensivstationen während der Hochzeit der Pandemie. Erzieherinnen in der Notbetreuung während des Lockdowns, die Kinder zu betreuen hatten, deren Eltern in systemrelevanten Berufen arbeiten und die sich um diese Sorgen gemacht haben. Lehrkräfte, die von jetzt auf gleich ihre Schüler mit Hilfe von Konferenzsoftware unterrichteten.

Aber jetzt schon, mitten in der Pandemie, Helden erster und zweiter Ordnung auszurufen, ist für mich schwer erträglich. Sicher gab es Lehrer und Erzieher, die sich nicht viel Mühe mit den Kindern gegeben haben. Klar hat der ein oder andere es auch genossen, im Homeoffice zu sitzen, statt als Pendler jeden Tag addiert eine Stunde in Bus und Bahn zu sitzen. Aber andererseits gibt es auch die, die lieber im ergonomischen Bürostuhl am höhenverstellbaren Schreibtisch ihre Arbeit erledigen würden, als auf dem hölzernen Stuhl am Küchentisch während aus dem Kinderzimmer ständig die Frage nach dem Sinn des Satzes des Pythagoras erschallt.

Mein Chef, der Bürgermeister, stimmt mir zu: Held dieser Tage ist der Geduldige, der Disziplin wahrhaft und seine Freiheitsbedürfnisse freiwillig hintanstellt. Denn es gilt der Satz Katharina von Sienas: „Das Beginnen wird nicht belohnt, einzig und allein das Durchhalten“.

the Sabrina



V.l.: Bezirkstagspräsident Dr. Olaf Heinrich, Kreisbäuerin Irene Waas, BBV-Geschäftsführerin (Landau-Straubing-Deggendorf) Ingrid Ecker, Bezirksrätin Monika Maier und Kreisobmann Friedhelm Dickow. Bild: Lang/Bezirk Niederbayern

nicht lösen könne. Ein Grund sei auch die mangelnde Kennzeichnungspflicht, denn der Verbraucher könne nicht gut genug erkennen, woher das Produkt stammt, das er kauft. „Die Gurken aus Indien oder der Türkei werden hier verarbeitet und schon kommen sie offiziell aus Deutschland.“

Bezirkstagspräsident Heinrich beschäftigte die Frage, wie man es schaffen könne, dass für Lebensmittel vernünftige Preise gezahlt werden. Kreisbäuerin Irene Waas verwies dabei auf den Vorschlag der Landfrauen, ein Unterrichtsfach „Alltagskompetenzen“ einzuführen. Über 90.000 Unterschriften wurden dafür gesammelt. Jüngst hatte die Staatsregierung ein Zugeständnis dazu gemacht und eine Projektwoche genehmigt. „Eine Woche innerhalb von vier Jahrgängen, jeweils für die erste

bis vierte und für die fünfte bis neunte Jahrgangsstufe. Das ist nicht viel und es gibt für die Umsetzung zu wenig Geld, nur 300 Euro für eine ganze Woche.“

Dem BBV sei daran gelegen, auch Landwirte als Referenten für die Schüler mit ins Boot zu holen, aber die möchte man dafür natürlich auch entlohnen können. „In der Praxis wird es dann so sein, dass sich Organisationen, die – weil gerade im Trend und mit vielen Spenden bedacht – mit ihren kostengünstigen Angeboten behaupten“, vermutet Ingrid Ecker. Und Irene Waas hatte einige Beispiele auf Lager, bei denen Landwirte öffentlich von Tier- und Umweltschützern angeprangert werden, die ihrerseits von Landwirtschaft zu wenig Ahnung hätten. „Wenn Hühner aus einem Stall gestohlen werden, weil sie keine Federn mehr haben,

was scheinbar ein Hinweis auf Quälerei sei, dann wissen diese Menschen schlichtweg nicht, dass sich Hühner mausern und das ganz natürlich ist.“

Letztlich sei es wichtig, so meinte auch Bezirksrätin Monika Maier, dass der Bürger wieder mehr über die Landwirtschaft wisse. „Im Gegensatz zu vor zwei Jahren ist aber die Nachfrage nach Lehrstellen gesunken“, wusste der Kreisobmann zu berichten.

Zuletzt sprach man noch über die zunehmende Zahl an Solarparks auf landwirtschaftlichen Flächen. „Hier hat die Gemeinde die Planungshoheit und kann gezielt örtliche Investoren unterstützen.“ Wenn dann solle dies vom jeweiligen Landwirt selbst oder zusammen mit den Bürgern betrieben werden, damit das Geld in der Region bleibt, waren sich alle einig. ml

Internationaler Tag der Obdachlosen:

„Kein Mensch dritter Klasse mehr sein“

Erzählung eines Betroffenen

Der Beruf kam seinen Neigungen sehr entgegen: Als junger Mann tauchte Waldemar K. in die Welt der Hotellerie ein. Im „Hilton“ lernte er die High Society kennen. Auf Kreuzfahrtschiffen besah er sich die Welt. Dann kam der Absturz. „Heute werde ich als Mensch dritter Klasse behandelt“, sagt der wortgewandte 60-Jährige, der seit 15 Jahren auf der Straße lebt. Mehr Wertschätzung, das wäre sein größter Wunsch zum Tag der Wohnungslosen am 11. September, meint K., der erst vor Kurzem in Würzburg eintraf.

Man sieht Waldemar K. sofort an, dass er einmal eine dynamische Persönlichkeit war, unternehmungslustig und tatkräftig, die mit beiden Beinen auf dem Boden stand. Der Abstieg begann, als sich die Arbeitsbedingungen in seiner Branche drastisch verschlechterten: „Nach dem Mauerfall wurde der Markt geöffnet, billige Arbeitskräfte kamen, die Konditionen wurden immer mieser, ich hatte keine Perspektive mehr.“ Extrem zu schaffen machte ihm außerdem, dass seine Lebensgefährtin zwei Fehlgeburten hatte. Die Beziehung ging schließlich in die Brüche. Waldemar K. suchte Trost im Alkohol. Sein Leben entglitt ihm immer mehr. Im Mai 2005 landete er auf der Straße.

Wie Obdachlose behandelt werden, lässt sich auf eine einfache Formel bringen, meint Waldemar K.: „Man ist nicht mehr

gesellschaftlich gleichgestellt.“ Sondern man ist „der“ oder „schlimmer noch, manchmal gar „das“ Letzte. Der gelernte Restaurantfachmann nennt ein Beispiel, das ihn immer wieder fuchsig macht: „Es gibt Jobcenter, da muss ich um 8.30 Uhr meinen Pass abgeben, bekomme aber erst um 12 Uhr meinen Tagessatz ausbezahlt.“ Derweil werden die anderen „Kunden“ bedient. Waldemar K. kommt dadurch in die Bredouille. Denn er muss weiter. Zum nächsten Ort. Wo es den nächsten Tagessatz gibt. Und im besten Fall ein warmes Bett.

Waldemar K. hat den Mut von sich zu erzählen, denn er weiß, was er kann. Dadurch, dass er auf Schiffen unterwegs und in internationalen Hotels tätig war, spricht er fließend Englisch, Französisch und Italienisch. Aber auch mit einem Spanier könnte er sich unterhalten. Oder mit

einem Polen. Damit ist er keine Ausnahme: „Ich habe in den letzten 15 Jahren auf der Straße Psychologen, Rechtsanwälte und Doktoren kennen gelernt, die ebenso abgestürzt waren.“ Die wenigsten würden jedoch über sich sprechen. Denn die Scham sei riesengroß.

Versteckspiel kostet Kraft

Die meisten versuchten, sich so zu verhalten, dass nicht das Geringste auf ihre Situation hinweist: „Doch dieses Versteckspiel kostet eine wahnsinnige Kraft.“ Auch Waldemar K. hat das Gefühl, bald nicht mehr zu können. Das Straßenleben hat ihn krank gemacht; GdB 90 wurde ihm anerkannt. Schon vor zwei Jahren ließ er sich bei der Christophorus-Gesellschaft auf die Warteliste für das „Betreute Wohnen“ setzen: „Gestern hörte ich, dass es sehr wahrscheinlich klappen wird.“ Waldemar K. sehnt sich nach einer festen Bleibe.

Die Würzburger Christophorus-Gesellschaft ist bei Wohnungslosen sehr beliebt, denn hier erhalten sie mehr Unterstützung als an vielen anderen Orten, schildert Waldemar K. im Aufenthaltsraum der Kurzzeitübernachtung (Herberge). Wacht er morgens auf, kann er ein Stockwerk höher in die Zentrale Beratungsstelle für Wohnungslose (ZBS) gehen, wo ihm der Tagessatz ausbezahlt wird. Er muss also nicht, wie in anderen Städten, drei Stunden lang war-

ten. Gut tat ihm die herzliche Begrüßung von Michael Schramm, der ihn trotz Maske erkannte, obwohl er schon zwei Jahre nicht mehr hier war.

Waldemar K. erzählt, dass er harte Monate hinter sich hat. Nach Ausbruch der Corona-Krise waren die Notschlafstätten wochenlang geschlossen oder sie wurden nur eingeschränkt betrieben. Eine eiskalte Nacht im März bleibt ihm unvergesslich: „Ich bin mal wieder abgewiesen worden, weil keiner mehr in die Notschlafstätte durfte, das war in Mainz.“ Waldemar K. wollte nicht mitten in der Stadt „Platte machen“. Also tigerte er fünf Kilometer an die Peripherie. Dann fing es an, in Strömen zu regnen. K. entdeckte einen Friedhof: „Zum Glück stand an der Leichenhalle eine überdachte Bank.“ Er breitete seine Isomatte und den Schlafsack aus. Und nickte endlich ein.

Doch außer den Notschlafstätten hatten noch verschiedene andere, wichtige Einrichtungen geschlossen: „Vor allem auch die Jobcenter.“ Drei Tage lang war es für Waldemar K. nicht möglich gewesen, den Tagessatz abzuholen. Er musste ohne einen einzigen Cent klarkommen: „Da begann ich, Pfandflaschen einzusammeln.“ Für zwei Pfandflaschen konnte er sich ein Brötchen leisten. Fand er vier Flaschen, ging er zum Discounter und holte sich das billigste Päckchen Wurst: „So kam ich zu meinen Mahlzeiten.“ Doch er musste ja weiter. Brauchte Geld für einen Fahrschein. Um irgendwo ein Bett zu finden. Eine Dusche. So ging die Flaschensuche weiter. **Günther Purlein**

Stadt Würzburg:

Lebenslanges Lernen umsetzen

Lenkungsgruppe „Bildung integriert“ traf sich zum ersten Mal

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert mit seinem Programm „Bildung integriert“ das neu geschaffene Bildungsbüro der Stadt Würzburg. „Die Stadt Würzburg macht sich damit auf den Weg zu noch mehr Datenbasierung, Netzwerken und Strategien in der kommunalen Bildungsplanung“, umreißt Judith Jörg, 3. Bürgermeisterin und Bildungs-, Schul- und Sportreferentin. Das Bildungsbüro wird in einer systematischen Gremienstruktur aus Strategiegruppe, Lenkungsgruppe und Bildungsbeirat geführt. Diese hat sich, so Nadine Bernard, Leiterin des Bildungsbüros, bereits während des Prozesses der kommunalen Schulentwicklungsplanung als „Erfolgsgarant herausgestellt“. Nun traf sich die Lenkungsgruppe zum ersten Mal.

Ziel der Sitzung war es, das Bildungsbüro den internen und externen Experten vorzustellen und Teilnehmer für eine künftige Zusammenarbeit zu gewinnen. „Sind die Strukturen und Prozesse eines datenbasierten kommunalen Bildungsmanagements einmal aufgesetzt, können Kommunen Bildungsthemen bedarfsgerecht und unter Einbeziehung aller relevanter Akteure sehr effizient bearbeiten und gestalten“, so Judith Jörg.

Aufgaben des Bildungsbüros

Die Aufgaben des Bildungsbüros beziehen sich auf die gesamte Bildungsbiografie eines Menschen, also von der KiTa bis zur Erwachsenenbildung. Zunächst wird der Schwerpunkt auf die Bereiche „kulturelle Bildung“ und „nachmittägliche Bildung und Betreuung an Schulen“ gesetzt werden. Zwei Erhebungen zu den Schwerpunktthemen, ein erster Werkstattbericht und ein Stimmungsbild von Schülern zum Thema Fernunterricht wie auch ein Faktencheck zur Ent-

wicklung von Schülerzahlen an Grundschulen liegen bereits vor und liefern Material für die Ausschüsse im Herbst. Diese werden im Winter und Frühling dann auch die Lenkungsgruppe „Bildung integriert“ intensiver beschäftigen, wenn auf der Basis des vorhandenen Expertenwissens aus den Fachstellen mit Bildungsplanungsbezug die Untersuchungsergebnisse diskutiert und in Handlungsempfehlungen übersetzt werden.

Die Lenkungsgruppe besteht aus Akteuren der Stadtverwaltung aus Sozial-, Jugend- und Bildungsreferat inklusive ihrer Referenten, aber auch aus externen Experten wie Erwin Pfeuffer (Schulamtsdirektor des Staatlichen Schulamts), Monika Zeyer-Müller (Ministerialbeauftragte der Dienststelle für Gymnasien Unterfranken), Karlheinz Lamprecht (Ministerialbeauftragter für Realschulen Unterfranken) und Stefan Moos (VHS, als Vertreter der Erwachsenenbildung). Anlassbezogen können weitere Expertinnen und Experten hinzugezogen werden. □

Vorschau auf GZ 21

In unserer Ausgabe Nr. 21, die am 5. November 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT · E-Government · Breitband · Mobilfunk
- Kommunaler Bau
- Gestaltung öffentlicher Räume
- Kommunalfahrzeuge · Fuhrpark

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

Bau

ERLUS AG
Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE
www.etbs.de

Etchel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etbs.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.

Energiedienstleistung

erdgas schwaben
sicher, günstig, nah
www.erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi
Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.
Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
www.fahnen-koch.de info@fahnen-koch.de

Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN KÖSSINGER
Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Das GZ-Netzwerk
Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.
www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Gewerbebau

Fertigteilbau in Holz und Beton
Maschinenhallen · Technikräume · Wertstoffhöfe · Mehrzweckhallen · Sporthallen · Kindergärten
Herstellung im eigenen Werk in Massing
Laumer
Laumer Bautechnik · 84323 Massing · Tel.: 08724/88-0 · www.laumer.de

Informationssicherheit / Datenschutz

Daten schützen.
www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO
BayDSG
ext. DSB
ext. ISB
ISIS12
Schulungen
eLearning

GZ auf folgenden Social Media Kanälen:

f i s t t w g y

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.
Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.
www.schweitzer-online.de schweitzer Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung

Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung
www.bayerngrund.de Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunalfahrzeuge

Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe

BAUSTOFF RECYCLING BAYERN
www.baustoffrecycling-bayern.de

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Sitzmöbelhersteller

KRENZER
Wir gestalten Räume.
Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelfabrik
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER
Telefon 08171.9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für **Waldmann**
Wir liefern in 8-14 Tagen - und das bis kurz vor Weihnachten!